

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement: 3/4 Jährlich 3.20 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplizierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Bekannt für die sechsgehaltene Anzeigenliste oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Anzeigen und Verfassungen-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pfg. (zulässig 2 Zeilen gedruckt Wort), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenaussagen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 9. November 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die antigewerkschaftliche Enzyklika des Papstes.

Die „Römische Ztg.“ veröffentlicht in ihrer gestrigen Mittagsausgabe endlich den von den christlichen Gewerkschaften mit Bangen und Wagnen erwarteten Entscheid des Papstes in der sogenannten Gewerkschaftsfrage, das heißt über die seit längerer Zeit in den katholischen Kreisen Deutschlands vielbesprochene Frage, ob die Organisation der christlichen Gewerkschaften den katholischen Morallehren widerspricht und deshalb katholische Arbeiter diesen Vereinigungen angehören dürfen oder nicht. Nach telegraphischer Meldung hat die vom 24. September datierte, an den deutschen Episkopat gerichtete Enzyklika folgenden Inhalt:

In der Einleitung betont der Papst, daß er über die Kontroverse sowohl von den Bischöfen wie von klugen und angesehenen Männern aus beiden Parteien in den letzten Jahren wohl unterrichtet worden sei. Der Papst habe sich die Sache um so eifriger angelegen sein lassen, weil es seine Aufgabe sei, daß seine lieben Söhne die katholische Lehre rein und unverletzt bewahren. Wenn sie nicht rechtzeitig zur Wachsamkeit erweckt würden, bestehe offensichtlich die Gefahr, daß sie allmählich und gleichsam aus Unwissenheit sich mit einer vagen, unbestimmten Art von christlicher Religion zufriedener geben, die man interkonfessionell zu nennen pflege. Der Papst erklärt dann, was die Arbeit der Gesellschaften anbelangt, so sind diejenigen am meisten zu billigen und für die geeignetsten zu halten, die vornehmlich auf der Grundlage der katholischen Religion errichtet sind, und der Kirche als Führerin offen folgen. Daraus folgt, daß derartige Vereinigungen katholischer Konfession gegründet und mit aller Macht unterstützt werden müssen. Daher spenden wir allen rein katholischen Arbeitervereinigungen, die es in Deutschland gibt, alles Lob. Jedoch leugnen wir nicht, daß es recht ist, für die Katholiken und für die Arbeiter ein besseres Geschick zu suchen und mit Anwendung von Vorsicht gemeinsam mit Nichtkatholiken für das gemeinsame Wohl zu arbeiten. Aber für diesen Zweck wollen wir lieber, daß katholische und nichtkatholische Gesellschaften ein Bündnis untereinander schließen mittels jener opportunistischen Erfindung, die man ein Kartell nennt. Hier aber bitten und nicht wenige von Euch, wir mögen Euch erlauben, die sogenannten christlichen Syndikate, so wie sie heute in Euren Diözesen gegründet sind, zu tolerieren. Dieser Bitte meinen wir mit Rücksicht auf die eigentümliche Lage der katholischen Sache in Deutschland, nachgeben zu sollen und erklären: Es kann toleriert und den Katholiken erlaubt werden, daß sie sich auch an diesen gemischten Gesellschaften beteiligen, doch nur unter der Bedingung, daß geeignete Vorsichtsmaßnahmen angewendet werden. Zu allererst muß man Sorge tragen, daß dieselben katholischen Arbeiter, die sich an diesen Syndikaten beteiligen, in die katholischen Arbeitergesellschaften, die man mit dem Namen Arbeitervereine bezeichnet, eingeschrieben sind. Außerdem ist es notwendig, daß diese Syndikate sich von jedem Plan oder jeder Angelegenheit fernhalten, die mit den Lehren und Geboten der Kirche oder der legitimen geistlichen Gewalt nicht übereinstimmt. Aus diesem Grunde werden die Bischöfe, so oft Streitfragen über die Dinge, welche die Sitten betreffen, vorkommen werden, sehr aufmerksam darüber wachen, daß die Gläubigen nicht die katholische Sittendisziplin vernachlässigen.

Zum Schluß betont der Papst, daß, wie einerseits niemand das Recht habe, diejenigen in ihrem Glauben zu verdächtigen, die den gemischten Syndikaten angehören wollen, es andererseits ebenso sehr zu mißbilligen sei, die rein katholischen Vereinigungen aus Feindschaft zu verfolgen, diese Art Vereine seien im Gegenteil mit aller Macht zu unterstützen und weiter zu fördern.

Die Entscheidung des Papstes entspricht genau unserer Voraussetzung in Nr. 145 des „Vorwärts“ (vom 25. Juni). Den Katholiken wird nicht verboten, den bestehenden christlichen Gewerkschaften (Syndikate nennt sie die Enzyklika) anzugehören; aber ebensowenig werden diese Verbände für berechtigt erklärt und den katholischen Arbeitervereinen der Berliner Richtung gleichgestellt. Sie gelten dem Papst oder richtiger der römischen Kurie als minderwertige Verbände dritter, vierter Güte, die eigentlich keine Christenvereinigungen haben und nur „mit Rücksicht auf die eigentümliche Lage der katholischen Sache in Deutschland“, d. h. aus Rücksicht auf die politische Zwitterstellung des angeblich „interkonfessionellen“ Zentrums, geduldet werden dürfen, soweit die deutschen Bischöfe eine solche Duldung für nötig oder angebracht halten. Dafür aber wird von den christlichen Gewerkschaften verlangt, daß ihre sämtlichen Mitglieder irgend einem rein-katholischen Arbeiterverein beitreten, daß sie bei ihren Beschlüssen und Maßnahmen sich genau an die Lehren der katholischen Kirche halten und sich willig der Aufsicht und Disziplin der Bischöfe unterstellen. Ferner haben sie sich aller Anfeindungen der katholischen Fachvereine

der Berliner Richtung zu enthalten, die, wie der Papst offen ausspricht, vom Klerus „mit aller Macht zu unterstützen und zu fördern“ sind, während die christlichen Gewerkschaften selbst dann, wenn sie die gestellten Bedingungen erfüllen, nur Anspruch auf Duldung haben.

Im wesentlichen entspricht also diese antigewerkschaftliche Enzyklika den Beschlüssen der Fuldaer Bischofskonferenz vom 14. Dezember 1910, die ebenfalls verlangten, daß jedes Mitglied einer christlichen Gewerkschaft zugleich einem „kirchlich organisierten und geleiteten katholischen Arbeiterverein“ angehören müsse, und zweitens, daß sämtliche christlichen Gewerkschaften bei ihren Beschlüssen und Handlungen genau den kirchlich-katholischen Grundsätzen folgen und das Urteil, ob ihre Organisation oder Wirksamkeit diesen Grundsätzen entspricht, allein dem „kirchlichen Hirtenamt“ überlassen — mit anderen Worten, daß die christlichen Gewerkschaften in allen wichtigen Fällen den Weisungen der Bischöfe und des Klerus folgen.

Wenn manche liberalen Blätter noch vor kurzem gemeint haben, der Papst werde einfach erklären, die christliche Gewerkschaftsorganisation widerspreche der katholischen Morallehre und deshalb könne kein Katholik Mitglied dieser Vereine sein, so haben sie damit nur bewiesen, wie wenig sie die schlaue Taktik der römischen Kurie kennen. So unerbittlich diese auf ihre Forderung bestehen kann, wenn ihre Machtstellung oder ihr pekuniäres Interesse in Frage gestellt wird, so wenig liebt sie, wenn sich der verfolgte Zweck auf anderem Wege ebenso gut erreichen läßt, eine gewaltsame Brüstung ihrer Gefolgschaft. Stets hat sie sich, wo nicht durchaus Strenge geboten erschieben, ihrem Anhang gegenüber als die tolerante Mutter gezeigt. Zudem aber weiß die römische Kurie gar wohl, daß ein gegen die christlichen Gewerkschaften gerichtetes Verbot die mächtige politische Stellung des Zentrums in Deutschland ganz wesentlich schwächen würde. Durch das Verbot würde zum mindesten in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten ein tiefer Keil in die katholisch-politische Bewegung, in die Zentrumspartei, getrieben, und die ohnehin in dieser Partei vorhandenen mannigfachen wirtschaftlichen und politischen Gegensätze würden sich noch mehr verschärfen. Die Folge könnte nur sein, daß das Zentrum an politischem Gewicht und damit auch an politischem Einfluß auf die Regierung verlore. Solche Schwächung der ultramontanen Partei in Preußen und im Deutschen Reich paßt aber dem Vatikan um so weniger in seine schlaue Politik, als die hierarchische in anderen Ländern, und zwar gerade in katholischen, wie z. B. in Frankreich, Spanien, Italien, Portugal, ihren früheren Einfluß auf die dortigen Regierungen und Parlamente fast ganz eingebüßt hat. Österreich-Ungarn und das mehr als halb protestantische Deutschland sind die einzigen großen Staaten, in denen der hohe Klerus noch eine tonangebende politische Rolle spielt — in Deutschland mit Hilfe der protestantischen Konservativen.

Zudem läßt sich der Zweck, die christlichen Gewerkschaften zu gefügigen Werkzeugen der Hierarchie und ihrer Zwecke zu gestalten, durch die von der päpstlichen Enzyklika geforderten

Mäßregeln ebenso gut, vielleicht sogar noch besser erreichen. Wenn jedes katholische Mitglied der christlichen Gewerkschaften gezwungen wird, einem von der Geistlichkeit geleiteten katholischen Arbeiterverein anzugehören, wenn es ferner dort unter besondere geistliche Obhut genommen, und gut bearbeitet wird, dann ist die Gefahr fast ausgeschlossen, daß es matt und wankend in seinem katholischen Glauben wird. Und wenn die christlichen Gewerkschaften, sei es direkt oder indirekt, der Aufsicht des Klerus unterstellt werden, die allein darüber zu entscheiden haben, ob ihre gewerkschaftliche Wirksamkeit den kirchlichen Grundsätzen entspricht, dann werden die früheren Lechtelmeisteleien mit den freien Gewerkschaften aufhören, dann werden keine gemeinsamen Lohnkämpfe mehr stattfinden und keine Streiks mehr geführt werden, die in der katholischen Bourgeoisie und im katholischen Feudaladel Anstoß erregen könnten. Dann marschieren der christliche Gewerkschaftler, wie wir das schon bei der letzten Wahl im Ruhrrevier beobachten konnten, auf Geheiß seines Pfarrers oder Kaplans „glaubenstreu“ zur Wahlurne und stimmen gegen den sozialistischen Arbeiterkandidaten, für den national-liberalen Unternehmer — zur Ehre Gottes und der heiligen Kirche.

Das sind die Folgen des päpstlichen Machtspruchs, der die Bischöfe zu Aufsichtsinspektoren der christlichen Gewerkschaften bestellt. Und die ehrfurchtsamen christlichen Gewerkschaftsführer, die Schäffer, Stegerwald, Giesberts, Gronowski's tutti quanti werden sich willig in dieses geistliche Joch fügen, wenn die Kirche sie auf ihrem Posten läßt, ihre Gehälter nicht kürzt und sich damit begnügt, sie hinter den Kulissen an verborgenen Drähten zu dirigieren. Warum sollten auch diese in München-Gladbach nach allen Regeln jesuitischer Kunst wohlgedressierten „Arbeiterführer“, die es schon bisher so meisterhaft verstanden, den Zollwucher, die Wahlrechtsverbrechen und sozialpolitischen Schwindel des Zentrums zu rechtfertigen, sich nicht als gute Marionetten bewähren, die getreu nach dem Befehl der hinter ihnen stehenden geistlichen Drahtzieher tanzen und hampeln.

Dennoch, wenn auch die päpstliche Enzyklika den christlichen Gewerkschaften nicht ohne weiteres die Christenberechtigung abspriicht, bedeutet der Entscheid für die hierarchische Gewerkschaftsbewegung einen Todesstoß, denn die Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften und ihr Wert für die wirtschaftliche Lebensverbesserung der katholischen Arbeiter wird dadurch auf das Niveau der katholischen Gesellen- und Josephvereine herabgedrückt. Sie werden zu bloßen Unterstützungs- und Geselligkeitsvereinen degradiert. Die wirtschaftlichen Gegensätze sind aber viel zu weit in Deutschland gediehen, als daß der Klerus selbst mit Aufgebot aller verlogenen theoretischen Sophisterei die katholischen Arbeiter über ihr wirkliches Interesse dauernd zu täuschen vermöchte. Für die freien Gewerkschaften bietet sich eine günstige Gelegenheit, auch in den stark katholischen Gegenden neues Terrain zu gewinnen. Es gilt, die Situation mit Bedacht und Geschick auszunutzen. Es lebe Seine Heiligkeit, der Papst!

Die schwarzgelben Einbildungen — die wahre Kriegsgefahr.

Immer deutlicher wird es: der Herd aller Kriegsgefahr ist Österreich. Natürlich nicht die Völker in dem schwarz-gelben Reich, nicht einmal vielleicht das offizielle Österreich, als welches man wohl noch immer den alten Kaiser anzusehen haben wird, aber gefährlicher als dieses offizielle Österreich ist die „kleine aber mächtige Partei“, die an dem Belvedere ihren Sammelpunkt und an dem Thronfolger ihren Mittelpunkt hat. Die treibt Österreich zu jener wahnwichtigen, verrückten Politik, die den Keim schwerer Gefahren in sich trägt und ganz Europa in fürchterlich-blutige Mordel verwickeln kann. Und das schier Unglaubliche: das Deutsche Reich, statt die verrückten Schwarzgelben zur Ruhe zu rufen und ihnen Räson einzublauen, macht dem schwarzgelben Uebermut noch die Mauer und läßt es gewähren, daß sich die schwarzgelben Gaukler der Zuversicht hingeben, das Deutsche Reich werde für die Wiener Einbildungen seine Bürger in die Schlacht schicken!

Denn alles, was in den fabelhaften Artikeln der österreichischen Kriegsbeher als ein angebliches Lebensinteresse der Donaumonarchie ausgegeben wird und was unsere lieben Fabelpolitiker von der Art der Bregsig und Peters getreulich nachschwafeln, ist einfach, um es ganz deutlich zu sagen, ein Schwindel. Nachdem sich die feinen Schwarzgelben mit ihren vorgepiegelten Lebensinteressen, wie es die Erhaltung des Statusquo, der türkische Sandschak, der Weg nach Saloniki waren, bis auf die Knochen blamiert haben, und heute ganz Österreich über diese Forderungen, von denen

die schwarzgelbe Gaukler vor zwei Wochen noch behauptet hatte, daß in ihnen die österreichischen Daseinsinteressen beschlossen sind, nur lacht: so haben sie sich heute ein funkelnelkendes Interesse angeeignet und muten der europäischen Menschheit zu, um dessen Wahrung willen einen Weltkrieg zu führen. Dieses „legitime Interesse“ Österreichs soll darin bestehen, daß Serbien der Zugang zum Adriatischen Meere verwehrt werde. Wohlgerne! es handelt sich nicht um Südalanien, auf das Serbien ja gar keine Ansprüche erhebt, nicht um die Sicherung der Straße von Otranto, an welche Sicherung für Österreich die Freiheit des Meeres geknüpft sein soll. Sondern es handelt sich wirklich nur um den bescheidenen „Korridor zum Meer“, den Serbien anstrebt, und den es zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung auch braucht: den will ihm Österreich nicht gönnen, und um dessentwillen droht es immer deutlicher mit dem Kriege! Nun möchte man doch gerne wissen, wo denn die Gefahr dieses serbischen Gafens für Österreich eigentlich liegen soll. Etwa darin, daß Serbien dann mit seinem Schweinefleisch nicht mehr auf Österreich angewiesen sein wird, es auch anderswohin liefern könnte? Aber das werden die schwarzgelben Schwindler doch nicht als eine Gefahr bezeichnen können, die zu beschwören selbst ein Krieg gewagt werden müßte, nachdem sie doch jetzt der serbischen Ausfuhr die Grenzen sperren und der einflussreichste Teil des wirtschaftlichen Österreichs, die Agrarier, just diese Vermehrung der Einfuhr als die allergrößte Gefahr für Österreich aus-

schreiben! Worin könnte aber die Gefahr sonst liegen, die Schwinder erzählen — es ist zu toll! —, daß der serbische Hafen deshalb für Oesterreich die große Gefahr wäre, weil es ein — russischer Hafen wäre! Als ob Rußland, wenn es mit Oesterreich Sündel sucht, in die Adria gehen müßte und sonst Oesterreich nicht treffen könnte! Daß für die angebliche Gefahr auch nicht der Schatten einer sachlichen Begründung angeführt werden kann, beweist nur, daß sie ein Hirngespinnst ist, beweist nur, daß Oesterreich dieses düffelhafte Veto aus ganz anderen Gründen erhebt. Das Veto wird um kein Gran vernünftiger, weil es die Sorge um das Schicksal der Albaner vordringt. Denn wenn auch selbstverständlich das nationale Recht der Albaner auf Eigenentwicklung und Selbstständigkeit ein ebenso gutes Recht wie jedes anderen Volkes auf dem Balkan ist, so wird sich doch wohl kein Zurechnungsfähiger verführen lassen, dieses Oesterreich, das von der Bedrückung der Nationen lebt, das nur bestehen kann, indem es das Recht der Nationen vergewaltigt, in der Rolle eines nationalen Befreiers ernst zu nehmen. Die Sorge um die Albaner ist nicht mehr als ein Vorwand, ein Schwindel, wie so vieles, fast alles an dem schwarzgelben Oesterreich. Das Dummste ist freilich an dieser Politik, daß sie auf die werktätige Teilnahme Italiens hofft und sich einbildet, Italien werde sich zum Kompagnon der österreichischen Unterdrückungspolitik gegen Serbien hergeben. In Wahrheit treibt Oesterreich mit seiner dummen Politik den Balkan geradezu in die Arme Italiens, das gute Ernte haben wird, wo Oesterreich schlimm gesät hat.

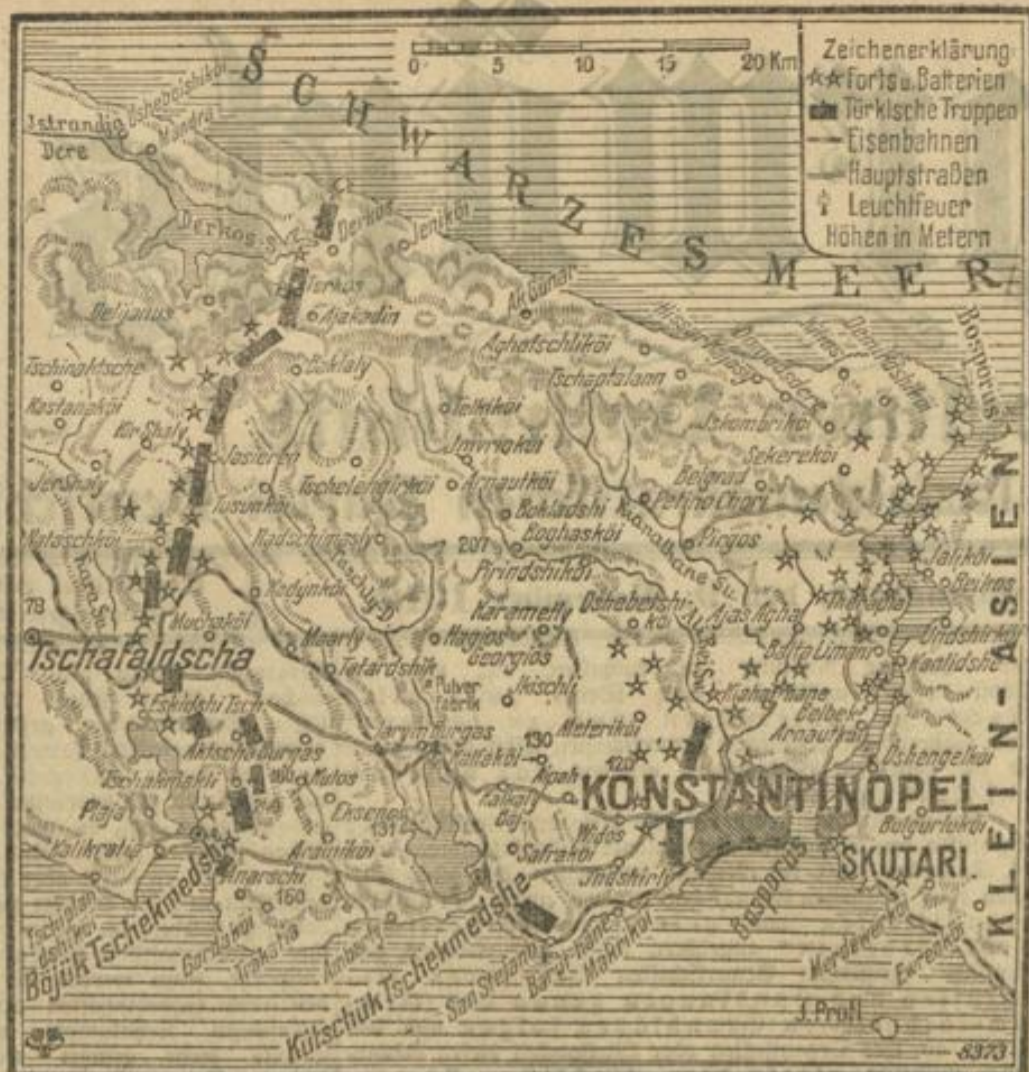
Die Wahrheit über das „Lebensinteresse“ Oesterreichs ist eben, daß es sich den Schwarzgelben nur darum handelt, an den Serben ihr Mütchen zu kühlen, daß die lieben Oesterreicher zeigen wollen, daß sie auch da sind, sich von den Siegen über die Türken nicht imponieren lassen, daß auf die berühmte Großmacht „geachtet“ werden muß. Es ist, mit einem Wort, die oberflächlichste Prestigepolitik, zu der sich Oesterreich anschickt, jene leere Prestigepolitik, die sein Merkmal in der gesamten Geschichte ist, und um deren willen schon Ströme von Blut und Tränen geflossen sind. Daß es die dümmste Politik ist, zu der Oesterreich in dieser schicksalsschweren Zeit greifen konnte, liegt auf der Hand: denn daß die Serben dadurch nicht zu einem guten Nachbarn Oesterreichs erzogen werden, daß ihnen dadurch nicht Liebe für Oesterreich beigebracht wird, wenn sie wahrnehmen, daß ihnen Oesterreich ihren heißesten Wunsch verweigert, ihnen die Erfüllung des Wunsches gerade deshalb verweigert, weil er der heißeste ist — das ist ja die besondere Schwärze dieses Einspruches —, versteht wohl jeder, dem die schwarzgelbe Herrlichkeit nicht den Kopf vernagelt hat. Aber kann es so sein, daß um des verwegenen Uebermutes der schwarzgelben Stamarilla, wegen der Hoffart der geehrten Habsburger, die anscheinend noch glauben, daß die zivilisierte Welt keine anderen Sorgen als ihre Einbildungen und Bestrebenheiten habe, ganz Europa in Brand gesetzt werden dürfte? Ist es denkbar, daß die für das Deutsche Reich verantwortlichen Männer diese Politik des Aberglaubens mitmachen wollen? Das zu erfahren hat das deutsche Volk ein Recht. Es ist eine wahre Schande, Europa in diesem schmerzlichen Augenblick, der über den Krieg in Europa entscheidet, der Reichstag nicht versammelt ist. Aber das erste Wort, wenn er zusammentritt, wird die Frage an den Reichskanzler sein, ob es wirklich wahr ist, wie es die offiziellen Kulis in Wien verkünden, daß Deutschland das Blut seiner Bürger den Eitelkeitsbedürfnissen der Wiener Herren zur Verfügung stellen will, muß die deutliche klare Antwort des Reichstages sein, daß das deutsche Volk den Frieden unter allen Umständen will und es mit der leidenschaftlichsten Entschlossenheit ablehnt, sich für die Prestigebedürfnisse des Herrn Franz Ferdinand zur Schlachtbank führen zu lassen.

Abenteuerlich und gefährlich!

In den letzten Tagen war der italienische Minister des Aeußern in Berlin und über die Ergebnisse dieses Besuchs wird offiziell mitgeteilt:

Der diesmalige Besuch des italienischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Marquis di San Giuliano, der ja kein Unbekannter in Berlin ist, dessen persönliche und freundschaftliche Beziehungen zu den maßgebenden Berliner Persönlichkeiten allen Aussprachen den Charakter rückhaltloser gegenseitiger Offenheit gaben, hat zu einer völligen Klärung über das gemeinschaftliche Verhalten Italiens und Deutschlands namentlich angesichts der gegenwärtigen Lage im Orient geführt.

Die Besprechungen über die Lage, bei denen vor allem den tatsächlichen Ereignissen Rechnung getragen wurde, und denen wiederholt auch der österreichisch-ungarische Vorkämpfer bewohnte, haben volle Uebereinstimmung zwischen den verbündeten Regierungen ergeben, insonderheit dahin, daß sie nicht gewillt sind, sich in die Entwicklung der Dinge im Orient einzumischen, so lange sie nicht von den nächstinteressierten darum erlucht oder ihre speziellen und direkten Interessen durch irgendwelche Ereignisse berührt werden. Das einmütige Zusammengehen



Die letzte Verteidigungsstellung der Türken in der Tschataldschalinie.

der Verbündeten erleichtert ihnen die stete herzliche und freundschaftliche Fühlungnahme auch mit den anderen Mächten, mit denen sie einzeln und zusammen in dauerndem Gedankenaustausch stehen.

Diese Verlaubarung ist geeignet, die stärkste Beunruhigung hervorzurufen und den stärksten Widerspruch des deutschen Volkes auszulösen. Die deutsche Regierung stellt sich, wozu sie der Dreibündnisvertrag durchaus nicht verpflichtet, in den Dienst der österreichischen Politik und unterstützt die freche Friedensstörung, die vom Habsburger Reich ausgeht.

Die Autonomie Albaniens, die Oesterreich und Italien fordern, widerspricht durchaus allen deutschen Interessen. Ein selbständiges Albanien muß der Herd beständiger Unruhen und Verwicklungen werden. Es würde ein beständiges Angriffsobjekt für die anderen angrenzenden Balkanstaaten bilden. Es bedeutete aber auch, daß in absehbarer Zeit der Streit um die Herrschaft über Albanien zwischen Oesterreich und Italien zum Austrag kommen müßte. Wie die schleswig-holsteinische Frage den Ausgangspunkt des Krieges zwischen Deutschland und Oesterreich gebildet hat, so würde Albanien in Zukunft die Veranlassung zum Konflikt zwischen Italien und Oesterreich geben, die nur solange verbündet bleiben würden, als es gilt, Albanien vor den Zugriffen einer dritten Macht zu schützen. Ist es nicht wahnsinnig, daß Deutschland Oesterreich helfen will, einen solchen neuen Krisenherd zu schaffen?

Wir haben alles Interesse daran, mit den künftigen Herren des Balkans in den besten Beziehungen zu leben, und durch gute Handelsverträge einen Anteil an ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu sichern. Welches Interesse aber haben wir daran, den siegreichen Staaten in den Arm zu fallen, ihnen als Feind entgegenzutreten, die Liquidierung der Orientfrage zu hindern? Hat wirklich die romantische Ribelungentreue die Köpfe unserer Herrschenden so verwirrt, daß sie deutsches Gut und Blut einsetzen wollen für die Hausmachtinteressen einer fremden Dynastie?

Es ist eine abenteuerliche und gefährliche Politik, die die deutsche Regierung da anscheinend treiben will. Sie beschließt über diese Politik völlig absolutistisch und wenn der Reichstag endlich zusammentreten wird, wird er vor vollendete Tatsachen gestellt sein, wird vielleicht großes Unglück schon angerichtet sein. Und außerhalb der Sozialdemokratie gibt es in Deutschland überhaupt keine Kritik der auswärtigen Politik! Die brave liberale Presse bringt Nachrichten über Nachrichten, ihre Mitarbeiter und Korrespondenten holen sich auf den Korridoren der auswärtigen Ministerien ihre Informationen, aber selbständige Stellungnahme und Kritik wird man in den Spalten der deutschen Presse vergebens suchen. Die deutsche Regierung läßt sich von Oesterreich in ein unabsehbare Abenteuer verstricken und die deutsche Presse findet kein Wort der Kritik! Um so scharfer muß die Sozialdemokratie ihre Parole immer wieder wiederholen: der Balkan den Balkanvölkern! Jede Einmischung Deutschlands ist ein Verbrechen! Die deutsche Politik muß sein: strikteste Neutralität!

Die internationale Abwehraktion.

Paris, 8. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Verwaltungskommission der sozialdemokratischen Partei sowie die Fraktion akzeptieren den von dem Vorstand der deutschen Sozialdemokratie gemachten Vorschlag, den Internationalen Sozialistenkongress bereits am 21. November in Basel abzuhalten, ebenso den Vorschlag des Internationalen Bureaus, am 17. November in allen größeren Städten Massenmeetings mit ausländischen Rednern zu veranstalten. Der Parteitag der französischen Sozialdemokratie findet am 21. November statt.

Jandres schreibt heute in der „Humanität“, daß die albanische Frage nicht eine Rechtsfrage, sondern eine Machtfrage sei. Weder die verbündeten Balkanstaaten haben ein Anrecht auf Albanien, noch haben Oesterreich und Italien Anspruch darauf, unter dem Vorwand der Autonomie alban-

isches Gebiet sich anzueignen. Die Gefahr ist ernst. Wir haben uns jedes Alarm schlagen zu enthalten, sind aber verpflichtet, zu sagen, daß Europa jetzt an die gefährlichste Stelle des Konflikts kommt. Darum begrüßen wir die Beschlüsse, die Einberufung des Internationalen Kongresses zu beschleunigen und Manifestationen stattdessen zu lassen. Die Arbeiter Frankreichs werden diesen Protesten durch ihre Manifestationen die nötige Kraft verleihen.

Erste Auffassung in London.

London, 8. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Man betrachtet hier allgemein die internationale Lage als im höchsten Grade gefährlich. Die öffentliche Meinung schwankt zwischen der Furcht vor der Eroberung Konstantinopels durch die Bulgaren und dem bangen Gefühl, das die österreichischen Ansprüche hervorgerufen haben. Die „Times“ drücken die Hoffnung aus, daß sich die Bulgaren im letzten Augenblick noch besinnen und nicht in Konstantinopel einziehen werden. In ähnlichem Sinne schreibt der „Standard“. Der „Daily Chronicle“ hingegen meint, daß die Befestigung Konstantinopels durch die Bulgaren die strategische Stellung des Balkanbundes und der Tripelentente gegenüber dem Dreibund ungeheuer verstärken werde.

Beunruhigend wirkte heute die Meldung des Korrespondenten der „Daily Mail“ aus Bukarest, wonach Adrianopel schon am Dienstag gefallen ist. Der Korrespondent mußte von Sofia nach Bukarest reisen, um zu telegraphieren. Er berichtet, die Nachricht werde von den Bulgaren zurückgehalten, damit die Mächte nicht eher intervenieren, als bis Konstantinopel erfüllt sei. Die Bulgaren seien entschlossen, die Hauptstadt der Türkei zu besetzen. Das Gerücht der österreichischen Imperialisten von wirtschaftlichen Konzeptionen auf dem Balkan hat in industriellen Kreisen Beunruhigung hervorgerufen. Die Türkei ist der beste Kunde der englischen Textilindustrie in Europa. Der Manchester „Courier“ verlangt von der Regierung, daß sie als Kernpunkt der englischen Balkanpolitik den Grundsatz proklamiere, daß keinem kontinentalen Albanen eine bevorzugte Stellung auf dem Balkan eingeräumt werden dürfe.

Direkte Verhandlungen mit der Türkei.

Sofia, 8. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In leitenden Kreisen ist man hier der Ansicht, daß die Türkei den Frieden wolle; aber sie müsse sich nicht an die europäischen Großmächte, sondern an die Sieger wenden. Europa wolle sich nicht länger durch Unterstützung der Balkanwirren blamieren. Die Türkei müsse verstehen lernen, ihre Rettung in einer Annäherung an die Balkanstaaten zu suchen, womit auch die Vernichtung der europäischen Vormundschaft verbunden wäre, die auch die kleinasiatischen Besitzungen der Türkei zu einem Ägypten zu machen droht. Der Balkanbund wird das durch seine Waffen Eroberte nicht zurückgeben.

Die bulgarischen Pläne.

London, 8. November. Das Reutersche Bureau läßt sich melden, Bulgarien habe keinerlei Absicht, nach dem Kriege in Konstantinopel zu bleiben.

Die Albaner.

Wien, 8. November. Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht ein Interview mit dem in Wien weilenden Albanensführer Ismail Kemal, der erklärte, die jetzigen Eroberer könnten keine schwerere Sünde begehen, als wenn sie sich auf Kosten der Albanesen bereichern wollten. Niemals würden die Albanesen sich in ein solches Schicksal fügen. Europa werde die Segnungen des Friedens nicht genießen können, wenn Albanien zerstört werde. Wenn die von den Balkanstaaten eroberten Gebiete fortan ganz unabhängig von der Türkei werden sollten, so müsse auch Albanien unabhängig werden. Albanien werde den Ehrgeiz haben, ein zivilisierter Staat zu sein und, da die Albanesen ein gutes Verhältnis zu Serbien wünschten, werde Serbien in der Lage sein, sich der albanesischen Häfen für seinen Handel zu bedienen. Die Italiener kämpften gegen die Türkei, aber nicht für Montenegro, sondern für die Unabhängigkeit Albaniens. Albanien wolle in gutem Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn und Italien stehen, um von beiden Staaten kulturell und wirtschaftlich gefördert zu werden. Ein kleiner Staat bedürfe der Anlehnung an große Staaten; es sei klar, daß diese Anlehnung an die beiden verbündeten Adriastaten sich von selbst ergeben werde. Von einem selbständigen Albanien werde eine große Nachbarharmonie nur profitieren können.

Serbien beharrt auf seiner Forderung.

Paris, 8. November. Der offizielle „Reichs Pariser“ meldet, der hiesige serbische Gesandte habe gestern dem Ministerpräsidenten Poincaré mitgeteilt, daß Serbien einen Ausgang zum Adriatischen Meer erlangen und zu diesem Zweck einige Häfen, darunter Durazzo und San Giovanni di Medua, sich aneignen wolle.

Russische Untriebe in Armenien.

Petersburg, 8. November. Wie die „Nowoje Wremja“ meldet, ist hier ein Abgesandter des armenischen Katholikos mit einem besonderen Auftrag an die Minister Stokowow und Stajonow eingetroffen. Einem Interview schilderte er die gefährliche Lage der Armenier in der Türkei und sprach die Hoffnung auf Unterstützung der armenischen Interessen durch Rußland aus.

Die Bulgaren vor der Tschataldicha-Linie.

Es liegt noch keine Nachricht darüber vor, ob die versprengten Armeekorps der türkischen Distanze hinter die Befestigungen der Tschataldicha-Linie gelangt sind. Bei der vollständigen Ausbildung der Armee werden kaum noch größere taktische Einheiten vorhanden sein, mit denen eine geschlossene und einheitliche Kampfstellung auf dieser Linie eingenommen werden kann. Die alles andere als militärisch wertvollen und zuverlässigen Redistruppen, die man in den letzten Tagen von Konstantinopel aus in diese Richtung auf 45 bis 50 Kilometer erstreckende Linie gesandt hat, reichen weder zur Verteidigung aus noch können sie dem Chaos von Armeetrümmern als Rückgrat dienen. Dazu kommt, daß die Verwahrlosung der Befestigungen sich nicht in wenigen

Zagen wieder gut machen ließ. Ebenso wenig kann der Appell, der jetzt in Konstantinopel an das Volk gerichtet wird, ein irgend wie ernst zu nehmendes Freiwilligenkorps auf die Beine bringen. Auch die Unterstützung der Flotte, die im Schwarzen wie im Marmarameer die Flankendeckung der Tschataldtscha-Linie übernehmen soll, kann nicht ins Gewicht fallen. Der Kampf um diese Position ist also nur noch ein Verzweiflungssakt der Türken, bei dem noch Ströme von Blut fließen werden, der aber Konstantinopel nicht vor dem Anmarsch des Feindes schützen kann. Die letzte Möglichkeit, den Ausgang des Krieges noch zugunsten der Türkei zu beeinflussen, konnte darin bestehen, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften einen Vorstoß im Maritsa-Tale zu machen und Adrianopel zu entsetzen; aber diese Möglichkeit ist für immer dahin.

Die Bulgaren sind im Norden wie im Süden in nächste Nähe der türkischen Verteidigungslinie gelangt. Die Meldungen, daß sie diese schon genommen hätten, sind wohl verfrüht. Mit einem Schlage werden sie überhaupt nicht zu Herren der langgestreckten Fronten werden. Wohl aber können sie diese an verschiedenen Punkten durchbrechen und den Kampf in eine ganze Anzahl Umzingelungs- und Einzelgefechte auflösen. Das würde ihren Vormarsch auf Konstantinopel etwas verzögern aber nicht aufhalten.

Die heute vorliegenden Meldungen über die Kapitulation Adrianopels sowie über das Eindringen der Griechen in Saloniki bedürfen noch der Bestätigung.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Der bulgarische Vorstoß.

Wien, 7. November. Der Kriegsberichterstatter der „Reichspost“ meldet aus dem bulgarischen Hauptquartier vom 7. November 10 Uhr vormittags: Heber Anlage und Durchführung des Angriffs der bulgarischen Hauptarmee auf der Linie von Tschataldtscha erfährt sich aus dem großen Hauptquartier folgendes: Nach der dreitägigen Schlacht von Lüle Burgas-Bunarbistara-Wisla und nach zweitägigen Kämpfen, die nach eintägiger Pause infolge neuer türkischer Vorstöße unter bulgarischer Gegenoffensive auf dem westlichen Flügel bei Wisla neu entbrannten, rückte die den linken Flügel der bulgarischen Schlachtfrente bildende dritte Armee mit starken Kolonnen von Saraj und Sultanbagedsch auf Strandza vor, um den südlich stehenden türkischen Kräften den Rückzug hinter die Tschataldtschalinie abzuschnitten. Gleichzeitig ging im Zentrum und auf dem rechten Flügel die erste Armee, bei der neuerlich Verstärkungen von den bei Adrianopel frei gewordenen Truppen eingetroffen waren, in mehreren Kolonnen längs der Bahn und mit einer südlichen Umgehungsflanke über Tschatum zum Angriff gegen die türkische Armee vor, die in einer starken und besetzten Position bei Tschirkesch zur Deckung des Rückzuges auf Tschataldtscha Stellung genommen hatte. Die erbitterten Kämpfe um diese Position dauerten den ganzen 3., 4. und 5. November. Die Türken kämpften unter dem Oberbefehl Rasim Paschas mit weit größerer Hartnäckigkeit, als nach ihrem fluchtartigen Rückzuge nach der letzten Schlacht erwartet wurde. Als die bulgarische Umgehungsflanke von Süden her sichtbar wurde, unternahm die Türken mit starken Kräften einen verzweifelten Vorstoß von Capakli-Bunarbistara gegen Uzun-Hadschi, um das bulgarische Zentrum zu durchbrechen. Dieser Angriff brach in dem Feuer der bulgarischen Infanterie und Artillerie vollständig nieder. Gleichzeitig ging überdies die dritte bulgarische Armee aus dem Raum westlich Strandza gegen das nördlich von Jenidj befindliche rechte Zentrum der Türken zum entscheidenden Angriff vor und warf diese auf Tschirkesch zurück. Dies verwandelte das Scheitern des türkischen Angriffs auf Uzun-Hadschi in eine vollständige Katastrophe. Die hier vorgehende Division wurde fast gänzlich vernichtet. Die unmittelbare Folge der Vernichtung des rechten türkischen Zentrums war der sofortige Rückzug der ganzen noch in starker Stellung befindlichen südlichen Schlachtfrente der Türken. Dieser Rückzug, der am Vormittag des 5. November angetreten wurde, führte im allgemeinen längs der Bahnlinie auf Sinifli, während der äußerste linke Flügel über Santa zurückging. Das kräftige Nachdrängen der bulgarischen ersten Armee und speziell des Vorgehens der südlichen Umgehungsflanke veranlaßte den anfangs geordneten Rückzug der Türken in eine regellose Flucht. Ein Versuch Rasim Paschas, die Verfolgung der Bulgaren an der Nachbühnung bei Sinifli aufzuhalten, endete am Abend mit dem vollständigen Scheitern der hierzu verwendeten letzten türkischen Reserven, die dem bulgarischen Kavallerieangriff nicht stand zu halten vermochten. Und von da wandten sich die türkischen Massen in hallober Flucht gegen Tschataldtscha, von den bulgarischen Truppen mit großem Nachdruck verfolgt. Das zweite große Resultat des entscheidenden Vorstoßes der dritten Armee auf Jenidj war die vollständige Abdringung des rechten türkischen Flügels vom Gros der türkischen Armee. Dieser Flügel wurde durch den Angriff der dritten Armee von den Höhen östlich Strandza in das Waldgebiet am Verloosee geworfen und seine Verbindung mit dem gleichfalls abgedrungenen Zentrum durch das Vorgehen bulgarischer Kolonnen südlich des Strandzabere-Flusses unterbrochen. Unter energischer Fortsetzung der Verfolgung gruppierte sich nun die dritte Armee für den unmittelbaren Angriff auf den nördlichen Flügel der Tschataldtscha-Position im Raum Belgrad-Tschataldtscha und Kalkaloi-Malan mit den Angriffsdirektiven über Lojarschli und Tschirkesch-Gabzomer auf Delijanus und über zwei andere Orte auf die Positionen westlich Sujanli und Jospfen, eine andere Kolonne wurde auf Verlos angezogen. Die erste Armee führte den Angriff aus dem Raum Kalkaloi-Malan mit einer starken südlich des Scheitan beiderseits von Tschataldtscha gegen Ufumar. Eine südliche Kolonne geht über Jenidj-Schirwan und eine äußerste Flankkolonne in der Richtung Wajut-Tschirkesch vor. Gleichermaßen sind bereits die Vortruppen der dritten Armee unter beständigen Kämpfen bis in die Linie Tschirkesch-Kalkaloi vorgezogen. Heute früh haben die Truppen der ersten Armee die türkischen Truppen von den Höhen bei Tschataldtscha herabgeworfen. Der Kampf ist bereits auf der ganzen Linie entbrannt. Die Bulgaren gehen auch in diesem Kampf mit großem Mut vor.

Eine zweite Depesche aus dem Hauptquartier von 2 Uhr nachmittags besagt: Eben erfährt sich, daß die südlich des Verloosee vorgehende Kolonne der dritten Armee die Positionen von Delijanus, den rechten Flügel der türkischen Stellung, genommen hat und daß auch die südlich vorgehenden Kolonnen der ersten Armee im feindlichen Vorposten sind.

Der Kriegsberichterstatter der „Reichspost“ meldet weiter aus dem bulgarischen Hauptquartier unter dem 7. November 10 Uhr abends: Die von der dritten Armee genommenen Stellungen des rechten türkischen Flügels bei Delijanus bilden ausgezeichnete Stützpunkte für die Weiterführung des Angriffs. Auch auf den südlichen Linien sind die bulgarischen Truppen bereits in die türkische Hauptstellung von Tschataldtscha eingedrungen.

In und um Adrianopel.

Sofia, 8. November. In Adrianopel richtet der Typhus unter der Besatzung große Verheerungen an. Mehrere tausend Mann sind schon typhuskrank. Die Besatzung der Festung wird trotz vieler Verluste noch auf 40 000 bis 50 000 Mann geschätzt. Einzelne Stellungen der Türken sind sehr stark. Hunger und Krankheit legen der Besatzung mehr zu als der Feind. Das Kommando der bulgarischen Belagerungstruppen beabsichtigt keine forcierte Überwindung der Festung, richtet vielmehr ihr Augenmerk auf eine läckenlose Einschließung. Die Bourpariers wegen der Uebergabe Adrianopels sollen bereits eingeleitet sein.

Eine türkische Darstellung.

Konstantinopel, 8. November. In einem offiziellen Telegramm des Kaisers von Adrianopel vom 6. November werden die Kämpfe in der Gegend um Adrianopel folgendermaßen dargestellt: Am 22. und 23. Oktober griffen Abteilungen der Adrianopeler Garnison die Positionen auf der Linie Jusuf-Tauschan-Koridscha an. Der Kampf endete erfolgreich. Am 22. Oktober griff der Feind den Sektor Marasch, nordwestlich der Fortifikation von Adrianopel an. Infolge des außerordentlich tapferen Widerstandes der osmanischen Truppen war der Kampf sehr blutig; der Angriff des Feindes wurde zurückgeschlagen und seine Annäherung an den Sektor verhindert. Am 29. Oktober wurde ein Ausfall unternommen, der dem Feinde große Verluste beibrachte. Im Sektor von Marasch kam es abermals zu einem blutigen Kampf. Der Feind wurde zwei bis drei Kilometer weit zurückgetrieben. Am 5. November brachten wir dem Feinde abermals beträchtliche Verluste bei.

Wahrgelung des Chefs der türkischen Flotte.

Konstantinopel, 8. November. Der Kommandeur der Flotte, Abdullah Pascha, der gestern hier eintraf, ist vom Kommando entbunden worden.

Das Panzerkreuz „Messudie“ ist aus dem Goldenen Horn ausgefahren.

Wie verlautet, soll sich die türkische Flotte längs der Küste des Marmarameeres und des Schwarzen Meeres aufstellen, um die türkischen Truppen in der Verteidigung der Tschataldtscha-Linie zu unterstützen.

Die Verwirrung in Konstantinopel.

Konstantinopel, 7. November, abends 8 Uhr. Die Blätter werden morgen von der Regierung inspirierte Artikel bringen, in denen die Bevölkerung von Konstantinopel aufgefordert wird, Freiwillige zu stellen und in jeder Beziehung an der Verteidigung teilzunehmen; denn die Regierung sei entschlossen, bis aufs Messer Widerstand zu leisten. — Der Patriarch hat die griechischen Schulen in Konstantinopel schließen lassen.

Konstantinopel, 8. November. In laugen Jügen treffen hier die muslimanischen Landleute aus den von den Bulgaren bedrohten Gegenden ein. Stambul ist voll von einer langen Reihe von Karren, auf denen Frauen und Kinder, Dienstmädchen und Tiere in bejammernswertem Zustande lauern. Was sie an Hunger mit sich führen konnten, haben sie bei sich. Die meisten von ihnen sind auf dem Wege nach Wien.

Zahlreiche Freiwillige, Kurden, Lasen und Tcherkesen, sind nach der Tschataldtscha-Linie abgegangen, deren Befestigungen weiter verstärkt werden.

Ein verzweifelter Appell.

Konstantinopel, 8. November. Fast alle türkischen Blätter veröffentlichen in bewegten Worten einen patriotischen Aufruf, in dem alle Ottomanen aufgefordert werden, an der Verteidigung der Hauptstadt mitzuwirken. „Jeni Gazetta“ schreibt: „Der Sitz des Kalifats der islamitischen Welt ist in Gefahr, der Sultan und das gesamte kaiserliche Haus haben geschworen, ihr Leben zu opfern. Europa kann alle Verträge zerreißen, wir aber können weder den Koran noch die türkische Geschichte zerreißen. Der Großwesir, die Minister, die Armee und die Nation haben geschworen, ihren letzten Blutstropfen zu vergießen.“ Weiterhin fordert das Blatt die Ottomanen auf, die Gefahr eines bulgarischen Einzuges in Konstantinopel und einer Wiederaufrichtung des Kreuzes in der Sophienkirche zu befürchten. Die Blätter fordern alle außer Dienst befindlichen Offiziere auf, den aktiven Dienst wieder aufzunehmen, und alle Einwohner, sich als Freiwillige einschreiben zu lassen, selbst als Krankenpfleger oder bei einem anderen Hilfsdienst.

Die gesamte Presse fordert die Regierung auf, im Widerstand zu beharren, um die militärische Ehre der Türkei zu retten und den Einzug der Bulgaren in Konstantinopel zu verhindern. „Tanin“ glaubt, daß es selbst hinter der Tschataldtscha möglich sein würde, eine dritte Verteidigungslinie zu bilden, nämlich die Linie San Stefano-Tschirkesch-Nischane. Die ganze Einwohnerzahl von Konstantinopel solle helfen, Verteidigungswerke aufzubauen, die mit Kanonen armiert werden sollen. Ein nationales Verteidigungskorps müßte organisiert werden. Vorher hätten alle gesagt, daß sie ihr Blut vergießen wollten, warum — so fragt der „Tanin“ — gehen wir jetzt in den Straßen von Stambul spazieren, ohne etwas zu tun. Alle müssen kämpfen, denn es ist wahrheitsgemäß, daß dies der letzte Krieg ist, den wir in Europa führen. Der Arbeiterführer Tzureschid richtete an den Großwesir einen Brief, in dem es heißt, daß die Arbeiter bereit sind, der Türkei 500 000 Mann zu Pferde oder auf Kamelen zur Verfügung zu stellen.

Bulgarische Verwaltung in dem eroberten Gebiete.

Sofia, 7. November. Das Ministerium des Innern hat die neuernannten Unterpäsidenten von Mollapcha Pascha, Kirdschali, Kirdschli, Nalls Drenowo, Gorna Dschumaja, Lüle Burgas, Baba Göl, Wisla, Wassilino und Kofschani benannt, im Hinblick auf die binnen kurzem zu gewärtigenden Gemeindevahlen Material anzulegen. Der Verwaltungsrat der bulgarischen Landwirtschaftsbank bereitet die Bestellung von Agenten für die genannten Orte vor, um der durch den Krieg geschädigten Bevölkerung rasch und wirksam zu Hilfe zu kommen. Die Post- und Telegraphendirektion hat bereits das Dienstpersonal für die neuen Gebiete ernannt.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Saloniki von den Griechen besetzt!

Paris, 8. November. Der Spezialkorrespondent der „Agence Havas“ meldet um 6 Uhr 30 Minuten aus Athen: Die Griechen haben heute mittag Saloniki besetzt, die Straßen Athens sind illuminiert.

Vom montenegrinischen Kriegsschauplatz.

Die Belagerung von Sutari.

Njega, 8. November. Die letzten Vorbereitungen für den Hauptangriff gegen Sutari sind beendet. Trotz des achtstündigen Regenwetters sind Geschütze, Munition und Lebensmittel eifrig nach dem Operationsgebiet geschafft worden. Auch die Artillerie ist in den besten Angriffsstellungen untergebracht worden. In den letzten Tagen fanden an der Vojana und am Driu kleine Gefechte unter erheblichen beiderseitigen Verlusten statt.

Amerikanische Kriegsschiffe.

Washington, 8. November. Die Panzerkreuzer „Tennessee“ und „Montana“ werden innerhalb 24 Stunden zum Saub der Amerikaner nach den türkischen Gewässern abgehen und werden am 25. November in Konstantinopel eintreffen.

Die „Affenkomödie“ vor Gericht.

Das preussische Abgeordnetenhaus stellte Strafantrag wegen unseiner Artikel in der Nummer vom 8. April: „Eine reaktionäre Affenkomödie“, der das empörende Verhalten der Mehrheit des Hauses geistete. Gestern hatte sich deshalb unser verantwortlicher Redakteur vor der Strafkammer zu verantworten. Die Verhandlung, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichten, endete nicht mit einem mit Sicherheit erwarteten Freispruch, sondern mit einer Verurteilung zu einer Geldstrafe von 200 Mark. Das Verdict gelangte zu dem Urteil durch die irrige Annahme, daß der Ausdruck „Affenkomödie“ in jenem Artikel auf das Abgeordnetenhaus als Ganzes in seiner staatsrechtlichen Stellung und nicht lediglich auf das Gebahren einer Reihe von Abgeordneten sich bezogen habe. Und doch schließt der Artikel in seiner Gesamtheit, wie die Verteidiger in prächtigen Darlegungen bewiesen, eine andere Deutung aus. Das unaufrichtige, rücksichtslose und empörende Verhalten einer Reihe bürgerlicher Abgeordneter gegen unsere Genossen im Landtag war in dem Artikel in einer durchaus abfälligen, aber ebenso zutreffenden Weise kritisiert. Mit Glacéhandschuhen wurden die Herren freilich nicht angefaßt. „Im Deutschen sagt man, wenn man höflich ist.“ Die „Sochsdreierentzündungskomödie“, in der sich die Herren geisteten, indem sie Liebkechtis und Ströbels Aeußerungen über das heutige preussische System zu Verleumdungen des preussischen Volkes umschrieben, erforderten eine klare, unabweidende Juridikweisung. Der Einfluß jener Herren im Landtag reichte aber aus, um die Mehrheit des Hauses zu einem Antrag auf Strafverfolgung wegen formaler Verleumdung zu bewegen.

Das Urteil mußte nach dem Lauf der Verhandlung anerkennen, daß die Worte „Affenkomödie“, „Zunkerparlament“ und „Geldsackparlament“ sich nicht auf das Abgeordnetenhaus in seiner staatsrechtlichen Stellung beziehen konnten. Wenn es in dem Worte „Affenkomödie“ eine Landtagsverleumdung erblickte und den Ausdruck mit einer hohen Strafe süchtig zu müssen glaubte, so erwarten wir eine Korrektur des Freispruchs vom Reichsgericht.

Aber mag die letzte Instanz ein Urteil fällen, welches es will — die geistige Verhandlung hat das Verhalten der führenden Herren im preussischen Parlament, ihre Abneigung gegen die elementarsten Forderungen des Geistes des Anstands und der Gerechtigkeit in einer Weise beleuchtet, die eine allgemeine scharfe Verurteilung des Verhaltens dieser Abgeordneten zur Folge haben muß. Das war herzerquickend. Und so haben wir allen Anlaß, den Urhebern des Strafantrages gegen den „Vorwärts“ unseren innigsten Dank und nicht minder inniges Beileid auszusprechen.

Die Teuerung.

Protestversammlungen.

Im Wahlkreise Bällichau-Krossen protestierten am Sonntag etwa 500 Personen in einer Versammlung auf freiem Felde gegen Entziehung, Krieg und Teuerung.

Am Donnerstag sprach Genosse Grauer über dieses Thema in Sommerfeld. Hier hatten die Fortschrittler beschlossen, „angesichts der guten Lage der Arbeiter“ über einen Teuerungsantrag in der Stadtverordnetenversammlung zur Tagesordnung überzugehen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 8. November 1912.

Sonderbare Schwerhörigkeit.

Das „Berl. Tagebl.“ drückt unsere Bemerkung über die Verleumdung der Sozialdemokratie zu einem freisinnig-sozialdemokratischen Wahlabkommen für die preussischen Landtagswahlen — soweit es die selbstverständliche Gegenseitigkeit nicht vernichten läßt — ab und erklärt, auf die sonstigen polemischen Differenzen zwischen ihm und dem „Vorwärts“ nicht mehr zurückkommen zu wollen. Gut — wir legen zu allererst Gewicht auf solche Geläufigkeiten. Nur das nimmt uns Wunder, daß das „V. T.“ die Stellung des „Vorwärts“ zu einem Stichwahlabkommen auch heute wieder für unklar und mißverständlich zu erklären wagt, obwohl der „Vorwärts“ niemals — z. B. auch nicht bei seiner Stellungnahme zu dem bekannten Eisenacher Vorschlag, der doch das „V. T.“ keine Aufmerksamkeit nicht verleiht hat — auch nur den leisesten Zweifel darüber gelassen hat, wie er sich ein Stichwahlabkommen mit dem Freisinn denkt. Nämlich als gegenseitige Wahlunterstützung bei der Abgeordnetenwahl nach selbständigem Vorgehen bei der Wahlinnerwahl. Und obwohl der Parteitag der preussischen Sozialdemokratie erst über die Wahltaktik beschließen wird, wird das „V. T.“ gut tun, die von uns bereits längst und wiederholt gefestigten Bedingungen als jene Grundlagen für ein Wahlabkommen zu betrachten, von denen es für die Sozialdemokratie kein Abweichen gibt!

Budgetberatung in der Hamburger Bürgerschaft.

Das hamburgische Staatsbudget für 1913 schließt, wie bereits mitgeteilt, mit einem Reihbetrag von 9 Millionen Mark ab. In der allgemeinen Beratung des Budgets, die am Mittwoch in der Bürgerschaft stattfand, wies der Finanzsenator Dr. Diefel nach, daß dieses nach sehr vorsichtiger Abschätzung berechnete Defizit sich nach der endgültigen Abrechnung voraussichtlich auf 6 Millionen verringern würde. Seit dem Cholerajahre 1892 ist kein so großes Defizit dagewesen. Die Finanzlage des Hamburger Staates sei trotzdem durchaus günstig. Den enorm gestiegenen Ausgaben steht eine prozentual noch größere Steigerung der Einnahmen gegenüber. Das diesjährige Defizit sei durch die Gehaltserhöhung für die Beamten entstanden, die rund acht Millionen Mark vermindert hat. Um das Budget wieder ins Gleichgewicht zu bringen, werde die Bewilligung neuer Steuern in derselben Höhe notwendig sein. Doch soll die Einkommensteuer, die für die mittleren Einkommen in Hamburg niedriger ist als in Preußen, nicht erhöht werden. In der von der Sozialdemokratie und Liberalen beantragten Vermögenssteuer will der Senat sich vorläufig nicht äußern. Er hofft, daß der wirtschaftliche Aufstieg der letzten Jahre noch weiter anhält, so daß erhöhte Einnahmen von selbst eintreten werden. Die Schuldenlast des Hamburger Staates beansprucht einen jährlichen Aufwand an Zinsen und Amortisation von 34 Millionen Mark. Demgegenüber steht eine jährliche Einnahme aus unbefriedigten Staatsvermögen (Domänen und Anlagen) von 40 Millionen Mark. Auch in dieser Hinsicht sei die Finanzlage befriedigend. Die Anleihen sind im wesentlichen aufgenommen für den Bau von Hafenanlagen, Krankenhäusern, Schulen und Museenbauten. Für das öffentliche Bildungswesen, insbesondere für Vorlesungen und Vorträge, bietet sich Hamburg mehr auf als irgend eine andere Stadt Deutschlands.

Aus den Reden, die hierauf die fünf Hauptredner der verschiedenen Fraktionen zum Budget hielten, ist hervorzuheben, daß der liberale Abgeordnete Dr. O. L. und der Sozialdemokrat Dr. Diefel, ob es wahr sei, daß die Bundesratsvertreter der Hansstädte gegen das vom Reich geplante Petroleummonopol gestimmt hätten. Dr. Diefel warf dem Senat ferner mangelhafte Ausnutzung des Staatsgrundbesitzes vor und sprach sich gegen Erhöhung der Einkommensteuer, aber für Einführung einer Vermögenssteuer aus. Senator Diefel

erwiderte, aber das Petroleummonopol könne er sich öffentlich nicht näher äußern; daß die Hansstädte gegen derartige Staatsmonopole stimmen müßten, sei selbstverständlich. Demgegenüber wies der sozialdemokratische Fraktionsredner, Genosse Stolten auf die Gefährlichkeit eines Halbmonopols hin, bei dem gewisse Kapitalistenklassen die Allgemeinheit mehr oder weniger schädigen und zugleich durch Lieferung schlechten Petroleum gesundheitslich schädigen können. Im übrigen machte Stolten noch auf zahlreiche Mängel im Budget aufmerksam und betonte die Notwendigkeit größerer Sparsamkeit in der Verwaltung.

Der Budgetentwurf wurde darauf dem Budgetausschuß überwiesen.

Kein Koalitionsrecht aber Zentrumsmitgliedschaft!

Die beschämende Verzichtleistung des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes auf sein Streikrecht paßt den Zentrumsmitgliedern in der christlichen Gewerkschaftsbewegung gar nicht. Noch vor kurzem ließ sich die Agitation um die indifferenten Eisenbahner so angenehm erteilen, es wurde einfach verlangt — so tat es der Zentrum — abgeordnete Geld und machten es auch andere — daß nicht geduldet werden dürfe, Staatsbeamte oder Staatsarbeiter in einer sozialdemokratischen Organisation zu lassen. Der Streikverzicht der Süddeutschen Eisenbahner hat die bayerischen Zentrumsleute vor eine ganz neue Situation gestellt. Erst mußten die christlichen Eisenbahner vor, um das neue Terrain zu sondieren. Einer der beschämendsten Momente des kürzlich in Dresden stattgefundenen Gewerkschaftskongresses war es, einen christlich organisierten Eisenbahner über den Süddeutschen Eisenbahnerverband und den Deutschen Militärarbeiterverband herfallen zu hören und zwar gerade dann, als ein Vertreter des sächsischen Eisenbahnministeriums Zeit gefunden hatte, den Kongress durch seine Anwesenheit auf eine halbe Stunde glücklich zu machen. Dem Zentrum ist aber das allgewohnte Schimpfen auf die sozialdemokratischen Staatsarbeiterorganisationen nicht wirksam genug, zumal jetzt, nachdem der sogenannte sozialdemokratische Süddeutsche Eisenbahnerverband auf sein Streikrecht beschämenderweise verzichtet hat. Die „Germania“, das Organ der „Hertlinge“, bringt deswegen aus München in seiner geistigen Nummer eine dummschlaue neue Forderung, sie lautet: Solange entweder die sozialistische Partei nicht die Zugehörigkeit zu einer Organisation verbietet, die einen von ihr selbst als vital angeprochenen Grundlag verleiht, und damit Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse begeht, oder jene Organisation nicht die Mitgliedschaft zu einer Partei, die nach der eigenen Erklärung der Organisation ein rechtswidriges Verlangen stellt, für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu dem auf dem Rechtsboden stehenden Verband anspricht, so lange kann die „formelle“ Erklärung des Verbandes auch nicht die geringste Glaubwürdigkeit beanspruchen. So lange nicht der Beweis erbracht ist, daß weder die Partei an der Existenz des Verbandes, noch der Verband an der Agitationskraft der Partei ein Interesse hat, so lange ist nur das eine klar, daß sich Partei wie Verband im Notfall auch mit Zwangsmaßnahmen behelfen.

Das könnte dem Zentrumsgefindel so passen, daß verblendeten Arbeitern, die sich ihres stärksten wirtschaftlichen Schutzmittels freiwillig begeben, auch noch die letzte Hoffnung, in der Sozialdemokratie doch immer wieder die Interessen der Arbeiter vertreten zu sehen, genommen wird. Müßen wir ja auch oft genug für die christlich organisierten Arbeiter eintreten, wenn ihre parlamentarischen Vertreter bei wichtigsten Arbeiterforderungen versagen, und kämpfen wie doch auch für den letzten indifferenten Arbeiter! Das Zentrum mag nur seine Leute hinstellen und unter den gemächlichen Staatsarbeitern für die „Hertlinge“ agitieren, nachdem es sich jahrelang Mühe gegeben hat, den Arbeitern ihr wichtigstes Kampfmittel aus der Hand zu schlagen!

Folgen der Enteignungspolitik.

Als Vorsitzender des Polenklubs sprach heute Abgeordneter Stapinski im Anschluß für auswärtige Angelegenheiten der österreichischen Delegation über die preussische Polenpolitik. Er sagte: „Eine Grundbedingung für die Unterstützung der Dreibundpolitik durch die Polen müßte die Respektierung der Gefühle der Polen seitens des Bundesgenossen sein. Wir haben, fährt Redner aus, unter den schwierigsten Verhältnissen trotz preussischer Ausnahmegesetze die Bündnispolitik mit Deutschland aus Staatsdrängungen loyal unterstützt. Wir können dies aber nicht weiter tun, wenn durch drastische Gewaltmaßnahmen seitens der Regierung des Bundesgenossen unsere ganze öffentliche Meinung aufs tiefste in ihren heiligsten Gefühlen verletzt würde. Wir hatten Grund zu glauben, daß wir nicht in die Zwangslage veretzt würden, gegen die Bündnispolitik mit Deutschland aufzutreten. Es ist und ganz unerklärlich, daß die Festigung und Sicherung des Bündnisverhältnisses keinen größeren Wert darstellen sollte, als die Vertreibung einiger polnischer Gutsbesitzer von der heimatischen Scholle. Mit dem größten Nachdruck müßen wir unserem auswärtigen Amte nahelegen, daß die auswärtige Politik ohne Zustimmung der österreichischen Slawen auf die Dauer nicht geführt werden kann.“

Ob diese Ausführungen bei den Palastisten und ihren Gömmern etwas nützen wird, steht freilich dahin.

Ein Meineidiger und die bürgerliche Presse.

Von dem Stader Schwurgericht wurde am Dienstag ein Arbeitswilliger namens Sanger wegen fahrlässiger Eidesverletzung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Sanger war bei einem Streit auf der Delfabrik Teutonia in Harburg mitausständig, fiel aber nach zwei Tagen um und wurde Arbeitswilliger. Von Streikenden will er deshalb belästigt und von einem sogar mit einem Gummihüpfel geschlagen worden sein. Der Täter erhielt dafür vier Monat Gefängnis. In jenem Prozeß verhielt sich Sanger als Zeuge trotz dringlicher Verwarnung auf Befragen des Verteidigers, daß er wegen Unterschlagung mit einer Geldstrafe von 60 Mark bestraft war. Deshalb erhielt er jetzt die sechs Wochen zudiskret. Der Staatsanwalt hatte sechs Monat Gefängnis beantragt.

Die bürgerliche Presse nimmt sich bereits liebevoll dieses Falles an, um der Sozialdemokratie eins am Jenge zu stiden. So berichtet die vornehme „Weserzeitung“ in Bremen in der Donnerstagsmorgen erschienenen Nummer darüber unter der Stichmarke: Durch sozialdemokratischen Streikterrorismus vor das Schwurgericht gebracht. Als ob die Sozialdemokratie, die mit dem Streit in der Delfabrik Teutonia zu Harburg nicht das geringste zu tun gehabt hat, etwas dafür könnte, wenn Streikende in begreiflicher Erregung einen Abtrünnigen unter ihnen mißhandeln. Die sozialdemokratische Presse warnt oft genug vor Täuschungen gegen Arbeitswillige, da diese nur Wasser auf die Mühlen der Scharmacher sein würden. Wie die liberale „Weserzeitung“, so wird auch die Reichsverbandspresse nicht versäumen, den Fall aufzugreifen und gegen die Arbeiterbewegung auszusprechen. Den Arbeiterfeinden muß auch die Tat eines Meineidigen zum besten dienen.

Der schwarz-blaue Block in Bayern.

In Augsburg, wo demnächst die Ersatzwahl für den verstorbenen Genossen Kollagen stattzufinden hat, stellt das Zentrum keinen eigenen Kandidaten auf, sondern unterstützt die Kandidatur des Freikonserverativen Tafel. — Die Freikonserverativen sind für Bayern eine Erscheinung, die man dort bislang noch gar nicht gekannt hat. Das Zentrum glaubt hier offenbar einen besonders schlaun Schachzug zu tun. Die Liberalen haben nämlich beschlossen, unter Verzicht auf

eine eigene Kandidatur, den Sozialdemokraten zu unterstützen. Nun provoziert das Zentrum eine freikonserverative Kandidatur in der Hoffnung, damit eine Anzahl liberale Wähler von der Wahl eines Sozialdemokraten abzuhalten und damit den Wahlkreis der Sozialdemokratie zu entziehen.

Wo das Zentrum die Mehrheit hat.

In der Budgetkommission des elsäß-lothringischen Landtages wurde am Freitag bei Beratung der Steuerreform über Lohn- und Befoldungssteuer vom Zentrum ein Antrag eingebracht, der eine Erhöhung der Pfarrrergehälter vorseht. Eine Erhöhung der Gehälter der Geistlichen war in der Regierungsvorlage nicht vorgegeben. Es scheint, daß sich die Merikalen zur Unterstützung ihres Antrages der Hilfe des Lothringer Blocks gefichert haben und so die Regierung veranlassen, der Erhöhung der Geistlichengehälter zuzustimmen, um die in der Regierungsvorlage vorgegebene Erhöhung der Gehälter der höheren Beamtenkategorie durchzubringen.

Frankreich.

Die Herbst- und Winteression des Parlaments.

Am 5. November hat das französische Parlament seine Arbeiten wieder aufgenommen; über drei Monate durfte das Ministerium Poincaré regieren, ohne der parlamentarischen Kontrolle unterworfen zu sein. Der Ausbruch der Balkankriege und die Rolle, die der französische Ministerpräsident vom ersten Augenblick an dabei spielte, hat die Kritik zum Bestimmen gebracht, die wegen dieser Verzögerung der Einberufung des Parlaments gegen die Regierung gerichtet wurde. Die bürgerlichen Parlamentarier scheinen es für richtig zu halten, wenn man sie an den wichtigsten Tagen zu Hause läßt. Einzig und allein die Sozialisten hatten auch nach dem Ausbruch der Balkankriege — und dann erst recht — die sofortige Einberufung der Kammer gefordert. Die Regierung wird durch eine möglichst kurze Session in die günstige Lage versetzt, der Spannung zum Trotz, die wegen der Wahlreform zwischen ihr und der stärksten Partei, den Radikalen, herrscht. Da die Kammer und der Senat von Mitte Januar bis Mitte Februar wegen der Wahl des Präsidenten der Republik eine außergewöhnliche Pause machen muß, so wird man das Budget für 1913 bis Ende Dezember zu erledigen suchen, um die Bewilligung des provisorischen Budgets zu vermeiden. Selbst wenn nun die Debatte über das Budget bei der Beratung der Einzelartikel diesmal viel länger wird wie gewöhnlich, so wird sie doch soviel Zeit in Anspruch nehmen, daß nicht allzuviel Sitzungen für andere Fragen übrigbleiben. Die Kammer hat zwar in ihrer ersten Sitzung am Dienstag beschlossen, jeden Freitag den Interpellationen zu widmen und am ersten Freitag mit der Diskussion der von den Sozialisten zur Bekräftigung eingebrachten Interpellation zu beginnen, aber es braucht nur zu diplomatischen Vorkäuferschritten zu kommen (von den kriegerischen, die immer noch möglich sind, gar nicht zu reden), um die Kammer und den Senat zu veranlassen, sofort in die Besprechung der zur auswärtigen Politik schon vorliegenden Interpellationen einzutreten, die in einer Sitzung wohl schwerlich beendet werden könnte. Alle diese Umstände sind für das Ministerium Poincaré sehr günstig. Die Intrigen, die von den Radikalen zu seinem Sturz eingeädelt worden waren und die noch vor kurzem auf dem radikalen Kongreß von Tours durch eine scharf antiproportionalistische Resolution, die von einer großen Mehrheit angenommen wurde, den parteioffiziellen Segen erhielt, sind wie weggeblasen. Angesichts der internationalen Lage wird sich die radikale Partei wahrscheinlich hüten, eine Ministerkrise zu provozieren, nur um sich vor der Wahlreform zu retten und noch vor der Präsidentenwahl ein rein radikales Ministerium ans Ruder zu bringen, das jetzt von dem gemäßigten Poincaré geführt wird, der dem von den Radikalen so gefürchteten Proporz zusteuert. Sicher ist allerdings nichts!

Rußland.

Ein sozialdemokratischer Wahlerfolg in Warschau.

Warschau, 8. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute wurde hier Eugen Jagello, der Kandidat des sozialistischen Blocks, zum Dumaabgeordneten gewählt. Der Gewählte ist Mitglied der P. P. S. Er ist der erste polnische Sozialist in der Duma.

China.

Rußlands Anschlag auf die Mongolei.

Petersburg, 8. November. In einem Communiqué über das russisch-mongolische Abkommen wird gesagt, das Abkommen stelle die Anerkennung der Autonomie der mongolischen Regierung dar, zu der die russische Regierung von jetzt ab in unmittelbare Beziehungen trete. Das Abkommen greife jedoch nicht der Regelung der Beziehungen der autonomen Mongolei zu China vor. Wenn sich die chinesische Regierung dem Abkommen in seinen grundlegenden Prinzipien anschließen wolle, so werde die russische Regierung keinen Grund haben, zu verhindern, daß eine Verständigung über die Anerkennung der chinesischen Souveränität durch die mongolische Regierung zustande komme.

Japan will Rußlands Beispiel folgen.

Peking, 5. November. (Meldung der „Agence d'Extrême-Orient“.) Die japanische Presse veröffentlicht lange Artikel über die Folgen des russisch-mongolischen Vertrages, dessen Grundzüge soeben veröffentlicht worden sind und der in schlecht verhüllter Form die nördliche Mongolei vollständig unter das Protektorat Rußlands stellt. Die japanische Presse rät der Regierung des Mikado dringend, dem Beispiel seines Gegners zu folgen und die Mandchurie zu annektieren, wie sie Korea annektiert hat. Zahlreiche kaiserlich gestimmte Notabeln der Mandchurie, Feinde der chinesischen Republik unterstützen diesen Plan. Die chinesische Presse ist darüber natürlich entsetzt und nennt dieses Vorgehen ein unredliches Manöver Japans. Die Blätter versichern, daß die mandchurische Bevölkerung in ihrer großen Mehrzahl einen solchen Plan stets bekämpfen werde.

Amerika.

Die Zahl der Wahlstimmen.

New York, 7. November. Nach den letzten Wahlergebnissen hat Wilson auch in Illinois gesiegt, somit in 40 von 48 Staaten und zwar mit 442 Elektoralstimmen. Auf Roosevelt entfielen 77 Stimmen; Laft siegte nur in Utah, Vermont und Idaho und erhielt 12 Stimmen. In Volksstimmen entfielen auf Wilson 6192000, auf Roosevelt 4194000, auf Laft 3587000. Die Sozialisten haben eine Zunahme von 100000 Stimmen zu verzeichnen. Im ganzen wurden 750000 sozialistische Stimmen abgegeben. Das sozialistische Mitglied des Kongresses, Verges, ist geschlagen, doch sind drei Sozialisten in die Legislatur von Illinois gewählt.

Die voraussichtliche Zusammensetzung des Unterhauses wird sein: 257 Demokraten, 122 Republikaner, 16 Progressisten; die des Senates 52 Demokraten, 35 Republikaner und 6 Progressisten.

Haus der Partei.

Kein Patentschutz.

Ich habe mich bisher geistlich und aus begreiflichen Gründen jeder Einnischung in die Frage enthalten, wenn die Priorität hinsichtlich der Anregung zur Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen gebühre. Solcher Streit hat gewöhnlich etwas sehr Kleines an sich und wird auch meist unter ganz solchen Gesichtspunkten geführt. In der Wissenschaft, in der Technik, in der Kunst, auf allen Gebieten geistigen Schaffens tauchen Ideen fast niemals in einem einzigen Kopf auf. Sie drängen sich in einer bestimmten Epoche verschiedenen Köpfen gleichzeitig auf, und nicht darauf kommt es an, ob Jüng oder Jüng die Idee zuerst gefaßt haben, sondern wie sie sie entwickelt und angewandt haben.

Das habe ich seinerzeit dem russischen Anarchisten Tscherejew entgegengehalten, als er auf Grund von Zitaten aus der französischen Literatur Marx die Originalität der Klassenkampftheorie bestreiten wollte. Und mutatis mutandis ist auch die vorliegende Frage, wenn man sich überhaupt mit ihr befassen will, nach diesem Gesichtspunkt zu erörtern.

Ich habe also nicht das geringste dagegen, wenn jetzt von Bebel darauf hingewiesen wird, daß Frohne und Daisenecker schon 1885 für Teilnahme an der preussischen Landtagswahl eingetreten sind. Eines aber muß ich dazu bemerken. Wenn ich diese Idee damals belämpfte, so namentlich aus dem Grunde, weil im Angesicht der Verhältnisse unter dem Sozialistengesetz mir das zu erzielende Resultat in keinem Verhältnis zu den Opfern zu stehen schien, den die Beteiligung an der offenen Wahl mit allen ihren Schikanen unseren Genossen auferlegen müßte.

Dieses Hauptbedenken war im Jahre 1893 hinweggefallen. Die Partei konnte sich ungehindert durch das Ausnahmegesetz in der Öffentlichkeit bewegen, sie hatte ihre Organisationen ausgebaut, die Zahl ihrer Wahlstimmen war gegen 1885 auf das Dreifache gestiegen. Es war also möglich, den Kampf auf einer unendlich breiteren Basis zu führen und auch ganz andere Erfolge mit ihm zu erzielen. Es handelte sich nun darum, nicht bloß ein bißchen mitzuwählen, sondern durch eine intensive Beteiligung womöglich die Zusammenziehung des Abgeordnetenhauses zu ändern und Drefche in das ganze Dreiklassenwahlsystem zu legen.

So der Vorschlag, den ich, angeregt durch das glänzende Resultat der Reichstagswahl des Jahres 1893, im September jenes Jahres der Partei in der „Neuen Zeit“ unterbreitete. Mit welchem Schicksal, ist belamnt.

Ich darf wohl erwarten, daß diejenigen Blätter, die Bebel's Einwendung zum Abdruck bringen, auch von diesen Ausführungen Notiz nehmen.

Berlin-Schöneberg, 8. November 1912.

Ed. Bernstein.

Parteiliteratur.

Politische Aufsätze und Reden von J. S. Schweiger. Mit Einleitung und Anmerkungen von Franz Rehring. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & M. S., Berlin SW. 68. Preis broschiert 3 Mk., gebunden 4 Mk.

Wir werden auf diesen interessanten Beitrag zur Parteigeschichte ausführlicher zurückkommen.

Kinderpflege.

In Oesterreich wurde anlässlich des deutsch-österreichischen Parteitages ein „Kinderrat“ gebildet, der sich dem Kinderschutz und der Kinderpflege widmen soll.

Polkzliches, Gerichtliches usw.

Prozess.

Zu 20 M. Geldstrafe verurteilte das Schöffengericht Magdeburg den verantwortlichen Redakteur der dortigen „Volksstimme“, Genosse Emil Müller. Der volkswirtschaftliche Beirat der Chemischen Fabrik L. Goldschmidt in Gfen, Dr. Sperling, fühlte sich durch einen Gerichtsbericht beleidigt und hatte Klage erhoben.

Der Balkankrieg.

Die Aufteilung der Türkei.

Paris, 8. November. (B. T. S.) Der „Temps“ meldet aus Sofia, daß gegenwärtig zwischen den Balkanstaaten ein eifriger Meinungsaustausch stattfindet, um die durch ihre militärischen Erfolge gerechtfertigten gemeinsamen Ansprüche festzusetzen. Die Grundlage dieser Verhandlung bilden die von Bulgarien mit Serbien, Griechenland und Montenegro abgeschlossenen Verträge. So sei in dem zwischen Bulgarien und Serbien im März 1912 unterzeichneten Vertrage die künftige bulgarisch-serbische Grenze durch eine über den Schtridasee nach der Adria gehende Linie festgesetzt worden. Zur Regelung etwaiger Streitigkeiten verpflichteten sich die Parteien, behufs eines Schiedsspruchs den Kaiser von Rußland anzurufen. In dem im Juli dieses Jahres abgeschlossenen griechisch-bulgarischen Abkommen ließ Griechenland Saloniki außerhalb der von ihm beanspruchten Zone. In dem montenegro-bulgarischen Abkommen sei Montenegro ein Teil des Sandschaks zugesichert worden. Diese territorialen Vereinbarungen seien durch Militärkonventionen vervollständigt. Die aus denselben erwachsenden Verpflichtungen seien für 25 Jahre übernommen worden. Mit Rücksicht auf Rußland sei die Frage von Konstantinopel beiseite gelassen.

Oesterreich-Ungarns Annäherung an Serbien.

Wien, 8. November. (B. T. S.) Die Wiener „Allgemeine Zeitung“ meldet aus Budapest, daß der österreichisch-ungarische Gesandte v. Ugron zu Abranfelva mit neuen Weisungen nach Belgrad zurückgekehrt ist. Er wird morgen dem Ministerpräsidenten Paffsch mitteilen, daß die Monarchie von dem Bestreben geleitet sei, mit Serbien ein so gutes Verhältnis zu unterhalten, wie es unter dem Grafen Andraffy dem Älteren der Fall gewesen sei. Die Monarchie sei geneigt, die serbische Politik Andraffy's fortzusetzen, wenn Serbien auch zu dem damaligen Verhalten zurückkehre und eine diesbezügliche Garantie biete.

Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.

Letzte Nachrichten.

Kontralegation der ungarischen Opposition.

Budapest, 8. November. (P. G.) Die ungarische Opposition hat von der Stadt das Gebäude des alten ungarischen Parlaments gemietet, wo sie am Dienstag eine Kontralegation der Opposition einberufen wird. Hierbei wird Graf Apponyi über die auswärtige Politik sprechen. Journalisten und Publikum haben Einladungen zu dieser Delegation erhalten.

Großes Schadenfeuer.

Fulda, 8. November. (P. G.) Durch Selbstentzündung von Braumiet wurden sämtliche Oekonomengebäude der Domäne Johannesberg eingedäschert. Die reichen Erntevorräte und viele Maschinen sind vernichtet. Der Schaden geht in die Hunderttausende.

Das beleidigte Abgeordnetenhaus.

Unter der Überschrift „Eine reaktionäre Affenkomödie“ veröffentlichte wir am 28. April einen Artikel, welcher das Verhalten der Mehrheit des preussischen Landtages gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten kritisierte. Es handelt sich in der Hauptsache um die im preussischen Abgeordnetenhaus herrschende Gepflogenheit, die Sozialdemokratie in langen Reden anzugreifen und den Angegriffenen dann durch Annahme eines Schlußantrages das Wort abzuschneiden. So war es auch in der Sitzung am 27. April. Eine Rede des Genossen Liebknecht und ein Zwischenruf des Genossen Ströbel hatte den Rednern der bürgerlichen Parteien Anlaß gegeben, drei Tage hintereinander die schwersten Vorwürfe gegen die Sozialdemokraten zu erheben, weil angeblich durch Liebknecht und Ströbel das preussische Volk und Vaterland beleidigt sein sollte. Ehe ein sozialdemokratischer Abgeordneter das Wort bekam, wurde ein Schlußantrag angenommen. Unseren Genossen war also das Wort zur Verteidigung gegen die unberechtigten Angriffe abgeschnitten. Das ist kurz gefaßt der Vorgang, den wir in dem genannten Artikel in scharfen Worten kritisiert hatten.

Einige scharfe Worte in unserem Artikel sind der reaktionären Mehrheit des Abgeordnetenhauses derart auf die Nerven gefallen, daß ein Antrag, unseren verantwortlichen Redakteur Albert Wachs wegen Beleidigung unter Anklage zu stellen, angenommen wurde. Also das Abgeordnetenhaus stellte Strafantrag. Infolgedessen hatte sich Genosse Wachs gestern wegen Beleidigung des preussischen Abgeordnetenhauses vor der 11. Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Karsten zu verantworten. — Die Anklage vertrat Oberstaatsanwalt Chrzedinski. Die Verteidigung lag in den Händen der Rechtsanwälte Gaase, Heine und Dr. Heinemann.

Vernehmung des Angeklagten.

Der Angeklagte Wachs sagte bei seiner Vernehmung: Der Artikel entspricht den Tatsachen, die sich im Abgeordnetenhaus abgespielt haben. Er enthält keine Beleidigung des Abgeordnetenhauses, sondern er wendet sich lediglich, allerdings in scharfer Weise, gegen das Vorgehen einzelner Personen und Gruppen gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten. Wenn in dem Artikel der Ausdruck „Affenkomödie“ vorkommt, so ist damit gesagt, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses durch ihr Verhalten am 27. April das Haus zu einem Tollhause degradiert hat. Den Ausdruck „Affenkomödie“ hat seinerzeit der freisinnige Abgeordnete Dr. Schepp gebraucht mit Bezug auf die Beratung der Wahlrechtsvorlage. — Auf die Frage des Vorsitzenden, warum Wachs den Artikel aufgenommen habe, antwortete Wachs: Um der Stimmung des Volkes Ausdruck zu geben. Dazu sind wir berufen.

Ein Rechtsanwalt Dr. Heinemann das Wort zur Stellung von Weisungsanträgen.

Er beantragte, aus den amtlichen stenographischen Sitzungsprotokollen des Abgeordnetenhauses eine Reihe von Stellen zu verlesen, welche zum Beweise für die in dem Artikel besprochenen Vorgänge dienen und darauf, daß niemand, der die Ausführungen Liebknechts und den Zwischenruf Ströbels ohne böse Absicht liest, zu der Auffassung kommen kann, die beiden Abgeordneten hätten das preussische Volk und Vaterland beleidigt, sondern daß sie sich nur auf das in Preußen herrschende System bezogen. Durch die Verlesung soll ferner bewiesen werden, daß die Redner der bürgerlichen Parteien fortführen, die Sozialdemokraten der Beleidigung des Volkes zu bezichtigen, nachdem diese ausdrücklich erklärt hatten, daß ihre Äußerungen so nicht gemeint waren und auch nicht so verstanden werden könnten, wenn man nicht die Absicht habe, ihnen herabsetzende Unterstellungen zu machen.

Der Oberstaatsanwalt widersprach diesem Antrage. Es handele sich nicht um die Frage, ob die Behauptungen des Artikels der Wahrheit entsprechen, sondern nur um eine Anklage wegen formaler Beleidigung. Alles was die Beleidigung beweisen wolle, könne als wahr unterstellt werden. Dadurch werde die Frage, ob formale Beleidigung vorliege oder nicht, gar nicht berührt.

Rechtsanwalt Heinemann beruft sich darauf, daß nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts die Beweise, selbst wenn sie das Gericht für unerschütterlich hält, erhoben werden müssen, wenn die

Verteidigung die Beweismittel zur Stelle geschafft hat. Das sei hier der Fall.

Rechtsanwalt Heine: Wir wollen beweisen, daß es eine Gepflogenheit des Abgeordnetenhauses ist, die Rednerliste so zu gruppieren, daß als einer der ersten Redner ein Sozialdemokrat herankommt und nachdem eine Reihe anderer Redner gegen die sozialdemokratischen Ausführungen gesprochen haben, ein Schlußantrag gestellt und angenommen, also den Sozialdemokraten das Wort zur Erwiderung abgeschnitten wird. So habe man es im vorliegenden Falle ebenfalls getrieben. Die in dem Artikel zum Ausdruck kommende Auffassung solle durch diese Beweise als zutreffend erwiesen werden.

Der Oberstaatsanwalt widersprach nochmals den Weisungsanträgen. Es sei nicht Aufgabe des Gerichts, zu prüfen, welche Auffassung die richtige sei. Tatsachen könnten doch verschieden aufgefaßt werden. Der Angeklagte möge Grund zu seiner Auffassung gehabt haben, das habe aber nichts damit zu tun, daß er seiner Auffassung in beleidigenden Worten Ausdruck gegeben habe. Die beantragte Beweisaufnahme würde eine einseitige sein. Um ein objektives Bild zu gewinnen, müßten auch die Abgeordneten der anderen Parteien gehört werden. Aber wo läme man dann hin? Wir würden uns ja, wenn diese Beweise erhoben werden, zum obersten Richter aufwerfen über die Handlungen des Abgeordnetenhauses.

Rechtsanwalt Gaase: Es ist nicht unsere Absicht, ein einseitiges Bild zu geben. Wir wollen ja die Zeugen nicht vernehmen über ihre Auffassung, die sie von den Vorgängen im Abgeordnetenhaus haben, sondern wir haben nur die Absicht, dem Gericht historische Tatsachen vorzuführen und daraus den Schluß zu ziehen, daß nur eine Auffassung möglich ist und zwar die, welche in dem Artikel zum Ausdruck kommt.

Das Gericht beschloß, dem Antrage der Verteidigung stattzugeben.

Beweisaufnahmen.

Hierauf wurden die von den Verteidigern bezeichneten Stellen aus den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses verlesen. Daraus ergibt sich im wesentlichen folgendes Bild: In der Sitzung vom 25. April sagte der Abgeordnete Liebknecht im Laufe einer länger als zwei Stunden währenden Rede, die Regierung sei sehr empfindlich, wenn die Rechte von Deutschen in China verletzt würden, aber man sehe nichts von solcher mimosenhaften Empfindlichkeit, wenn es sich um das Verhältnis Deutscher zu Rußland handle, das heiße dem barbarischsten und verächtlichsten Staatswesen in Europa. In dieser Stelle rief der Abgeordnete Ströbel: „Ander Preußen.“ Wegen dieses Zwischenrufes erteilte der Präsident Freiherr von Erffa dem Abgeordneten Ströbel einen Ordnungsruf und veranlaßte denselben mit einer Beleidigung des Reiches, den betreffenden Zwischenruf zu machen. Gegen diese Beleidigung erhoben die sozialdemokratischen Abgeordneten durch Zwischenrufe Widerspruch. Nun traten nacheinander Redner sowohl vom Ministerischen wie aus allen Parteien des Hauses mit Ausnahme der Freisinnigen auf und beschuldigten Liebknecht, er habe das russische Volk und Ströbel, er habe das preussische Volk beleidigt. So ging es nicht nur in der Sitzung am 25. April, sondern das Vorgehen gegen unsere Parteigenossen wurde auch in den Sitzungen am 26. und 27. April fortgesetzt. Zwölf Redner häuften die schwersten Vorwürfe auf unsere Parteigenossen, ja sogar gröblichste Beschimpfungen wurden gegen die Sozialdemokraten geschleudert, ohne daß sich der Präsident veranlaßt fühlte, dagegen einzuschreiten. Wenn sich aber einer der sozialdemokratischen Abgeordneten durch Zwischenrufe dagegen wehrte, erteilte der Präsident Ordnungsrufe. Nachdem unsere Parteigenossen drei Tage lang von den Rednern der reaktionären Parteien mit Vorwürfen überschüttet worden waren, wurde die Debatte geschlossen und damit den Sozialdemokraten die Möglichkeit der Entgegnung abgeschnitten. Als dann Genosse Leinert in einer persönlichen Bemerkung dies Verhalten der Mehrheit zu kennzeichnen versuchte,

hinderte ihn wieder der Präsident daran, indem er behauptete, Leinert überschreite den Rahmen einer persönlichen Bemerkung. Unsere Genossen hatten übrigens schon vorher konstatiert, daß sich die Bemerkung, über welche sich die Gegner so sehr entrüsteten, durchaus nicht gegen das Volk, sondern nur gegen das herrschende System richtete, welches ja gerade im Interesse des Volkes von der Sozialdemokratie bekämpft wird.

Es wurden noch einige Stellen aus den Protokollen späterer Sitzungen verlesen, die gleichfalls zum Verständnis des Sachverhalts beitragen. Nach Schluß der Beilegung, die zwei Stunden dauerte, stellt Rechtsanwalt Heinemann noch

mehrere Anträge auf Verlesung weiterer Protokolle,

um, wie er betont, nachzutreiben, daß auch sonst im preussischen Abgeordnetenhaus Komödie gespielt wird zu demselben Zweck wie bei den hier in Frage stehenden Fällen, daß auch sonst Worte der sozialdemokratischen Redner absichtlich von der Mehrheit verdreht worden seien und die Mehrheit sie so ausgelegt habe, wie sie niemand verstehen konnte. Bei der Zurückweisung dieser Komödie siehe doch dem Angeklagten der Schw. des § 193 zur Seite. Die Rechtsanwälte Heinemann und Heine verwiesen u. a. auf zwei Vorgänge. Am 27. Juni 1911 sei bei Gelegenheit des Wahlrechtsantrages der freisinnigen Partei der Antrag zur Diskussion gestellt worden: gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht in Preußen einzuführen. Die Nationalliberalen seien für diesen Antrag eingetreten, jedoch mit Ausschaltung des gleichen Wahlrechts. Die Konservativen hätten es aber durchgesetzt, daß der Antrag nur in der ungelängten Form zur Abstimmung kam und dadurch sei es dazu gekommen, daß eine Reform des Wahlrechts überhaupt nicht zustande gekommen sei. Dies müsse als Komödie angesehen werden. Ein zweiter Vorfall habe sich am 14./15. April 1910 abgespielt. Bei Gelegenheit einer Sache, die mit Königtum und Monarchie gar nichts zu tun gehabt, sei etwas Lärm entstanden und Präsident v. Kröcher habe den Sozialdemokraten zugerufen: Vernehmen Sie sich doch so, wie es Königtum Männern ziemt. Auf den Jurist: „Die Königtum hat doch mit dieser Sache gar nichts zu tun“ habe Herr v. Kröcher geantwortet: „Sie sind doch Königtum Männer. Sie haben doch den König den Eid der Treue geleistet!“ Darauf rief einer aus den Reihen der Sozialdemokraten: „Den Eid haben Sie ja schon mal gemacht!“ Anknüpfend hieran haben Vertreter der reaktionären Mehrheit die Sozialdemokratie beschuldigt, Monarchie und Treueid in freiböser Weise verhöhnt zu haben. Das sei mala fides und Komödie. Die Weisungsanträge beziehen sich ferner auf die behauptete absichtliche Zurechnung der Rednerliste zum höchsten der Sozialdemokraten. Ferner habe der Präsident selbst die sozialdemokratischen Abgeordneten beleidigt. Am 20. Januar 1911 habe der Präsident dem Abg. Hoffmann zugerufen: „Ich nehme Sie nicht ernst!“ Der Präsident habe gebuhlet, daß die Mehrheitsparteien die sozialdemokratischen Redner mit dem ganz gewöhnlichsten wie „Bengel“, „Eindredler“ titulierten, während die Sozialdemokraten bei der Zurückweisung solcher Beleidigungen sofort zur Ordnung gerufen worden seien usw. usw.

Oberstaatsanwalt Chrzedinski beantragt die Ablehnung dieser Weisungsanträge und betont wiederholt, daß man doch niemand die Auffassung über jene Vorgänge suggerieren und man doch nicht in eine Beweisaufnahme darüber einzutreten kann, ob die Auffassung berechtigt oder unberechtigt ist.

Das Gericht lehnte diese Weisungsanträge ab mit der Begründung, sie gehören nicht zur Sache.

Als einziger Zeuge wurde Abgeordneter Paul Dirich benommen, lediglich um die Richtigkeit der verlesenen Sitzungsberichte zu bekunden. — Damit war die Beweisaufnahme beendet. Es folgten die

Schlüßwort.

Oberstaatsanwalt Chrzedinski: Mein Standpunkt ist derselbe, den ich schon bei den Weisungsanträgen vertreten habe. Es liegt mir fern, mich in den Streit der Parteien einzumischen. Es handelt sich nur um die Frage, ob das Abgeordnetenhaus beleidigt ist. Diese Frage muß ich bejahen. Die Verteidigung hat die Frage ange-

Kleines feuilleton.

Der Kampf um „Die Versführten“. Um den bekannten Roman von Hans Hyan, der wegen Unzüchtigkeit angeklagt, dann von der vierten Strafkammer des Landgerichts auf das Galandien bekannter Schriftsteller glänzend freigesprochen und trotzdem von neuem konfiszieren wurde, tobt noch immer der Kampf. Die neuerliche Konfiskation erfolgte auf ein Urteil, das während des Hyan-Prozesses gegen einen Buchhändler Meyer erging. Bei diesem wurden eine ganze Reihe tatsächlich unzüchtiger Schriften konfiszieren und mit diesen in Wausch und Dogen wurde auch Hyan's Roman „Die Versführten“ verurteilt und verboten. Das Verbot gegen Meyer hatte dieselbe Staatsanwaltschaft beim Landgericht I, die auch die Sache gegen Hyan und seinen Verleger zu derselben Zeit führte, eingeleitet. Trotzdem verweigert man es, den Schriftsteller oder Verleger davon zu informieren. Nun ist gegen die erneute Konfiskation die Beschwerde beim preussischen Kammergericht anhängig gemacht worden, ebenso beim Oberstaatsanwalt. Das Kammergericht stellt sich auf den Standpunkt, daß die hier zu Tage tretenden juristischen Unzuträglichkeiten nicht auf die Rechtsauffassung, sondern auf eine verschiedene Verteilung der Tatsachen durch zwei verschiedene Gerichte zurückzuführen seien. Die Vollstreckungsinstanz, also die Staatsanwaltschaft, sei an das rechtskräftige Urteil gegen Meyer gebunden, d. h. aus dem juristisch in allgemeiner verständlicher Weise das zwar in Abwesenheit und ohne Vorwissen des Autors sowie des Verlegers höchst summarisch gefällte Urteil gegen Meyer sei ausschlaggebend und unanfechtbar. — Der Oberstaatsanwalt billigt auch das Vorgehen der verurteilenden Instanz.

Es liegen also zwei sich völlig widersprechende Urteile vor. Gefundener Menschenderhand sollte annehmen, daß das zuletzt und unter Umgehung der Angeklagten und nach Einnahme von Sachverständigen gefällte, d. h. das freisprechende das maßgebende wäre.

Indes die Justiz denkt anders und hängt, weil sie sich nicht einigen kann, auf alle Fälle den Angeklagten.

Das lustige Konstantinopel. Dem „Matin“ telegraphiert Stephanie Vouanne folgendes Stimmungsbild aus der türkischen Hauptstadt: Unter unermesslich Millionen Seelen gibt es hier geben eine Million Fremde: Griechen, Levantiner, Israeliten, Europäer. Sicher kann da von einer seelischen Einheit keine Rede sein. Aber es gibt hier nicht einmal jene Gemeinsamkeit der Sympathie, auf die ein von Unheil betroffenen Volk Anspruch hat. Nicht einem einzigen Griechen würde es einfallen, seinen Laden zu schließen, kein Levantiner würde sich dazu verstehen, seinem Angelobten Herin zu geben, nicht ein einziges europäisches Hotel, seinen Balzer in der Treue ausfallen zu lassen. Die Verwundeten, die bleich und frost-

geschüttelt die Klitte von Pera heraufkommen, ziehen mitten durch ein Gedul von Orchestern. Vor der Stadt aber liegen die Kriegsschiffe der Großmächte, um vor der Mut der vom Vulkans der Schlachtfelder und von der Nachgiebigkeit des Westigen gepöhlten, an die hungernden „afrikanischen Barbaren“ die edle, in den Dünken des Massenmordes seilende, johlende und tanzende „Zivilisation“ zu schützen.

Musik.

Mit einem Lärm aufgeböht, wie es selbst in unserer Straßenzzeit nicht häufig ist, wurde das „Deutsche Opernhaus“ in Charlottenburg gegründet, fertiggebaut und — am Donnerstag — eröffnet. Von irgend einer sozialen Bedeutung war ebenfalls die Rede. Unsere bisherigen Vorberichte gaben sich nicht wenig Mühe, den Tatsachen und Möglichkeiten, die zu finden waren, gerecht zu werden, machten freilich auch auf das Zwitwacherste und Unklare in Anklage und bisheriger Vorbereitung des Unternehmens aufmerksam. Die Eröffnung brachte wenigstens insofern eine Überraschung und Klarheit, als von einem anderen als gesellschaftlichen Interesse nicht viel zu merken war. Schon die Vorschritt einer Gesellschaftssozietät sprach deutlich — bekanntlich existieren ja andere als Toiletten in der Welt nicht.

Und nun war mit Bedacht eine Anfangsvorstellung gewählt worden, die den künstlerischen Bedenklichen entwaffnen sollte. Wer will gegen Beethovens „Fidelio“ etwas sagen? Daß wir seit den ersten Regungen des neuen Unternehmens auf irgend etwas wie ein künstlerisch schöpferisches Programm warten — sei's modern oder sei's historisch, sei's Wahl der Stücke oder sei's Ausführung — haben wir gesagt; heute noch warten wir darauf.

So wurde denn vor einer Verlammlung von Ordensbändern begonnen. Langweilig das Haus, das die Fränklichkeit des alten Theatercharakters verstrahlt und — bei allen technischen Vorzügen — doch keinen neuen Stimmungsgedalt bringt; langweilig die Orchesterführung; langweilig die Regie, die nur eben ihr Recht ausübt, eine alte Oper mit aller Opernstilierung zu geben; weniger langweilig die meisten einzelnen Künstler. Sie hatten es schwer. Der Zuschauerraum ist so groß, daß er gewaltige Stimmen verlangt, aber die auch tüchtige Künstler nicht immer verfügen, ist aber sonst akustisch günstig, wohl auch infolge einer kleinen Anordnung der Bänke. Dagegen scheinen die Maschinen der Bühne und ihre Ausstattungen zu schaden; insbesondere störte manchmal ein Summen und Rascheln im Orchester. Die Dekorationen waren zum Teil eigenartig; doch paßt gerade für ein so intimes Stück ein so sehr auf „große Oper“ angelegter Raum wenig.

Eine gute Durcharbeitung und zumal Abtönung zeigte der Chor samt den zwei Solisten unter den „Gesangenen“: F. Scheithauer und E. Randl. Die männlichen Hauptrollen waren vertreten: von A. Kirchner als Florestan, der trotz einer etwas einseitigen

Stimme einiges frische Leben ins Ganze brachte; von P. Nordmann als Rocco, einem sympathischen, wenn auch nicht eben „profunden“ Vah; E. Graungröher als Pizarro, einem gut charakterisierenden Carlton; W. Werner als Jacquinio und J. Roether als Fernando. Die zwei weiblichen Partien waren bei E. Land als Leonore, mit kräftig dramatischem Ausdruck, und bei M. Finl als Marcelline gut aufgehoben.

Wer das Unsichere aller Eröffnungsvorstellungen kennt, wird auch jetzt noch gern auf eine würdige Zukunft des „Deutschen“ warten.

Notizen.

— Vorträge. Sonntag wiederholt in der kgl. Hochschule für Musik Rold Amundsen seinen Vortrag über seine Reise zum Südpol. — Montag spricht in der Singakademie Leo Frobenius über das Thema: Von Atlantis nach Antipoden.

— Musikchronik. Das dritte Sonntagskonzert im Schiller-Theater Charlottenburg bringt unter Mitwirkung von Bruno Eisner, Heinz Grünfeld, Hans Gasse und Florian Jozic zwei Kammermusikwerke von Beethoven und Schumann. Den gefanglichen Teil hat die Kammerlängerin Dora Moran übernommen, die Lieber von Handel, Schubert, Liszt, van Eylen und Kludiff vorträgt.

— Hauptmann als Nobelpreisträger. Die schwedische Akademie tagte Donnerstag, um über die Verteilung des Nobelpreises Beschluß zu fassen. Wie mit Bestimmtheit verlautet, ist Verban Hauptmann für den Nobelpreis für Literatur in Aussicht genommen.

— Eine Hauptmann-Woche veranstaltet das Lessing-Theater. Es werden die ganze nächste Woche nur Dramen von Hauptmann aufgeführt und zwar: „Gabriel Sattlings Nacht“, „Die Weber“, „Einsame Menschen“, „Der Widerspelt“, „Die versunkene Glocke“.

— Der Fall Weingartner wird vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wieder aufleben. Weingartner hat gegen den verantwortlichen Redakteur einer Berliner Zeitung Beweisanfrage wegen Beleidigung erhoben, weil das Blatt ihn Vertragsbruch zum Wortbruch gemacht hat. Weingartner will nun das gesamte Material seines Falles zum Gegenstand der Verhandlung zu machen suchen. Bisher ist die Frage, ob Weingartner Vertragsbruch begangen hat, gerichtlich nicht entschieden worden.

— Ein Lauchfrosch. In Paris hat ein Bademeister Bouliquen einen neuen Rekord im Lauchen aufgestellt. Er blieb sechs Minuten 29 1/2 Sekunden unter Wasser. Damit ist der Rekord, den Erich 1898 mit 4 Minuten 40 1/2 Sekunden aufstellte, um ein beträchtliches überholt.

schneiden, ob eine Beleidigung der Mehrheit eine Beleidigung des Hauses ist. Zweifellos kann durch eine Beleidigung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses das Haus selbst beleidigt werden, denn durch den Willen der Mehrheit wird das Haus repräsentiert. Ob es im einzelnen Falle geschehen ist, das ist eine Tatsache. Es mag sein, daß der Artikel viele Wendungen enthält, die nicht das Abgeordnetenhaus treffen, sondern Parteien und Redner der Parteien. Ich lasse es dahingestellt sein, ob die eine oder die andere Stelle des Artikels als Beleidigung angesehen werden kann, aber ich bin nicht der Meinung, daß der Ausdruck „Tollhaus“ nur auf die Mehrheit bezogen werden kann. Durch diesen Ausdruck ist das Haus unmittelbar beleidigt. Das gilt auch von dem Ausdruck „Geldsackparlament“. Es ist gesagt worden, dieser Ausdruck sei derart in den Sprachgebrauch übergegangen, daß es nicht als beleidigend angesehen werden könne. Ich meine, es wäre besser, wenn solche Strafparole nicht gebraucht würden. Wenn sich solche Ausdrucksweise eingebürgert hat, so ist sie doch nicht schön und nicht wohlwollend. Wenn wegen eines solchen Ausdrucks Klage erhoben wird, so kann die Staatsanwaltschaft nicht antworten: Der Ausdruck ist bereits eingebürgert und deshalb nicht beleidigend. Beschimpfende Ausdrücke dürfen nicht auf das Parlament angewandt werden. Die Worte „Tollhaus“ und „Geldsackparlament“ müssen unbedingt als beleidigend angesehen werden. Nun sagt der Artikel auch, es sei eine Affenkomödie aufgeführt worden. Wenn gesagt wurde, diesen Ausdruck habe schon früher ein Redner einer anderen Partei gebraucht, so berührt mich das nicht, wie das Abgeordnetenhaus zu jenem Vorgang Stellung genommen hat. Aber dadurch ist es doch nicht zu einem guten Recht jedes Deutschen geworden, eine Handlung des Abgeordnetenhauses als Affenkomödie zu bezeichnen. Durch diesen Ausdruck ist das Gesamtverhalten des Abgeordnetenhauses zu einer Komödie gestempelt. Für das Strafmaß ist zu berücksichtigen, daß der Angeklagte nicht der Urheber des Artikels ist, daß er auch nicht gesagt hat, der Artikel soll in die Zeitung. Das haben andere Leute gesagt, denen der Angeklagte gebietet hat. Das muß man als strafmildernd berücksichtigen. Aber der Angeklagte hat als verantwortlicher Redakteur Folgen und Strafe zu tragen. Strafschärfend ist zu berücksichtigen, daß durch die Beleidigung einer der höchsten Faktoren des preussischen Staates getroffen ist. Ich beantrage deshalb zwei Monate Gefängnis.

Rechtsanwalt Haase: Der Angeklagte lehnt die Annahme ab, daß er einen anderen dekl. Er hat zwar den Artikel nicht geschrieben, aber er hat ihn gelesen, geprüft und gefunden, daß das Verhalten des Abgeordnetenhauses in seinem Sinne gekennzeichnet wird. Der Angeklagte will also aus diesem Gesichtspunkt gar keine Berücksichtigung erfahren. Er kann aber Anspruch auf eine milde Beurteilung machen, wenn man die Vorgänge, die heut Gegenstand der Beweisaufnahme waren, an sich vorüberziehen läßt. Die sozialdemokratische Partei ist in unerhörter Weise provoziert worden. In größter Weise ist im Abgeordnetenhaus mit zweierlei Maß gemessen worden. Die Redner aller Parteien konnten die schwersten Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie aussprechen, ohne daß der Präsident Anlaß nahm, die Angehörigen und Beleidiger zur Ordnung zu rufen. Wenn es aber aus dem Wald zurückschallte, wie man von jener Seite hineingerufen hatte, dann rief der Präsident die Sozialdemokraten förmlich zur Ordnung. Ausdrücke, wie sie die Sozialdemokraten gebrauchten, waren durchaus nichts Neues im Abgeordnetenhaus. Der Bureaudirektor des Hauses hat ja eine Sammlung solcher Ausdrücke herausgegeben. Es ist konstatiert, daß es den Sozialdemokraten schwer werden würde, bis an die Grenze dessen heranzukommen, was schon vor ihrem Eintritt in das Haus bereits gelehrt worden ist. Die Vorgänge, welche sich im vorliegenden Falle abgespielt haben, müßten doch einen Sozialdemokraten dazu treiben, eine scharfe Kritik zu schreiben und den Beweis zu führen, daß man eine Komödie aufgeführt hat. Die Ausführung Liebnechts und der Zwischenruf Ströbels über das preussische Staatswesen konnte, wenn sie bona fides aufgefaßt wurde, von keinem Menschen mißverstanden werden. Es war kein Zweifel, daß nur an dem System Kritik geübt, aber weder die Angehörigen des preussischen noch die des russischen Volkes getroffen werden sollten. Wenn man annimmt, daß mancher im Hause die Meinungen der beiden Sozialdemokraten nicht richtig verstanden hat, so muß man doch sagen: Nachdem Liebnecht und Ströbel ausdrücklich erklärt hatten, was sie gesagt und gemeint haben, da war es ein Gebot des Anstandes, daß man auf der anderen Seite erklärt hätte: Wir nehmen unsere Angriffe gegen die beiden Sozialdemokraten zurück. Aber das geschah nicht. Mehrere Tage hintereinander ist nach einem wohlangelegten Plan eine Entrüstung an den Tag gelegt worden, die der inneren Wahrheit entgegensteht. Diese Auffassung ist sogar in der „Kölnischen Zeitung“ zum Ausdruck gekommen, einem Organ der nationalliberalen Partei, deren Mitglieder sich an dem Vorgehen gegen die Sozialdemokraten beteiligten.

Hier ist nun der Versuch unternommen worden, das, was gegen die Mehrheit des Abgeordnetenhauses gesagt wurde, als eine Beleidigung des Hauses hinzustellen. Das ist aber juristisch ganz unhaltbar. Der Verteidiger zitiert verschiedene juristische Autoritäten zum Beweise dafür, daß die Beleidigung der Mehrheit, ja sogar aller Mitglieder einer politischen Körperschaft noch nicht eine Beleidigung der Körperschaft als solche ist. Beleidigung eines Parlaments nach § 197 des Strafgesetzbuchs liegt nur dann vor, wenn das Parlament als staatsrechtliches Ganzes getroffen ist. Das aber ist hier nicht der Fall. Hier könnte höchstens eine Beleidigung eines Teiles der Mitglieder des Abgeordnetenhauses vorliegen. Wenn der Oberstaatsanwalt sagt, die Mehrheit repräsentiert den Willen des Parlaments, so hat er übersehen, daß es sich hier nur um Angriffe gegen Parteien handelt. Man könnte einwenden, große Beleidigungen dürfen nicht ungesühnt bleiben. Ja, dann hätten die Personen, die sich beleidigt fühlen, Strafantrag aus § 185 stellen können. Die Herren **Strosser, Jeddli und Konsorten** sind ja in dem Artikel mit Namen genannt. Aber den Weg haben sie aus guten Gründen nicht gewählt.

Bei der Beurteilung des Artikels darf man sich nicht an einzelne Worte halten, sondern man muß fragen: Was wollte der Verfasser zum Ausdruck bringen? Der Artikel beginnt mit den Worten: „Seit drei Tagen führt die reaktionäre Mehrheit eine Komödie auf.“ Da sind also diejenigen, die gemeint sind, deutlich gekennzeichnet. Mit diesen Worten ist gesagt, die Mehrheit mißbraucht das Parlament, um eine Komödie aufzuführen. Der Artikel spricht weiter von Parteien und Parteigruppen, von bürgerlichen Rednern, von Jeddli und anderen allen ehrlichen Seemännern. Das Ganze wird als ein theatralischer Spektakel der reaktionären Parteien gekennzeichnet. Es ist also deutlich zum Ausdruck gebracht, daß nicht das ganze Haus gemeint ist. Es wird ja nicht nur die Partei des Verfassers, sondern auch die freisinnige Partei ausgenommen.

Der Oberstaatsanwalt greift einzelne Ausdrücke heraus: „Geldsackparlament“ und „Tollhaus“ und will damit die Strafbarkeit begründen. So darf man nicht vorgehen. Man muß den Zusammenhang beurteilen. Tut man das, dann findet man nichts weiter als eine Kennzeichnung der zwölf Redner, die sich geberdeten, als ob sie im Tollhause wären. Daß sich der Ausdruck „Geldsackparlament“ eingebürgert hat, erkennt ja selbst der Oberstaatsanwalt an. Dieser Ausdruck ist seit jeher von allen Parteien gebraucht worden. Früher gebrauchten ihn die Konservativen, um zum

Ausdruck zu bringen, daß das Wahlrecht den Liberalen, den Besitzern der großen Vermögen, den größeren Einfluß im Abgeordnetenhaus sichert. Weil dieser Ausdruck so allgemein ist, fällt das Bewußtsein der Kränkung fort. Er weist ja auch nur auf das Wahlrecht, aber nicht auf die Funktion des Abgeordnetenhauses. Hier kann also § 197 gar nicht angewandt werden.

Dem Angeklagten steht der Schutz des § 193 zur Seite, denn er hat in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Er ist Mitglied der sozialdemokratischen Partei und Redakteur ihres Zentralorgans. Die sozialdemokratische Partei ist inogelang auf das schwerste angegriffen worden. Ströbel, der dabei noch besonders angegriffen wurde, ist der Redaktionskollege des Angeklagten. Dieser hatte also ein ihm persönlich nahe gehendes Interesse zu vertreten und kann nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts den Schutz des § 193 beanspruchen. Es ist auch zu berücksichtigen, daß der Artikel unter dem Eindruck der Vorgänge, also in berechtigter Empörung, geschrieben ist. Eine Beleidigung des Abgeordnetenhauses liegt nicht vor. Der Angeklagte muß also freigesprochen werden.

Rechtsanwalt Heine führt ebenfalls aus, daß Ausdrücke, die sich auf die Mehrheit des Abgeordnetenhauses beziehen, nicht als Beleidigung im Sinne des § 197 angesehen werden können. Wenn hier nicht angenommen worden wäre, der Ausdruck „Affenkomödie“ richte sich gegen das ganze Abgeordnetenhaus, dann hätte wohl niemand an den Worten „Tollhaus“ und „Geldsackparlament“ Anstoß genommen, die der Oberstaatsanwalt jetzt herausgreift, um sie als Beleidigungen des Abgeordnetenhauses zu bezeichnen. Zu den Widerungsgründen, die der Oberstaatsanwalt anführt, ist zu sagen, daß die verantwortlichen Redakteure der sozialdemokratischen Presse nicht die Stellung einer Strohpuppe haben, die nur zu verantworten hat, was andere schreiben. Die wirklichen Widerungsgründe hat der Oberstaatsanwalt übersehen. Darauf will ich nun eingehen. Als ich aus Anlaß dieses Prozesses die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses lesen mußte, habe ich das Gefühl gehabt: Gott sei Dank, daß ich nicht diesem Parlament angehört! Was gab den Anlaß zu dem hier in Rede stehenden Vorgängen? Liebnecht hielt eine Rede. Sie mag lang und auch scharf gewesen sein, aber sie war rein sachlich. Doch man klammerte sich an eine kurze Bemerkung in seiner Rede und an einen Zwischenruf des Abgeordneten Ströbel und dann macht man diese Entrüstungsparade. Wo in aller Welt ist das unter anständigen Menschen üblich, daß, wenn jemand sagt, er habe das gar nicht gemeint, was ihm unterstellt wird, man unbesinnlich fortfährt, ihn auf Grund einer falschen Auslegung seiner Bemerkung anzugreifen? So weit ist es im Abgeordnetenhaus gekommen, daß man der kleinen Gruppe der Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit zu erkennen gibt, daß man sie als Menschen zweiter Klasse betrachtet, die eigentlich gar nicht da sein dürfen. Im Abgeordnetenhaus ist das politische Prinzip verwirklicht, welches Herr von Kröcher im Reichstage aufstellte: Die Sozialdemokraten dürfen nicht Subjekt, sondern nur Objekt der Gesetzgebung sein. Das heißt, man soll Gesetze gegen die Sozialdemokratie machen, aber die Vertreter dieser Partei sollen bei der Gesetzgebung nicht mitwirken. Diese Ansicht ist schon unter dem Präsidenten Kröcher befolgt worden, sie hat sich aber unter dem Präsidium des Herrn von Erffa noch verschlimmert. Ich muß bezaubern, daß meine Parteigenossen im Abgeordnetenhaus unter solchen Umständen sich nicht öfter zu Ausdrücken der Empörung habe hinreichen lassen. Ich will nur an den einen Fall erinnern, wo der Minister in bezug auf die Rede eines Sozialdemokraten sagte, es sei ihm interessant, diese Rede kennen zu lernen, die nur aus Phrasen zusammengesetzt sei. Das konnte der Minister sagen, ohne daß der Präsident etwas dagegen unternahm. Als aber nach Beendigung der Rede des Ministers ein Sozialdemokrat sagte, das seien Phrasen gewesen, da erteilte der Präsident dem Sozialdemokraten sofort einen Ordnungsruf. Die Bemerkung des Präsidenten zu den Sozialdemokraten: „Benehmen Sie sich, wie sich Königsräte Männer zu benehmen haben“, war eine dumme Redensart. Daß solches Verhalten gegen die Sozialdemokraten die Erbitterung aufs höchste steigern muß, ist selbstverständlich. Der Präsident, der zur Unparteilichkeit verpflichtet ist, vergißt sich soweit, daß er selber den Abgeordneten Ströbel beleidigt. Es war durchaus berechtigt, darauf mit Entrüstung zu antworten. Die Redner anderer Parteien häufen Beleidigungen auf Beleidigungen gegen die Sozialdemokraten und der Präsident rückt sich nicht. Wenn aber einer von den Sozialdemokraten solche Beleidigung mit einem Zwischenruf beantwortet, dann wird er zur Ordnung gerufen und dadurch bringt der Präsident die Sache erst recht in Unordnung. Durch derartige Ungerechtigkeiten kann man ja den ruhigsten Menschen in Wut bringen. Was der Artikel behandelt, das ist ja nur einer der letzten Akte der seit Jahren fortgesetzten Art, den Sozialdemokraten die Verachtung auszudrücken und ihnen die parlamentarische Arbeit unmöglich zu machen. Wenn gegen Leute, die so gehandelt haben, gesagt wird, sie hätten eine reaktionäre Affenkomödie aufgeführt und sich benommen als ob sie im Tollhause wären, so liegt auf der Hand, daß nur diese Menschen und nicht das ganze Haus gemeint sind. Alles was ich anführte ist auch für das Strafmaß zu berücksichtigen, falls es überhaupt zu einer Verurteilung kommen sollte. In diesem Falle könnte nur auf eine ganz geringe Geldstrafe erkannt werden.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann schließt sich im wesentlichen den Ausführungen der Vorverteidiger an. Er fügt noch eine Reihe juristischer Gründe für die Freisprechung hinzu. Der Ausdruck „Geldsackparlament“ kritisierte doch nur die mangelhafte Gesetzgebung. Zur Anwendung des § 197 gehöre, daß das Abgeordnetenhaus in seiner staatsrechtlichen Struktur und Wesenheit beleidigt sein muß, was vorliegend nicht der Fall sei. Getroffen sollten lediglich die Mitglieder werden, welche die Rinderheit in so unerhörter Weise angegriffen haben. Der § 193 müsse dem Angeklagten zugestimmt werden, auch schon aus dem Gesichtspunkte, daß er Redakteur des Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei sei, daß seine Parteigenossen im Abgeordnetenhaus schimpfen behandelt worden waren und er deshalb allen Grund hatte, das Verhalten der Mehrheit scharf zurückzuweisen. Gegenüber der Musterkarte von Schimpfwörtern, die in den kritischen Sitzungen die Gegner, wie beispielsweise Herr v. Jeddli, produziert hatten, könne man dem Angeklagten nicht zumuten, eine Redeweise zur Anwendung zu bringen, wie sie in akademischen Vorträgen oder in den Salons vielleicht üblich sei. Der Angeklagte könne auch deshalb nicht bestraft werden, weil der Wahrheitsbeweis ihm gelungen sei; es sei bewiesen, daß eine Komödie aufgeführt worden sei mit dem Endziel eine neue Geschäftsordnung zum Nachteil der Rinderheit einzuführen. Dagegen habe sich der Artikel gewendet. Kein sinniger Mensch könne doch glauben und glaube, daß die Abgeordneten Liebnecht und Ströbel wirklich das preussische Volk beleidigt haben. Mit Fervor lümpfen die Sozialdemokraten gegen die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, die während das preussische Volk dadurch beleidigt, daß sie ihm das Recht verweigert zur Teilnahme an die preussische Gesetzgebung. Gegen diese Mehrheit verteidigt die Sozialdemokratie das preussische Volk. Und da sollte jemand glauben, Sozialdemokraten beschimpfen das preussische Volk als barbarisch und verächtlich. Das zu behaupten ist Wahnsinn. Wenn auf solche Vorwände der Angeklagte das Goethesche Wort anwendete: „Und alles ist Dreßur“, so hat er

Recht gehabt. Es sei ja wie eine Erlösung durch Weiße Kreuze gegangen, als ein Mann nun auf den Präsidentenstuhl berufen wurde, der es als seine vornehmste, hehligste Aufgabe bezeichnet habe, die Rinderheit zu schämen. Das Abgeordnetenhaus habe denn auch ein anderes Gesicht bekommen. Nach Recht vor Gericht sei der Angeklagte mit jedem anderen gleichberechtigt. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlung muß das Gericht zu einer Freisprechung kommen.

Nach einer Entgegnung des Oberstaatsanwalts und kurzen Erwiderungen der Verteidiger zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Dieselbe währte fast drei Stunden.

Das vom Vorsitzenden verkündete Urteil

geht im wesentlichen dahin: Eine Beleidigung des Abgeordnetenhauses nach § 197 liegt nur dann vor, wenn sich die Beleidigung gegen die parlamentarische Körperschaft als Trägerin der ihr zugewiesenen staatsrechtlichen Aufgaben richtet. Alle Beleidigungen, die sich gegen Gruppen des Parlaments richten, haben hier auszuscheiden. Das Gericht nimmt an, daß sich der Artikel lediglich gegen die Mehrheitsparteien richtet, namentlich gegen die Redner, die ihre Entrüstung gegen die Abgeordneten Liebnecht und Ströbel ausgedrückt haben.

Das Wort Affenkomödie bezieht sich auf die Mehrheitsparteien. Das Abgeordnetenhaus ist dadurch nicht getroffen. Das Abgeordnetenhaus selbst ist in dem Artikel nur dreimal genannt. Es wird als „Junkerparlament“, „Geldsackparlament“ und „Tollhaus“ bezeichnet. Die beiden ersten Ausdrücke richten sich nicht gegen das Parlament als Trägerin staatsrechtlicher Aufgaben, sondern sie beziehen sich auf Entstehung und Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses. Dagegen trifft die Bezeichnung „Tollhaus“ das Parlament, denn sie ist gebraucht mit Bezug auf die Vorgänge am 25. bis 27. April. Da handelte es sich um die Etatsberatung, also um eine staatsrechtliche Aufgabe des Parlaments. Es wird zum Ausdruck gebracht, das Abgeordnetenhaus habe seine Aufgabe in stupider Weise erfüllt. Der Ausdruck „Tollhaus“ ist ein Schimpfwort. Der Wahrheitsbeweis, ob das Abgeordnetenhaus ein Tollhaus sei, kann nicht geführt werden. Daß der Angeklagte berechtigtes Interesse zu vertreten hatte, hat das Gericht bejaht. Seine und seines Freundes Ströbel Interesse hat der Angeklagte wahrgenommen. Er handelte als Mitglied seiner Partei und als Angestellter ihres Zentralorgans. Aber der Angeklagte hat einen Ausdruck gebraucht, der die Absicht der Beleidigung erkennen läßt und muß deshalb bestraft werden. Bei Abmessung der Strafe ist erwogen, daß die Beleidigung nur einen verschwindend kleinen Teil des Artikels ausmacht und geschrieben ist unter dem Eindruck der Verhandlung und in gewisser Verärgerung. Im politischen Kampf kann nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt werden. Andererseits muß das Parlament in seinem Ansehen gewahrt und gegen Herabsetzung geschützt werden. Unter Berücksichtigung dieser Umstände hat das Gericht auf eine Geldstrafe von 200 Mark

erkannt und dem Abgeordnetenhaus die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Aus der Frauenbewegung.

Aus den Färbereien und Chemisch-Waschanstalten Groß-Berlins.

Auf unsere Kritik der Arbeitsbedingungen in den Färbereien und Waschereien (Nr. 253 vom 29. Oktober) sendet uns ein Unternehmer, Herr Zander, eine Entgegnung, die wir zwar nicht im Wortlaut abdrucken können, aus der wir aber doch einige Punkte herausheben wollen.

Daß den Arbeiterinnen Hungerlöhne gezahlt werden, glaubt Herr Z. nicht. Ihm sind Plätterinnen bekannt, die bis zu 60 M. Wochenlohn verdienen und trotz der angestrengten Arbeit noch an Körpergewicht zunehmen sollen. Wir wissen aber von den Arbeiterinnen, daß sie einschließlich der Ueberstunden kaum in der Lage sind, die Hälfte dieses Lohnes zu erreichen. Entspräche das, was Herr Z. angibt, den Tatsachen, dann hätten die Arbeiterinnen es wohllich nicht nötig, sich an die Öffentlichkeit um Unterstützung zu wenden, um ihre Lage zu verbessern. Unserem Artikel in Nr. 253 wird Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen unterstellt. Auch wir wissen, daß nur für 40 Ueberstunden im Jahr Urlaubnis erteilt werden darf. Wie oft aber trotzdem in der Saison über die gesetzliche Zeit hinaus gearbeitet wird, mag Herr Zander bei seinen Kollegen erfragen.

Welche Höhe die Löhne erreichen, hat der Streik der Plätterinnen bei Max Bloch bewiesen. Dort legten die Plätterinnen die Arbeit nieder, weil sie statt 40 Pf. nur 20 Pf. für ein Wattstück erhalten sollten. Nach Ablehnung dieser Forderung sollten drei Kleider zu einer Partie zusammengelegt werden und dann diese Partie mit 70 Pf. bezahlt werden. Auch das lehnten die Arbeiterinnen ab.

Für die Arbeiterinnen der Branche ist besonders beachtenswert, daß Herr Zander als Unternehmer unumwunden zugibt, daß die Arbeitszeit in den Betrieben erheblich herabgesetzt werden könnte und daß die Löhne bei voller Beschäftigung der Betriebe keine Rolle spielen und volle Beschäftigung vorausgesetzt leicht um 50 Proz. erhöht werden könnten. Das sollten sich die Arbeiterinnen recht fest ins Gedächtnis einprägen.

Die Gehälter der Bodendamnen von 30 bis 60 M. hält Herr Z. noch für viel zu hoch. Die Leiterinnen der Annahmestellen müßten ja allerdings den ganzen Tag anwesend sein, hätten aber nichts zu tun und könnten sich sehr wohl nebenbei etwas verdienen. Wir überlassen es den Leiterinnen, sich gegen diese Zumutung zu wehren.

Daß die Temperatur in den Betrieben eine recht hohe sei, wird zugegeben; aber sie lasse sich eben nicht derartig herabsetzen wie in einem Eiseller! Und die Gesundheitschädlichkeit der verwendeten Chemikalien wird einfach damit wegdisputiert, daß sie zu Weisungen von Ärzten verordnet werden! Salsäure wird vom Arzte in kleinen Mengen bei Magenvergiftungen empfohlen. Also weshalb nicht regelmäßig mit ihr arbeiten?

In einem Begleitschreiben beauptet Herr Zander, ein warmes Herz für seine Arbeiter und, wie wir annehmen, auch für seine Arbeiterinnen zu haben. Seine Arbeiterfreundlichkeit gehe so weit, daß er ganz ohne Verdienst arbeite, nur um seinen Arbeiterinnen den alten Lohn zahlen zu können, obgleich sich sogar das im Geschäft stehende Kapital kaum verzinst. Weiter kann die Menschenfreundlichkeit eines Arbeitgebers wirklich nicht gehen!

Soziales.

Gleub unter den Handlungsgehilfen.

Welches Gleub unter den Handlungsgehilfen besteht, ergaben Ausführungen des Vorsitzenden in der letzten Kaufmannsgerichtssitzung.

Ein Prinzipal hatte einen Betrag von 25 M. eingeklagt und zugestanden erhalten. Der Kläger erklärte, den Betrag wolle er nicht haben, derselbe solle vielmehr den Armen zugute kommen. Da regte der Vorsitzende, Magistratsrat v. Schulz, an, den Betrag der „Frühstückskasse“ des Kaufmannsgerichts zukommen zu lassen. Es sei das eine Art Unterstützungskasse, aus deren Mitteln arme stellung- und soziallose Gehilfen unentgeltlich ein Frühstück erhalten. Es kamme nämlich, so führte der Vorsitzende weiter aus, gar nicht so selten vor, daß Gehilfen, die sich zur Aufgabe ihrer Klage im Kaufmannsgerichtsgebäude einfanden, vor Hunger ohne

mäßig zusammenbrechen. Um in solchen Fällen sofort helfen zu können, habe man eine sogenannte „Frühstückskasse“ ins Leben gerufen, die vom Vorsteher Willich verwaltet werde. Aus den Geldern dieser Kasse werden die Ankosten für die Labung solcher armen, Hunger leidenden Gehilfen bestritten.

Der Prinzipal erklärte sich mit der Verwendung des erstrittenen Betrages für die „Frühstückskasse“ einverstanden.

Die Flieger in der Arbeiterversicherung.

Das Reichversicherungsamt hat sich neuerdings mit der Frage zu beschäftigen gehabt, ob die Flieger unter die Unfallversicherung fallen und ob die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik für den tödlich verlaufenden Unfall von Piloten haftbar zu machen sei. Im Falle Schödel, der mit dem Obermonteur tödlich abstürzte, verlangten die Hinterbliebenen des letzteren eine Hinterbliebenenrente. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Rente ab mit der Motivierung, die Unfallversicherung habe lediglich die Aufgabe, die Arbeit zu schützen, nicht aber den Sport. Bei der Beteiligung an Sport seien Arbeiter nur dann versichert, wenn ihre Haupttätigkeit der Rehabilitation von Flugzeugen gelte, und sie zum Zwecke der Erprobung der Brauchbarkeit der von ihnen angefertigten Maschine, also nicht zu Sportzwecken, Fahrten unternehmen. Im vorliegenden Falle hatten die Flieger die Aufgabe, das Flugzeug nur in mäßiger Höhe zu probieren. Statt dessen hätten sie aber einen Höhenrekord unternommen, wofür in der Absicht, den Weltrekord Hirths zu überbieten, das sei ihnen auch gepöhlte, da sie 1880 Meter erreicht hätten. Diesen Einwand erwiderte das Reichversicherungsamt jedoch nicht für durchgreifend, obwohl es sonst grundsätzlich auf dem Standpunkt steht, daß sportliche Unternehmungen bei den Berufsgenossenschaften nicht versichert seien. In vorliegendem Fall ließ er sich nicht erweisen, daß der Obermonteur beabsichtigt habe, eine reine Sportfahrt zu unternehmen. Selbst wenn der Verunglückte die erforderliche Höhe überschritten habe, so könne man darin kein klares Ueberschreiten der Berufstätigkeit erblicken, so daß er dadurch aus der Versicherung gefallen wäre.

Damach sind die bei Flugfirmen beschäftigten Personen soweit gegen Unfälle auch für Flüge geschützt, wenn letztere im Interesse des Betriebes unternommen werden.

Staatliche Arbeitslosenversicherung im Kanton Neuenburg.

Ein dem Kantonsrat vorgelegter Gesetzentwurf will für die Arbeiter der Uhrenindustrie und Feinmechanik eine kantonale obligatorische Arbeitslosenversicherung einführen, also nur eine sehr beschränkte Versicherung, wobei freilich die Uhrenarbeiter allein circa 12.000 zählen und einen großen Teil der gesamten 41.000 Arbeiter, Angestellten und Beamten der Industrie und Landwirtschaft usw. im ganzen Kanton ausmachen und es sich ferner in der Uhrenindustrie um eine Industrie handelt, die sehr stark den Schwankungen des Weltmarktes ausgesetzt ist. Versichert werden sollen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 18 bis 65 Jahren und insoweit ihr Jahresverdienst 4000 Fr. nicht übersteigt. Eine feststimmte Bestimmung ist der zweijährige Aufenthalt von Ausländern im Kanton Neuenburg, ehe sie der Arbeitslosenversicherung beitreten dürfen. Unwesentlich erscheint auch der große 27gliedrige Verwaltungsrat der Kasse, wovon neun Mitglieder durch die Regierung und je neun durch die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen gewählt werden sollen. Finanziert wird die Kasse durch Beiträge der Arbeiter von 1 Fr. und der Arbeiterinnen von 70 Cts. monatlich und durch Beiträge der Unternehmer und des Staates in gleicher Höhe. Die Arbeiterbeiträge sollen die Unternehmer vom Lohn abziehen und an die Kasse abliefern. Die tägliche Unterstützung beträgt 2 Fr. für ledige, 2,50 Fr. für verheiratete Arbeiter und 1,50 Fr. bzw. 2 Fr. für die Arbeiterinnen, außerdem 25 Cent. für jedes Kind unter 17 Jahren. Der Verwaltungsrat kann diese Unterstützungsbeträge reduzieren oder die Beiträge erhöhen. Mit der Vollendung des 65. Lebensjahres können die Versicherten aus der Kasse austreten und wenn sie 120 Monatsbeiträge geleistet haben, die Rückzahlung des über die erhaltene Unterstützung hinaus geleisteten Beitrages verlangen. In jedem der sechs Bezirke wird ein Bureau mit Arbeitsnachweis für die Arbeitslosenversicherung errichtet. Der ganze Entwurf steht sich als ein bloßes Experiment an und es ist dann auch eine „Versuchsdauer“ von 10 Jahren in Aussicht genommen. Jedenfalls ist der vorliegende Gesetzentwurf noch sehr verbesserungsfähig, auch im Sinne der Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf alle Lohnarbeiter.

Gerichts-Zeitung.

Ueberflüssige Anklage.

Die Genossen Rieh und Teuber standen als Angeklagte vor dem Schöffengericht, weil Rieh polizeiwidrig eine öffentliche Tanzlustbarkeit veranstaltet, Teuber sei in seinem Lokal geduldet habe.

Am 1. Oktoberfesttag veranstaltete der Wahlverein des sechsten Kreises in den Bazarhallen ein Vereinsvergügen. Ein Kriminalbeamter will zehn Minuten vor zwölf feststellen haben, daß bereits der Tanz begonnen und der Kontrolleur am Eingange an zwei „halbwüchsige“ Burtschen, die betrunken waren, zwei Billets verkauft habe. Rieh stellte dies in Abrede, es handelte sich um ein geschlossenes Vereinsvergügen, zu dem nur Mitglieder Zutritt hatten. Richtig sei, daß bereits gelangt worden sei, das geschähe aber in allen geschlossenen Gesellschaften. Eine öffentliche Tanzlustbarkeit könne nach der Polizeiverordnung erst am 2. Feiertag nach 3 Uhr beginnen, wenn dies auf Vereine auch zuträfe, könne kein Verein am 1. Feiertag ein Vergügen mit Tanz abhalten. Zeuge Meyer bezeugt, daß er die zwei Billets einem Mitgliede, das mit seiner Braut gekommen sei, veräußert habe. Auch Rieh stellt fest, daß er halbwüchsige betrunkenen Burtschen nicht gesehen habe, diese auch keinen Zutritt erhalten, wenn es auch Mitglieder seien, hier müsse ein Irrtum des Kriminalbeamten vorliegen. Das Gericht kam zum Freispruch. Es nahm an, daß der Zeuge Meyer nur ein Mitglied der Billets abgegeben habe und es somit sich um ein geschlossenes Vergügen handele. Auch wenn der Sachverhalt anders läge, müßte Rieh freigesprochen werden, da ihm der ganze Vorgang nicht bekannt war. Teuber sei freigesprochen, weil er von vornherein ungenommen habe, daß es sich um ein geschlossenes Vereinsvergügen handele.

Aus Deutschland verbannt.

Die II. Strafkammer des Landgerichts Duisburg hatte sich am Mittwoch mit einer Strafsache zu befassen, die zwar keinen Angeklagten aufwies, aber doch mit einer Verbannung aus ganz Deutschland endete. In einem sogenannten „objektiven Strafverfahren“ wurde verhandelt gegen tschechische Kalender, die ein Verwahrer aus Hamburg von der Firma Kadashewski in Prag bezogen hatte, um sie unter seinen in Hamburg arbeitenden tschechischen Landvolken zu verteilen. Diese Kalender sollen wegen einiger Bilder zur Erregung von Klassenhaß und zur Aufhebung verschiedener Bevölkerungsklassen gegen einander geeignet sein. Derangegeben der Kalender soll nach Annahme der Staatsanwaltschaft die sozialdemokratische Partei in Böhmen sein. Um die Staatsgefährlichkeit der Kalender richtig abzumessen zu können, hatte sich das Gericht den Effener Polizeikommissar Leschmit als Sachverständigen kommen lassen. Und dieser Herr kam zu dem tiefgründigen Urteile, daß zwar der textliche Inhalt der Kalender nicht beanstandet werden könne, daß aber einige Bilder höchst aufreizend und staatsgefährlich und daher zu beanstanden seien. Nachdem so die hohe Polizei als Sachverständige geurteilt, lag es nahe, daß auch das Gericht sich dieser Weisheit nicht verschließen konnte. Es erkannte „Von Rechts wegen“ dahin, daß die Kalender zu beschlagnahmen und aus ihnen die gefährlichen Bilder (insl. Titelseite) zu entfernen, und daß dann der übrige textliche Inhalt den Adressaten zugustellen sei. Gleichzeitig wurde aber auch auf Antrag der Staatsanwaltschaft gerichtsfällig die Einziehung und Inbrauchbarmachung sämtlicher im Deutschen Reich noch vorhandenen in diesem Kalender erhaltenen „aufgehenden“ Bilder sowie der zu ihrer Herstellung benötigten Platten und Formen erkannt. Welcher Art diese gefährlichen Bilder waren, konnte die Richterstattung leider nicht feststellen, da nur Staatsanwalt und Richter sie zu Gesicht bekommen und die Kalender auf dem Zollamt beschlagnahmt waren, so daß auch die Adressaten durch sie nicht haben „aufgehört“ werden können. Also ist Deutschland wieder mal mit Hilfe der preussischen Polizei einer großen Gefahr entgangen.

Wortgefährlich sind die Bilder — wie aufreizend ist dann erst das in Deutschland herrschende Elend und Photographieren desselben. Warum trägt die Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht nicht zur Verbannung des Elends aus Deutschland bei? Wie wäre es mit einer Anklage gegen die Verursacher dieses Elends wegen Erregung von Klassenhaß? Ihre Folge müßte in Konsequenz des Urteils

Verbannung der Agrarier, der Förderer des Militarismus und des Kriegsheer aus Deutschland sein. Würde das viel schaden?

Duellgezei vor Gericht.

Vor der Strafkammer in Bochum kam eine originelle Duellforderung zur Aburteilung. Es handelte sich um die Forderung zum Duell, die ein Rechtsanwalt einem Amtsrichter hatte überbringen lassen.

Als bei einer Bagateltsache in Wattenscheid die Parteien nicht zu einem Vergleich geneigt waren, wandte sich der Amtsrichter Wermel an den von dem Rechtsanwalt Beckmann verteidigten Mandanten, dem er zusprach, doch auf eine Einigung einzugehen. Der Verteidiger verbat sich diese Handlungsweise, indem er entgegnete, der Richter habe kein Recht in seiner Anwesenheit seinen Mandanten zu einem Vergleich breitzuzulagen. Es kam zu einem beständigen Wortwechsel, wobei der Richter u. a. äußerte, man sei hier nicht in einer Wattenscheider Kneipe. Schließlich wurde der Rechtsanwalt in eine Ordnungstrafe genommen. In einem schriftlichen Verlaß, den der Amtsrichter über den Vorfall dem aussichthaltenden Richter erstattete, war der Vorwurf gegen den Rechtsanwalt enthalten, daß dieser nur in der Absicht um hohe Gebühren einzubringen sich stets gegen einen Vergleich sträube. Als der Rechtsanwalt hiervon Kenntnis erhielt, schickte er dem Richter den Apotheker Höing als Kartellträger mit einer Forderung auf 15 Schritt Entfernung, Entscheidung bis zur Kampfunfähigkeit. Der Amtsrichter lehnte die Forderung ab, da die angebliche Vergleichung dienlich gefallen sei und er sich auch als guter Katholik nicht schiese. Die Strafkammer Bochum verurteilte nunmehr den Rechtsanwalt Beckmann wegen Duellforderung zu 3 Tagen und den Apotheker Höing wegen Kartelltragens zu einem Tage Festungshaft.

Mit diesem Urteil vergleiche man die drakonischen Strafen, die aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks gegen Arbeiter und Arbeiterinnen von Strafkammern in Bochum, Dortmund und Essen ausgeworfen wurden.

Ein politischer Radfahrerverein.

Vor der Strafkammer in Sorau N.L. fanden am Montag der Vorsitzende des Radfahrervereins Wanderlust in Seifersdorf bei Sorau N.L. und der Vorsitzende des Radfahrervereins Einigkeit in Albrechtshoch. Beide waren der Aufforderung des Amtsvorstehers, Statuten einzureichen und die Vorstandsmitglieder anzumelden, nicht nachgekommen. Deshalb erhielt jeder ein Strafmandat von 30 M. Das Schöffengericht zu Sorau sprach beide Angeklagten frei. Ebenso am 18. Dezember 1911 die Strafkammer. Der Staatsanwalt legte aber Revision ein. Das Kammergericht hob das Urteil auf. In der letzten Verhandlung verurteilte die Strafkammer die beiden Vorsitzenden zu je 15 M. Geldstrafe. Der Vorsitzende begründete das Urteil damit, daß in Offenbach, Karlsruhe usw. ähnliche Urteile gefällt worden sind. Das Bundesorgan der „Radfahrer“, sei politisch, und dadurch, daß dieses Organ angeordnet wird, kommen bei den Mitgliedern und deren Angehörigen sozialdemokratische Ideen ins Haus. Das bezwecken auch die Vereine.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vom vier Treppen — Bahnhofs —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Nachsatz und eine Post als Werkzeuge beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnahmeentscheidung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

C. Z. 1883. Für den Fall der Klage würden Sie verurteilt werden. — S. 202. Sie sind zureichend eingeschätzt, Ihre Frau kann ebenfalls noch zur Kirchensteuer herangezogen werden. 2. Die Steuerpflicht erlischt mit Ende Kalenderjahres 1914. Ihre Frau bleibt abdann noch steuerpflichtig. Sie persönlich sind nicht haltbar. — H. Z. 333. Rein. — H. Z. 48. Gesetzlich nicht. — S. 81. 1. Ja. 2. Die Rechtsprechung steht auf dem Standpunkt, daß der Sühneverlust einige Tage nach der Entlassung beantragt werden muß. 3. Es kommt auf die Art der Täglichkeit an. — H. Z. 100. 1. Es besteht keine Gefahr. 2. In zehn Jahren. — S. C. 34. 1. Rein. 2. Sie können nur gegen die Tochter klagen, die Klage muß dem Vater als dem gesetzlichen Vertreter zugestellt werden. Falls dessen Adresse nicht ermittelt werden kann, ist beim Amtsgericht die Bestellung eines Vorgesetzten zu beantragen. 3. Ja, sofern dann nicht bereits Verjährung eingetreten ist. Der Anspruch verjährt innerhalb zwei Jahren, beginnend mit Ende des Kalenderjahres. 4. Unseres Erachtens nein. —

Dem Bezirksführer, G. n. n. **Otto König nebst Frau** die besten Glückwünsche zur Vermählung. 245/4 Die Genossen von Rosenhal. Rosenhal, den 9. XI. 12.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** (Kirchhofstr. 49, 10. Bezirk) verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** (Kirchhofstr. 49, 10. Bezirk) verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter **Albert Wolski** am 6. November im Alter von 50 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 9. November, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Reinthaler Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 68/10 Um rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter **Albert Wolski** am 6. November im Alter von 50 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 9. November, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Reinthaler Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 68/10 Um rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter **Albert Wolski** am 6. November im Alter von 50 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 9. November, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Reinthaler Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 68/10 Um rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter **Albert Wolski** am 6. November im Alter von 50 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 9. November, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Reinthaler Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 68/10 Um rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter **Albert Wolski** am 6. November im Alter von 50 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 9. November, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Reinthaler Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 68/10 Um rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter **Albert Wolski** am 6. November im Alter von 50 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 9. November, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Reinthaler Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 68/10 Um rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter **Albert Wolski** am 6. November im Alter von 50 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 9. November, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Reinthaler Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 68/10 Um rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter **Albert Wolski** am 6. November im Alter von 50 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 9. November, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Reinthaler Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 68/10 Um rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** am 6. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** am 6. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** am 6. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** am 6. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** am 6. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** am 6. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** am 6. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** am 6. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** am 6. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** am 6. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** am 6. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** am 6. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** am 6. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Karl Dieckert** am 6. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofes in Reinthala, Mariendorfer Weg, aus statt.

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Martha Hartmann** am 5. November nach langer Krankheit gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 26/3 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Martha Hartmann** am 5. November nach langer Krankheit gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 26/3 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Martha Hartmann** am 5. November nach langer Krankheit gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 26/3 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Martha Hartmann** am 5. November nach langer Krankheit gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 26/3 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Martha Hartmann** am 5. November nach langer Krankheit gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 26/3 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Martha Hartmann** am 5. November nach langer Krankheit gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 26/3 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Martha Hartmann** am 5. November nach langer Krankheit gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 26/3 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Martha Hartmann** am 5. November nach langer Krankheit gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 26/3 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Martha Hartmann** am 5. November nach langer Krankheit gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 26/3 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Martha Hartmann** am 5. November nach langer Krankheit gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 26/3 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Martha Hartmann** am 5. November nach langer Krankheit gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 26/3 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Martha Hartmann** am 5. November nach langer Krankheit gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 26/3 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Martha Hartmann** am 5. November nach langer Krankheit gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 26/3 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Martha Hartmann** am 5. November nach langer Krankheit gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 26/3 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**



Pelzwaren.

Stolab, Muffen, in eigener Werkstat angefertigt, solide Ausführung, billige Preise. **Jeiteles.** Choriner Str. 49, II.

Westmann

Mohrenstrasse 37, 4

Viel billiger wie sonst

verkauft ich in den nächsten 4 Tagen, soweit Vorrat.

Plüschmäntel

kurz und lang, zum Teil ganz auf Seide, in engl. Seid. und deutschem Velour

18.—, 22.—, 26.—, 30.—, 36.— bis 190.—

Ulster

8.—, 12.—, 16.—, 20.—, 25.— bis 80.—

Abendmäntel, Kleider, Röcke, Blusen!

Kostüme

14.—, 18.—, 24.—, 32.—, 40.— bis 120.—

Wegen Aufgabe der Pelz-Abteilung: **Zu jedem annehmbaren Preise** Electric, Skunks, Hermelin, Stelmarder, Orenburger Stolen u. Muffen, Persianer-Jackets — Pelzmäntel

Sonntag geöffnet von 12-1 Uhr.

Gr. Frankfurterstr. 115.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?

Sommer noch **Pichelswerder**, an der neuen **beim Alten Freund**. Deertrabe

Gänse-Artikel

täglich frisch

in großer Auswahl! 188/12

Gänseklein, Gänsekeulen, frisch u. gepökel, Gänseleber, Gänselebern u. Gänsefleisch, Gänsekeulenfleisch, Gänseknochenfleisch, große geräucherte Gänsekeulen usw.

Hermann Leissner, Berlin C., Klosterstr. 93-95.

Ich unterhalte keine Filialen!

Nur Eckhaus Kaiser-Wilhelm-Straße.

Zähne, Plomben, beste Ausführung, billige Preise. Olga Jacobson, Invalidenstr. 145, II.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung unseres guten Vaters, Schwiegeraters, Schwagers und Onkels, des **Karl Pleß** sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, sowie Herrn Welle, den Sängern und den Kollegen der Firma G. Bremer unsern besten Dank. **Geschwister Pleß.**

Getragene Monats-Abonnements-Garderobe

von feinsten Kavalieren nur kurze Zeit getragen in großer Auswahl.

Herren-Garderoben-Haus

Chausseestr. 1, Eingang Elsasser Str. am Oranienburger Tor.

Gewerkschaftliches.

Ein Generalappell der deutschen Holzarbeiter.

Der Holzarbeiterverband steht in den nächsten Wochen im Zeichen einer außerordentlichen allgemeinen Agitation, die bereits mit der Verbreitung eines Flugblattes in allen Verbandsbezirken eingeleitet worden ist.

Die Bemühungen der Verbandsleitung, gerade die gegenwärtige Zeit, die nicht nur an den Gesamtverband, sondern auch an jedes einzelne Mitglied hohe Anforderungen stellt, weil wiederum schwarze Kampfwörter im Gewerbe sich zusammenfinden, zu einer recht intensiven Agitation auszunutzen, sollten von allen Verbandsmitgliedern verständnisvoll und nachhaltig unterstützt werden.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf im Dachdeckergerwerbe abgebrochen.

Um eine beide Parteien befriedigende Einigung in dem Kampf im Dachdeckergerwerbe herbeizuführen, wurden mit den Unternehmern Verhandlungen angebahnt.

und die teilweise Herabsetzung der Hilfsarbeiterlöhne gaben mehrere Bedenken Veranlassung, das unförmliche Verhalten der Unternehmer scharf zu kritisieren.

Nach einem kurzen Schlussswort Höpners, der nochmals die Annahme der drei strittigen Punkte empfahl, wurden diese gegen eine geringe Minderheit abgelehnt.

Nach diesem Beschluß wurde der Tarifkommission die Möglichkeit genommen, mit den Unternehmern weiter zu verhandeln.

Kunze wurde darüber debattiert, ob es angebracht sei, den Kampf unter den gegenwärtig abwaltenden Verhältnissen weiter zu führen.

Die Direktion der Bergmann-Elektrizitätswerke Berlin N. Abt mit Bezug auf die bevorstehenden Vertrauensmännerwahlen zur Privatangestelltenversicherung ein sonderbares Verfahren gegen eine bisher weniger in der Öffentlichkeit hervorgetretene Beamtenkategorie aus.

Wenn selbst die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für diese Angestellten bei den A. E. G.-Fabriken noch als äußerst schlechte bezeichnet werden müssen, hat man wenigstens im Direktorium dieser Gesellschaft das Verständnis dafür gefunden, daß die Werkstattschreiber als Angestellte zu betrachten seien.

Wir wollen der Firma Bergmann verraten, daß es nicht die Angestellten des Betriebes waren, welche die Versicherungskarten besorgt hatten, sondern daß der Verband der Bureauangestellten Vorkehrungen getroffen hatte, um den Werkstattschreibern die Ausfällung der Karten zu ermöglichen.

Trotz dieser Unterschlagung von Seiten der Firma Bergmann richten wir an sämtliche Werkstattschreiber und Schreiberinnen dieses Betriebes das Ersuchen, auch ohne die Karten am Sonntag, den 10. November an die Wahlurne zu treten, und dem Wahlleiter auf Befragen zu erklären, uns ist von der Firma Bergmann die Versicherungskarte vorenthalten worden.

Die Schloffer für Oberlichtfensteröffner stehen in einer Tarifbewegung. Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse haben sie einen Akkordtarif aufgestellt, dessen Anerkennung sie von den Unternehmern verlangen.

Wie man für die Gelben wirbt.

Immer wieder wird von Firmen berichtet, die Stellenbewerbern in ihren Anstellungsfragen die Frage vorlegen, welcher Organisation sie angeschlossen sind.

Rüftung, Friseurgehilfen! Wegen Tarifbruch für Verbandsmitglieder gesperrt: Grund, Waldbergr. 98, und Schmalkisch, Waldbergr. 98. Sperrort: Bongel, Spalter Str. 73.

Deutsches Reich.

Wahlen zur Angestelltenversicherung.

In Magdeburg wurden für die Liste der Freien Vereinigung 990 Stimmen abgegeben. Die verbundenen Listen des Hauptauschusses brachten es auf 2718 Stimmen, während drei weitere, ebenfalls verbundene Listen 1661 Stimmen erzielten.

In Breslau fanden sich nicht weniger als 11 Listen gegenüber, von denen 8 für die Freie Vereinigung, 8 für den Hauptauschuss verbunden waren.

Zur Aussperrung in der Uniorgelfabrik zu Königsberg. Der Kampf dauert ununterbrochen fort. Die Direktion zieht immer mehr Streikbrecher nach Königsberg.

Opisulhan No. 27663.

... Infomant für Anwohner, Lyngskamben, Oloagnulskamben ist Protokollmännchen Holzlofferman ein balömmulidn und woff-sjunnulmännchen Dntwönd.

Low Gofall erwäft 81

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden)

J. B. von Schweitzer Politische Aufsätze und Reden.

Mit Einleitung und Anmerkung herausgegeben v. Fr. Mehring.

Sozialistische Neudrucke V.

Preis broschiert 3.— M., gebunden 4.— M.

Greift zu!

Jed. Mann, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlins gearb., von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jacket-Anzüge 3, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herrn-Hosen 2.50, 3.00 M. Ulster, sehr billig.

Größe Abteilung a o s r Garderobe, Gr. Frankfurter Str. 98 Moldauer, (Nähe Strausberger Pl.) Bitte genau auf No. 98 zu achten!



Die Vertrauensmännerwahlen für die Angestelltenversicherung

finden für die Arbeitnehmer am morgigen Sonntag in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends in den gestern veröffentlichten Stimmlokalen statt.

Für unsere Genossen kommt die **Liste L**

der Freien Vereinigung in Frage.

- Hilfskräfte melden sich vormittags in folgenden Lokalen:
- Nordwesten und Westen: Werststraße 7, Quergebäude II, (Noabit 7810.)
- Süden und Südosten: Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Zimmer 13. (Moritzplatz 3733.)
- Osten: Lützner Straße 79 bei Lhimm. (Königsstadt 1958.)
- Norden und Nordosten: Münzstraße 20, Zentralverband der Handlungsgehilfen. (Königsstadt 1622.)
- Wedding und Gesundbrunnen: Panikstraße 60 bei Kerfin. (Noabit 5344.)

Besonders wichtig ist auch die Mithilfe weiblicher Angestellter. Wir bitten, sich vollständig in den Dienst der Sache zu stellen. Es gilt jetzt, den Endkampf in Berlin so zu führen, daß Berlin nicht hinter den Resultaten im Reich zurückbleibt. Darum an die Arbeit für die

Liste L.

Versehe sich jeder Wahlberechtigte mit einer Berechtigungskarte oder mit einem Legitimationschein. Ohne solche Aufnahmekarte oder einen Schein darf niemand wählen.

Verfassungen.

Zentralverband der Schuhmacher. In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung erörterte der Kassierer V e n d i g die Abrechnung vom dritten Quartal. Die Abrechnung der Lokalkasse zeigt in Einnahme und Ausgabe die Summe von 5281,87 M. Für Unterzählungen wurden ausgegeben an Arbeitslose 4044 M., an Kranke 4235 M., an Reisende 313 M., an Umziehende 193 M., an Streifende und Gemahregelte 34 M., an Wöchnerinnen 12 M., bei Todesfällen 110 M. — Der Vorsitzende H a m a n n gab einen Überblick über die Verbandstätigkeit im dritten Quartal. Sowohl in der mechanischen Branche wie in der Schuhbranche wurden verschiedene Differenzen durch Verhandlungen erledigt. In den Reparaturverhältnissen kommt es öfter zu Differenzen, weil der Minimallohn nicht bezahlt wird. Früher hat das Innungsgericht in allen Fällen, wo die Differenz zwischen dem Minimallohn und dem gezahlten niedrigeren Lohn ausgemacht wurde,

auf Zahlung der Differenz erkannt. Neuerdings ist die Rechtsprechung des Innungsgerichts, welches sich auf ein Urteil höherer Instanzen beruft, eine andere geworden. Auf Zahlung der Differenz wird nur in dem Falle erkannt, wenn der Arbeiter bei der ersten Lohnzahlung Protest erhebt und die Bezahlung des Minimallohns verlangt. Der Redner empfahl, sich in allen derartigen Fällen vor Erhebung einer Klage zunächst an die Ortsverwaltung zu wenden. — Weiter teilte der Redner mit, daß das Bureau der Ortsverwaltung am 1. April von der Blankenfeldestrasse nach dem Gewerkschaftshaus verlegt werden soll. — Der nächste Punkt der Tagesordnung galt der Besprechung der bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen und der Aufforderung zur vollzähligen Beteiligung an den Wahlen.

Aus aller Welt.

Kulturträger in Togo.

Die in der Kolonie Togo wohnenden Deutschen scheinen sehr trinkfeste Männer zu sein. Die nämlich die „Berliner Politischen Nachrichten“ feststellen, verbrauchten die 368 Weißen im Jahre 1910 an stillen Weinen 6534 Liter im Werte von 12400 M., 1960 Liter Schaumwein im Werte von 8820 M., 6180 Liter Branntweine aller Art im Werte von 21610 M. und 91129 Liter Bier im Werte von 61470 M. Im Ganzen kamen auf die weiße Bevölkerung 105804 Liter alkoholhaltige Getränke im Werte von 104200 M. Im Jahre 1911 verbrauchten die dort lebenden 354 Personen an stillen Weinen 29704 Liter im Werte von 33900 M., 2999 Liter Schaumwein im Werte von 13850 M., 9427 Liter Branntwein aller Art im Werte von 25873 M. und 57405 Liter Bier im Werte von 57834 M., in Summa 129505 Liter alkoholhaltiger Getränke im Werte von 131463 M.

Während also die Zahl der Weißen um 14 Köpfe zurückgegangen ist, stieg der Alkoholkonsum um 23701 Liter!

Ein blutdürstiger Christ.

Ein merkwürdiger Vertreter des Christentums ist ein Professor Richard Guhr in Dresden. Dieser Herr hatte an den Reichstagsabgeordneten Vogt herr wegen seiner Agitation für den Austritt aus der Kirche einen Brief geschrieben, der von Verleumdungen strotzte. Dann schrieb er noch einen zweiten Brief an das Komitee Konfessionslos, das eine Versammlung einberufen hatte, in der Vogt herr sprach. Dieser Brief lautet:

Dresden, den 31. Oktober 1912.

Ellastraße 34.

An das Komitee Konfessionslos.

Nachdem ich den Reichstagsabgeordneten Vogt herr durch seinen Vortrag am 30. cr., worin er zum Austritt aus der Kirche aufforderte, kennen gelernt hatte, suchte ich meine persönliche Bekanntschaft und erklärte ihn vor Zeugen für einen Schwurken. Durch diese Bezeichnung seiner verdrehten Tätigkeit an der deutschen Volkseele wünschte ich ihm die verdiente Rügung für seine Verleumdung christlicher Wahrheiten während seiner Ausführungen zu geben. Zugleich erklärte ich, daß ich nun seinen Sekundanten oder seine gerichtliche Klage erwarte. Sollte der Abgeordnete Vogt herr nicht gewillt sein, „mit Gut und Blut“ für seine Religion

einzutreten, wie ich es hiermit für das Christentum tue, so werde ich seinem Wahlkreise und dem Deutschen Reichstage von der auf ihm lastenden Beschimpfung Kenntnis geben.

Professor Richard Guhr.

Wenn der streifbare Vertreter des Christentums so blutdürstig ist, mag er sich zur Erde lassen. Das würde ihn vielleicht vor einer möglichen Bekanntschaft mit der Gummizelle bewahren.

Vom Erlkönig Manuel.

Einer Petersburger Meldung zufolge hat Erlkönig Manuel von Portugal den Kurort Sankt-Su in der Krain angekauft. Der Kurort Sankt-Su gehörte der Moskauer Millionärin Soltojew und zählt zu den besuchtesten Orten der südlichen Krain. Demnach scheint es mit der Einbeziehung in eine landesgemäße Familie schlecht zu stehen. Aber schließlich ist das ehrbare Gewerbe eines Hotelwirts immer noch besser als das eines weggejagten stellunglosen Königs von Gottesgnaden. Wel dem Heberfluch früherer Verursolger, die sich gern einmal von den Regierungsjahren erholen, dürfte das neue Unternehmen gut florieren.

Kleine Notizen.

Bergmannslos. In der Nacht zum Freitag wurden auf Jech Radbod zwei Arbeiter durch einfallendes Gestein getötet.

Liebestragödie. Am Donnerstag wurde in einem Hotel in Breslau ein Liebespaar erschossen aufgefunden. Beide hatten sich außerdem mit Sublimat vergiftet. Nach vorgefundenen Briefen handelt es sich um Mord und Selbstmord. Der Mann ist Kandidat der Medizin, das Mädchen eine Verkäuferin aus Kattowitz.

Mörderischer Liebesfall. In Wogum wurde gestern bei hellem Tage ein dreier Liebesfall auf eine Frau ausgeführt. Mehrere Personen traten auf die Frau zu, streuten ihr Pfeffer in die Augen, banden und knielten sie, schleppten sie fort und liehen sie dann hilflos auf einem Tausplatz liegen. Man nimmt an, daß es sich um einen Mordmordversuch gehandelt hat.

Grauenhafter Leichensund. In der Nähe des Oberförsterhauses in Leusch bei Leipzig ist gestern früh der Leichnam eines völlig unbekleideten jungen Mädchens aufgefunden worden. Kopf, Arme und Beine fehlten. Später wurden die Arme und Beine in einem Karton verpackt in einem Abteil eines auf dem Hauptbahnhof in Leipzig einlaufenden Personenzuges gefunden. Die Staatsanwaltschaft hat auf die Ermittlung des Mörders eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Die Ermittlungen über die Identität der Ermordeten haben bis jetzt noch keine Anhaltspunkte ergeben.

Gewalttät eines Gefangenen. Als am Donnerstag in Danzig der zu drei Monaten Gefängnis verurteilte Arbeiter Streng abgeführt werden sollte, fiel er über den Gefangenenführer her und verletzte ihn durch Messerstiche so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Ein zu Hilfe herbeigeeilter Schuhmann wurde ebenfalls durch Messerstiche im Gesicht schwer verletzt. Der Täter entfloh, konnte aber abends wieder verhaftet werden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 10. November, (vormittags 9 Uhr, Doppel-Akte 15/17, Neufülln: „Idealpassage“ und Tegel: Schleperstraße 30; freireligiöse Vorlesung. Sonntags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 8; Vortrag von Herrn Dr. S. Wille: „Das freie Selbst“. 11. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen. — Montag abend 8 Uhr: Beschließende Versammlung in „Al-Berlin“.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (G. S. 29), Hamburg. (Hilale Bankow.) Sonnabend, den 9. November, abends 9½ Uhr: Versammlung bei Schröder, Moritzstr. 5 u. 6. — (Hilale Adelsdorf.) Sonnabend, den 9. d. M., bei Köpfer, am Marktplatz, Versammlung: Wahl eines Kassierers.

Stiefel mit Doppelsohlen

Was wir unseren geschätzten Abnehmern infolge unserer bedeutsamen Umsätze an Vorteilen zu bieten vermögen, steht als unübertroffen da!

Haupt-Preislagen für moderne Herren- und Damen-Stiefel:

10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁵⁰

Warmgefütterte Stiefel
Stiefel mit Korkböden
Feine Frack-Stiefel
Uniform-Stiefel
Reit-Stiefel
Gamaschen

Einsatz-Stiefel
für Herren und Damen

Tanzschuh - Neuheiten
Aparte Abendschuhe
Lux. - Morgenschuhe
Leder-Hausschuhe
Kamelhaar-Schuhe
Pantoffel

Jerusalemmer Str. 32-35
Friedrich-Strasse 75
Potsdamer Strasse 2
Tauentzien-Str. 19 a
Tauentzien-Str. 7 b
König-Strasse 25-26
Rosenthaler Str. 5

Stiller

Gegr. 1867



Oranien-Strasse 161
Chaussee-Str. 114-115
Gr. Frankfurter 123
Neukölln, Bergst. 25
Schönebg., Hauptstr. 146
Charlottenburg
Wilmersdorfer St. 45

Man achte auf die alte Stiller-Firma!

Man achte auf die alte Stiller-Firma!

Soziales.

Liebesgabenhunger.

Aus jeder Blume suchen die Agrarier Honig zu saugen. Auch der bereits viel erörterte Geburtenrückgang soll ihren Liebesgaben- gelüsten zum besten dienen. In seiner letzten Tagung beschäftigte den Sächsischen Landeskulturrat die bezogene Frage. Als Ursache des Geburtenrückganges mochten die Herrschaften die Ausbreitung der verhassten großstädtischen Kultur verantwortlich. Ja, man ver- stieg sich sogar zu der Behauptung, daß diese Kultur die Sterblich- keit erhöhe. Nachgerade zweifelt aber doch kein Mensch mehr daran, daß nur der Mangel an wirklicher Kultur, zum Beispiel an aus- reichender Ernährung, gesunden luft- und lichtreichen Wohnungen, öffentlicher und Körperhygiene sowie entsprechendem Arbeiterschutz, die Ursache hoher Sterblichkeit sind. Wo dieses Manko nicht besteht, wird das Lebensalter sogar nicht unwesentlich erhöht.

Der Landeskulturrat moliert sich natürlich auch über die ge- wollte Beschränkung der Geburtenzahl. Damit kommt er zu der agrarischen Kampfansage, die selbstverständlich wieder auf eine Begünstigung der Kollektiven hinausläuft. In einer ange- nommenen Resolution heißt es: Um zwischen linderreichen Völkern künftig bestehen zu können, bedarf Deutschland eines wirtschaft- lichen Schutzes seiner ländlichen Bevölkerung und einer Beför- derung auf allen Gebieten im Interesse der Bevölkerungszunahme. Der durch den erweiterten Erwerbsspielraum der Volkswirtschaft gegebene Bedarf an Menschen muß durch die Nation selbst jederzeit gedeckt werden können. Die Garnisonen sind in Zukunft möglichst in kleineren und mittleren Städten, aber nicht in Großstädten unterzubringen. Die neumalthusianische Literatur und Disziplin ist ernst und ausdauernder zu überwachen. Das kgl. Ministerium des Innern ist zu ersuchen: 1. Anlässlich der bevorstehenden gesetz- gebenden Neuordnungen (Einkommensteuergesetz, Gemeinde- steuergesetz, Volksschulgesetz) auf weitgehendste Erleichterung der linderreichen Familien hinzuwirken. 2. Der Wohnungsfrage linderreicher Familien ist besonderes Augenmerk zuzuwenden. — Man merkt, wohin die agrarischen Wünsche zielen. Man hungert wieder nach Steuererleichterungen, Zuschüssen für den ländlichen Wohnungsbau, Befreiung von Schullasten und was dergleichen kleine Liebesgaben mehr sind.

Wie ernst es den Agrariern mit dem Schutze der Mütter und Kinder ist, das haben sie bei der Veranschlagung der Reichsversicher- ordnung recht deutlich bewiesen. Sie lehnten die Einbeziehung der Frauen von Pächtern und kleinen Bauern in die Versicherung ab, ferner die Lieferung von Medikamenten; sie verhinderten einen besseren Säuglingsschutz und zeigten sich als unerbittliche Gegner eines vernunftgemäßen Schwangerschutzes, obwohl ihnen nach- gewiesen wurde, daß infolge der mangelnden Fürsorge für Ge- bärende und Säuglinge alljährlich speziell auf dem Lande tausende Menschenleben vermisst werden. Ihre überschwängliche Liebe für die Landbevölkerung und ihre rührende Sorge um den Nachwuchs beweisen die Agrarier und ihre kerisalen Freunde noch besonders dadurch, daß sie die zunächst beschlossene Unterstützungsdauer von 8 Wochen für Schwangere wieder auf 4 Wochen ermäßigten, soweit ländliche Arbeiterinnen, überhaupt alle in Landfrankensassen Ver- sicherte in Betracht kommen. Diese unbestreitbaren Tatsachen er- heben am allerbesten, daß die Agrarier bei ihrem Scheinkampf gegen den Geburtenrückgang nur eigensüchtige Motive und Absichten leiten.

Zur Bekämpfung der Schundliteratur

und zur

Förderung des Vertriebes guter Unterhaltungsliteratur

hat das „Gewerkschaftshaus“ folgende Einrichtungen getroffen: 1. Anerkannt gute Jugendchriften zum Preise von 10—30 Pf. sind in größerer Anzahl angeschafft worden und werden leihweise gegen Deponierung des Preises zur Verfügung gestellt. 2. Jedermann erhält in den nachstehend angeführten Ausgabestellen ohne Legitimation so viele Bücher wie er will. Er hat ent- weder den Wert der Bücher zu deponieren oder bereits früher entnommene Bücher zurückzugeben. Eine Leihgebühr wird nicht erhoben. 3. Wer die Bücher behalten will, hat dazu das Recht, er hat dann bei Entnahme neuer Bücher wiederum den entsprechenden Ver- trag zu deponieren.

Zunächst sind folgende

Ausgabestellen

- eingerrichtet:
Autonkr. 34. Zigarrengeschäft von Kriegsmann. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Blantenfeldstr. 10. Verband der Schuhmacher. Von 10—1 und 4 bis 7 Uhr mit Ausnahme des Freitags und Sonnabends.
Brunnenstr. 115. Arbeiter-Jugendheim. Von 6—10 Uhr.
Garnitauer Str. 21. Zigarrengeschäft von Gotschial. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Ellaaberstr. 11. Verband der Fleischer. Von 10—1 Uhr und 5—7 Uhr.
Erbener Str. 20 bei Borbs. Montags von 8—9 1/2 Uhr.
Engelauer Str. 15. Gewerkschaftshaus, Lagergebäude, Erdgesch., Zimmer 10. Hochtags von 8—9 1/2 Uhr.
Fehmarnstr. 8. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8—6 Uhr, mit Aus- nahme des Sonnabends.
Gartenstr. 101. Verband der Kupferhämde. Von 10—11 Uhr und 6—7 Uhr.
Gr. Frankfurter Str. 126. Arbeiter-Jugendheim. Von 6—10 Uhr.
Kopernikusstr. 11. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8—6 Uhr, mit Aus- nahme des Sonnabends.
Lippener Str. 15. Zigarrengeschäft von Herfort. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Mantelstr. 73. Zigarrengeschäft von Otto Busse. Von 8—6 Uhr mit Ausnahme des Sonnabends.
Melchiorstr. 28. Verband der Maler. Von 9—1 Uhr.
Mädernstr. 91. Zigarrengeschäft von Eder Schmidt. Von 8—8, Sonn- abends von 8—6 Uhr.
Pappelallee 15/17. Bureau der Freireligiösen Gemeinde. Sonntags 10—12 Uhr, wochentags außer Donnerstags von 12—5 Uhr.
Petersburger Str. 5. Tabakarbeitergenossenschaft. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Rostocker Str. 40. Zigarrengeschäft von Berner. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Rotherstr. 1. Zigarrengeschäft von Dorn. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Scharnweberstr. 1. Zigarrengeschäft von Riß, Bunsche. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Sehaustr. 37/38. Verband der Schneider. Von 9—1 Uhr.
Weinhr. 8, part. Verband der Kürschner. Von 9—1 Uhr und 2—7 Uhr.
Wärtherstr. 22. Zigarrengeschäft von Schirmer. Von 8—6 mit Aus- nahme des Sonnabends.
Verein der Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen. Vor und nach jeder Vereinsversammlung.

Hororte:

- Birkenwerder, Hauptstr. 90 II, bei Wilhelm Pieper. Wochentäglich zu jeder Zeit.
Borghaude, Tegel. Ausgabestelle: Freie Scholle Nr. 4, Sonntags vormittags.
Bozhagen-Kummelsburg, Alt-Bozhagen 56. Jugendheim. Von 7 1/2 bis 9 Uhr, mit Ausnahme des Donnerstags.
Bris, Bahloverein, Ausgabestelle Restaurant Bll, Berderstr. 23. Sonn- abends von 8—10 Uhr.
Charlottenburg, Arbeiter-Jugendheim, Rosinenstr. 3. Dienstag, Donner- tag, Sonnabend und Sonntag von 7—9 1/2 Uhr.
Gliencke a. Nordbahn, Hauptstr. 5. Zigarrengeschäft von Haberland. Täglich während der Geschäftsstunden.
Hermisdorf, Berliner Str. 23a. Schulmarenladen von August Schulze. Wochentäglich während der Geschäftsstunden mit Ausnahme des Sonnabendnachmittags.
Hohen-Neuendorf, Ruhmalstr. 46 I, bei Karl Liebt. Wochentäglich von 4—8 Uhr.
Kaulsdorf, Adolfsstr. 11 II, bei Kaschinski. Montag, Donnerstag und Freitag von 6—8 Uhr.
Lichtenberg, Bürgerheimstr. 94. Arbeiter-Jugendheim. Von 10—7 Uhr.
Lichterfelde, Babelstr. 7. Arbeiterbücherei. Sonnabends 8—10 Uhr.
Mahlisdorf, Babelhofstr. 16, bei Thiele. Montag, Mittwoch und Freitag von 6—8 Uhr.
Neukölln, Weichselstr. 8. Arbeiter-Jugendheim. Mittwoch und Sonnabend von 6 1/2—10 Uhr.
Oberschöneweide, Alaxstr. 2. Jugendheim. Mittwoch und Sonnabend von 8—9 1/2 Uhr.
Pankow, Rühlentstraße 30, „Vorwärts“-Expedition. Von 10—7 Uhr.
Rechmeitz. 60. Zigarrengeschäft von Köhner. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Kaiser-Friedrichstr. 66, Aufg. I, Erdgesch. links, Buchbinderei Otto Waller. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Reinickendorf-West, Eichbornstr. 87. Zigarrengeschäft von Riesel. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Schöneberg, Oberstr. 32. Zigarrengeschäft von Träger. Von 8—6 Uhr, mit Ausnahme des Sonnabends.
Strelau, Krachtstr. 16 II, bei Kasch. Montag und Donnerstag von 3 1/2 bis 5 Uhr, Sonnabends von 5—8 Uhr.
Tegel, Schleperstr. 30. Jugendheim. Montags und Donnerstags von 8—10 Uhr.
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 76. Arbeiter-Jugendheim. Wochentäglich 8—10, Sonntag 3—10 Uhr.
Tropow, Grachtstr. 16, Aufg. 1 von Freije. Von 8—8 Uhr, mit Aus- nahme des Sonnabends.
Waldmannstr. 42 I, bei Willi Schulz. Wochentags 3—7, Sonntag 10—1 Uhr.
Weihensee, Strahlung-Str. 103. Zigarrengeschäft von Almitte. Von 8—6 Uhr mit Ausnahme des Sonnabends.

Weitere Ausgabestellen werden auf Wunsch errichtet.

Museen, Sammlungen, Sehenswürdigkeiten.

(Zutritt ist unentgeltlich, wenn nichts anderes vermerkt ist. — Als Feiertage gelten Weihnachten, Ostern, Pfingsten, Reijahr, Karfreitag, Simons- lahrtstag, Dulttag.)

- Altes und Neues Museum. (Luisenpark.) Geöffnet: an Wochen- tagen (außer Montag) 10—4, im Oktober bis März nur bis 3 Uhr; an Sonntagen (auch an den zweiten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen) 12—5, im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3. Geschlossen: an Montagen und Feiertagen (außer den zweiten Feiertagen).
Architektur-Museum. (Charlottenburg, Beckler Straße 171/172, Technische Hochschule.) Geöffnet: Montag und Freitag 10—3, Dienstag und Donnerstag 12—3, Mittwoch 10—12. Geschlossen: Sonnabend und Sonntag.
Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. (Charlottenburg, Frauhofer- straße 11/12.) Geöffnet: an Sonn- und Feiertagen 1—3, an Wochentagen (außer Montag) 10—1, am Dienstag und Donnerstag auch abends 6—8. Geschlossen: an den ersten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen.
Berg- und Gärtenmuseum. (Anwalddenstr. 44.) An Wochentagen (außer Sonnabend) 12—2, an Sonntagen 12—6, im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3.
Botanischer Garten. (Dahlem, Königin-Luise-Str. 6/8.) Geöffnet nur vom 1. April bis 15. Oktober: unentgeltlich Sonntag, Dienstag, Mitt- woch, Freitag 2—7; außerdem an Wochentagen vormittags gegen Eintritts- geld, wofür der gedruckte „Führer“ gegeben wird.
Botanisches Museum. (Dahlem, Königin-Luise-Str. 6/8.) Mitt- woch 10—5, im Oktober bis März nur bis 4.
Botanikmuseum. (siehe Berg- und Gärtenmuseum.)
Kaiser Friedrich-Museum. (Ruhlfeldstr.) Geöffnet: an den Wochentagen (außer Montag) 10—6, an Sonntagen (auch an den zweiten Weihnachts-, Ostern- und Pfingstfeiertagen) 12—6; an Wochen- und Sonntagen (auch zweiten Feiertagen) im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3. Geschlossen: an Montagen und Feiertagen (außer den zweiten Feiertagen). Zutritt unentgeltlich, nur am Dienstag und Mittwoch gegen 50 Pf.
Kunsthilfsmuseum. (Reinickendorf-Str. 7.) Besuchszeit wie beim Alten Museum.
Landtagsgebäude. Wochentags 9—12, außerhalb der Tagung.
Landwirtschaftsmuseum. (Anwalddenstr. 42.) Geöffnet: an Wochen- tagen (außer Mittwoch) 10—3, an jedem dritten Sonntag im Monat 11—3. Geschlossen: am Mittwoch und an Sonn- und Feiertagen (mit Ausnahme des dritten Sonntags im Monat).
Märkisches Museum. (Wallstr. 50/51.) Geöffnet: an Wochentagen (außer Sonnabend) und an Sonntagen (auch den zweiten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen) 10—3, an den Sonntagen vor Weihnachten, Ostern, Pfingsten und am Silvester nur bis 1. Geschlossen: am Sonnabend und an Feiertagen (außer den zweiten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen).
Museum für Naturgeschichte. (Gartenstr. 34—36.) Am Montag, Mittwoch, Sonnabend im Sommer 11—4, im Winter 10—3; am Sonntag im Sommer und im Winter 12—4.
National-Galerie. (Museuminsel.) Geöffnet: am Montag, Dienst- tag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend 10—6, am Donnerstag 1—6, am Sonntag (auch an den zweiten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen) 12—6; an Wochen- und Sonntagen (auch den zweiten Feiertagen) im Oktober und März nur bis 5, im November und Februar bis 4, im Dezember und Januar bis 3. Geschlossen: an Feiertagen (außer den zweiten Weihnachts-, Ostern-, Pfingstfeiertagen). Zutritt unentgeltlich, nur am Donnerstag 1 M., am Freitag und Sonnabend 50 Pf.
Naturkundemuseum. (Anwalddenstr. 43.) Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend 10—4, im Oktober bis März nur bis 3. An Sonntagen und zweiten Feiertagen wie beim Alten Museum.
Polizeimuseum. (Leipziger Str. 16/18.) Montag, Dienstag, Donner- tag, Freitag 10—2, Sonntag und an den zweiten Feiertagen 12—2.
Rathaus-Museum. (Werke von Christian Rauch, Rolletstr. 76.) An Wochentagen 10—4, im Oktober bis März nur bis 3.
Rathaus. (Königsstr.) Täglich (außer Donnerstag und Freitag) 10—3.
Reichstagsgebäude. (Königsplatz.) An Wochentagen vormittags 9 Uhr, wenn Plenarsitzungen stattfinden; vormittags 9, 9 1/2, 12, 2 1/2, 4, 1 1/2, 1 1/2 Uhr; an anderen Feiertagen geschlossen. Eintrittsgeld 25 Pf.
Stadthaus. (Ruhlfeldstr.) Wochentags 10—3, Sonntags 11—2. Zutritt zum Stadthaus täglich unentgeltlich, zum Turm gegen 20 Pf. (nur am Montag und Donnerstag unentgeltlich).
Sternwarte im Zepioner Park. Täglich von 2 Uhr nachmittags bis im Sommer bis 12 Uhr nachts, im Winter bis 10 Uhr abends. Für Be- suchung der Sternwarte und des Astronomischen Museums 50 Pf. für Beobachtung mit dem großen Fernrohr 1 M.
Sternwarte der „Urania“. (Anwalddenstr. 57/62.) Täglich 7 1/2 bis 11 Uhr abends. 50 Pf.
Urania, Sammlungen und wissenschaftliches Theater. (Laudenstr. 48.) Täglich von 10 Uhr vormittags ab. Eintrittsgeld 50 Pf. für Abendvor- stellungen von 1 M. an.
Verkehrs- und Baumuseum. (Anwalddenstr. 51.) Dienstag, Mitt- woch, Donnerstag, Freitag 10—4, Sonnabend 2—7, Sonntag 11—4. An Feiertagen geschlossen, an zweiten Feiertagen geöffnet wie Sonntag, an darauf folgenden Tagen geschlossen.
Völkerkunde-Museum. (Königsgräber Straße 120.) Besuchszeit wie beim Alten Museum.
Zeughaus. (An der Schlossbrücke.) Geöffnet: an Sonntagen und zweiten Feiertagen 12—3, an Wochentagen (außer Sonnabend) im Sommer 10—3, im Winter 10—2. Geschlossen: Sonnabend und an Feiertagen (außer zweiten Feiertagen).
Zoologischer Garten. Eintrittsgeld an Wochentagen 1 Mark, an Sonn- und Feiertagen 50 Pf.; Kinder die Hälfte. Am ersten Sonntag jedes Monats 25 Pf.

Wester
Große Ausstellung
von 50 verschiedenen Farben und Formen in meinen Schaufenstern. Beachten Sie diese vor Ihrem Einkaufe
Eigene Fabrikation, direkter Einkauf fast der gesamten Rohstoffe in ersten Fabriken ermöglichen
Beste Qualitäten Sehr billige Preise
M. 65, 54, 48, 42, 34, 32, 28, 23, 18 M.
Gottlieb Weiß
Schöneberg, Hauptstraße 161, Ecke Stubenrauchstraße
Die Maßanfertigung erfolgt ohne Preisaufschlag, falls die passende Größe nicht mehr vorhanden ist.

Eingegangene Druckschriften.

Die Tarifverträge des Zentralverbandes der Handlungsgelieferten. Mitte 1912. Bearbeitet und herausgegeben von P. Lange. 4 R. Handlungsgeliefertenverlag, Berlin NW. 23.

Zeitschrift für Politik. Heft 4. Herausgegeben von Dr. A. Schmidt und Dr. A. Grabowsky. Jahrg. 1. Bd. zu 4 Heften, 16 M. Die Parteien. Bd. 1. 2. Urkunden und Bibliographie der Parteien von Dr. A. Schmidt und Dr. A. Grabowsky. 6 Hefte 10 M. E. Heymann, Berlin W. 8.

Der Tropenpflanzer. Nr. 11. Zeitschrift für tropische Landwirtschaft. Herausgegeben von E. Warburg u. J. Wöhlmann. Erscheint monatlich. Jahrg. 12. Nr. Berlin, Unter den Linden 43.

Seine Kalender 1913. Herausgegeben von E. Korn. 1,50 M. Kienle-Verlag, Leipzig.

Moderne Massage auf anatomisch-physiologischer Basis, mit Berücksichtigung der schwedischen Heilmethode und der Selbstmassage im Anhang. Von Dr. med. C. Brühl. Geb. 6 M. Fern. Hambricht, in Ditten (Schweiz).

Der Halbmond. Roman. 480 S. Der Pandur. Roman in 2 Bb. Beide Romane von Vincenz Dumbrava. B. Wunderring, Regensburg.

Luadriga. Vierteljahrhefte der Werke auf Hans Rindland. Heft II. Einzelhefte 1 M. V. Popellus, Jena.

Von einem der ansgog. Roman von P. Barck. 3 R., geb. 4 M. L. Heege, Schmiedlnh.

Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens von G. Rühl. 37 S. H. Rindler, Dresden und Leipzig.

Kalender für Bergarbeiter 1913. Herausgegeben vom Vorstande des Bergarbeiterverbandes. 308 S. Verlag G. Handmann u. Co., Bochum i. W.

Des Königs Fall. Roman von J. A. Jensen. (E. Fischer, Verlag, Berlin.) 3,50 M., in Leinen 4,50 M.

Neueste Erfindungen und Erfahrungen. — Heft 13, 70 Bl. — auf dem Gebiete der praktischen Technik, der Elektrotechnik, der Gewerbe, Industrie, Chemie, der Land- und Hauswirtschaft. (H. Carllebens Verlag, Wien).

Insel-Bücherei. 13. An den Toren des Lebens von E. Hardt. 14. Lucasta und Nicolette. 15. Die Freiheit von G. v. Treitschke. 16. Fünf sehr anmutige Geschichten des vielgelächerten Giovanni di Boccaccio. 17. Tage der Gefahr von A. Reilly. 18. Plattbüchse Predigten von A. Sadmann. 19. Facinus Kane. Zarrafine. Romellen von Honoré de Balzac. 20. In Dingda von R. Schloß. 21. Hymnen an die Nacht. Die Christenheit oder Europa von Koonals. 22. Liebesgedichte von A. Dusch. 23. Der Cypergang. Romelle von R. G. Binding. 24. Der Mantel. Romelle von A. Gogol. 25. Henrik Ibsen von O. Bagel. 26. Des Johannes Ruchbach Wanderbüchlein. 27. Die Antigonie des Sophokles. Einzelnummer geb. 50 Pf. Insel-Verlag, Leipzig.

Protokoll über die Verhandlungen des 12. ordentlichen Verbandstages der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands 1912 in Köln a. Rh. 544 S. H. Stübner, Berlin.

Zur Entwicklung der nationalökonomischen Ansichten Dr. Vits von 1820-1825. Von Dr. E. Labentzin. 3,50 M. E. Koenig, Wien.

Deutsches Theater-Abrechnung 1912/13. Herausgegeben vom Deutschen Bühnenverein. 3 R. Deterfeld u. Co., Berlin W. 15.

Kinderhändler. Geschichten und Pflanzergeschichten von Schwester Henriette Krenzl. 25 Bl. D. Clausen, Stuttgart.

Thesenreihe und das englische Drama im 16. und 17. Jahrhundert von Adolf Bartels. 1 R. G. D. H. Callwen, München.

Kant's Briefe. Herausgegeben von F. Ohmann. 3 R. Insel-Verlag, Leipzig.

Der Panther. Heft 8. Herausgeber: A. Rippe. Monatlich 2 Hefte. Einzelheft 40 Pf. W. Altmeyer, Leipzig.

Der Schriftsteller und Journalist. Von Streiber. 2. Heft. Stuttgart. Geb. 1,20 M.

Geister. Novellen von Grete Meisel-Deh. 2,50 M., geb. 3,50 M. — Das große Licht. Ein Münchhausen-Extrakt von P. Scherbar. 3 R., geb. 4 M. E. Kabinowky, Leipzig.

Die reichrechtlichen Arbeiterkassen in Deutschland und England von Dr. jur. H. Jürg. 3,60 M. — Die Wassergewalt der Polizei nach preussischem Recht von E. Heile. 3 R. Quittammer u. Wittbrecht, Berlin W. 55.

Preussische Jahrbücher Heft 11. Herausgeber: F. Delbrück. Erscheint jeden Monat. Vierteljahr 6 M. G. Schloß, Berlin.

Kochbuch für den täglichen Tisch. Mit besonderer Berücksichtigung der Seefische. Von J. C. Kaiborg. 60 Bl. Neudlingen, Enghin u. Lublin.

Aus dem Tagebuche einer hysterischen Nonne. Von Dr. Leo Montanus. Neuer Frankfurt Verlag. Frankfurt a. M. 1,50 M.

Technische Bücherei. Ein Musterkatalog. 1. Teil. 60 Bl. Franzische Verlagshandlung, Stuttgart.

Was wir uns und anderen schuldig sind. Ansprachen und Aufsätze. Von Dr. Alice Salomon in Berlin. 2 R. — Zaemann-Schriften. Heft 4. H. v. Henig. Ein modernes Jugendgeleit. Geb. 80 Pf. Heft 5. E. Reumann. Heber Institute für Jugendkunde. Geb. 80 Pf. J. Kahlmann. Der Staatsbürgerliche Unterricht in Frankreich. Geb. 1,40 M. — Mathematik und Naturwissenschaften an den deutschen Lehrerbildungsanstalten. Von H. Umlauf. Geb. 3,60 M. — Mathematische Bibliothek. Heft 5. H. G. Zimmering. Die Fallreine. — Heft 8. H. Metz. Theorie der Planchenbewegung. — Heft 9. H. Billing. Einleitung in die Infinitesimalrechnung. — Abriss der Staatsbürgerkunde. Handelsbetriebslehre, bearbeitet von Dr. H. Ehardt. 30 Bl. — Vorschläge für den mathematischen, naturwissenschaftlichen und erdunklichen Unterricht an Lehrerseminaren. Geb. 1,80 M. Verlag H. G. Teubner, Leipzig.

Die deutschen Parteiprogramme I und II von J. Solomon. Je 1,80 M. H. G. Teubner, Leipzig.

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine 1912. Herausgegeben von J. Kaufmann. 2 Bände 10 M. Selbstverlag, Hamburg I.

Friedrich Hebbel. Ein Lebensbuch. 6 R., geb. 10 M. S. Behr, Berlin W. 35.

Verfängerungsgelehr für Angehörte mit Anmerkungen und Sachregister. Herausgegeben von Gustav Koch. 3 R. E. Siebel, Berlin O. 25.

Proletarierjugend von W. Dign. R. G. E. Schaffer, Berlin-Lichterfelde. 0,80 M.

Der deutsche Lausbub in Amerika. I und II. Teil. Von Erwin Rosen. 5 R., geb. 6 M. H. Lutz, Stuttgart.

Die Technik in der Urgzeit und auf primitiven Kulturstufen. Herausgegeben von H. Cunow. Bd. 21 der Kleinen Bibliothek. 3. Teil: Entstehung der Waffen — Körperschmuck von H. Cunow. — Die Technik der Bekleidung von Hanna Lewin-Dorff. Mit Abbildungen. 75 Bl., geb. 1 M. — Entwicklungstheorie (Darwins Lehre). Gemeinverständlich dargestellt von Dr. E. Tscholof. Privatdozent für Allgemeine Biologie an der Universität Jülich. Mit 19 Abbildungen im Text. 2,50 M., geb. 3 M. Verlag J. G. B. Diez, Stuttgart.

Monumentale Kunst von H. Egger-Pienz. 50 Bl. G. Walter, Berlin W. 30.

Gefes Volkshanderei. 721-724. Auf dem Feitenstein. Roman von H. Jenien. — 725/26. De Göderichlächter von A. Blätgen. — 727-30. Ein Hebermenschen. Roman von H. v. Raub. — 731. Ein leitender Advokat. 2 Geschichten von Celler. — 732. Der Wildbich und andere Erzählungen von A. Trinius. — 733/34. Wotans Verlobung. Novelle von A. Kohlensch. — 735/36. Der Mädchenjäger. Meister Hieserling. Der Letzte. 3 Erzählungen von P. Lützel. Einzelnummer geb. 20 Pf. Heft u. Beder, Leipzig.

Abßell an die zivilisierte Welt zur Erziehung der einzigen richtigen Lösung der orientalischen Frage. Von G. R. Ghilas. 70 S. Druck F. Seitenbogen, Wien III.

Gegen den Zwang! Eine protestantische Anklageschrift von Th. Kappstein. 79 S. H. Raugner, Berlin-Johannisdorf.

Das Buch für meine Kinder von Jul. Sturm. Geb. 3 M. — Im Freien. Originalzeichnungen von D. Bleich. Geb. 2,50 M. Hegel u. Schade, Leipzig.

Die Wiederaufnahme der Reformation. Befürwortet von Simplicianus. 1 M. D. Sigand, Leipzig.

Die Harmonie zwischen Religions- und Morallehrer. Herausgegeben von Dr. H. Benzig. Berlin SO. 16. Berlin für christliche Kultur. 2,50 M.

Veethoven von Th. v. Freimel. (Berühmte Künstler. Bd. 13.) Schöne-Verlagsanstalt normals. Schottlaendes G. m. b. H. Berlin W. 35. Geb. 5 M.

Kärntners Jahrbuch 1913. Welt- und Selbstpiegel. Kalender. Geographisch-statistisches Handbuch und Verkehrslexikon. H. Müller Verlag, Berlin W. 9. 1,20 M., geb. 1,80 M.

Der Letzte seines Geschlechts. Die Geschichte einer Jugend. Von Severin Hecht. 2,50 M. hr., 3,50 M. geb. — Die Kinder des Jorns. Eine Gesehngeschichte. Von Jozep Kalfjar. 3 R., geb. 1 M. — Sara. Roman von A. Scholdborg. 2 R. brosch., 3 M., geb. — Schweherchen. Erzählung von Agot Gjemz-Selmer. Leipzig. Verlag der Nordischen Bücherei von G. Mecherburger. 2,25 M. farioniert, 3 M. geb.

Die Tat. Monatsheft. Eine sozial-religiöse Monatschrift für deutsche Kultur. Pro Quartal 2 R. Eugen Diederichs Verlag in Jena.

Auffallend billig!
sind nachfolgende

Ulster u. Joppen

für jede Körperform passend am Lager!

ULSTER

- Machart wie nebenstehend. Bild 18.-
- Mittelgrau meliert, mit Streifen... 21.-
- Dunkelbraun u. grünliches Zickzack-Muster mit breiten Besätzen... 24.-
- Dunkelbraun u. grau Ding-Muster m. angewebt. Rückseite u. breit. Besätzen 27.-
- Dunkelmoderfarben mit Noppen, haltbare, gute Ware, elegant gearbeitet 30.-
- Dunkelbraun Diagonal mit Noppen, sehr vornehmer Geschmack... 30.-

Hervorragend schöne Ulster

aus Flauch- und Noppen-Stoffen, breite engl. Besätze, aufgesetzte Taschen, Rücken ohne Schlitz, mit breitem Gurt

- 36.- 42.- 50.- 58.- 66.- 75.-

Winter-Joppen

zweireilig, m. breitem Ueberschlag, aus grauen, grünlichen u. bräunlichen Lodenstoffen, warm gefüttert, Aermel mit Windfängern 16.-, 13.-, 11.-, 9.-, 8.-

Sport-, Falten- u. Eislauf-Joppen

entzückende Fassons, hervorragender Sitz, neueste Sportfarben 23.-, 21.-, 18.-, 16.-, 14.-, 12.-, 10.-

Pelz-Joppen mit Hamster, Nerzmurmeln und Katze, in vielen Farben und Fassons 43.-, 42.-, 38.-, 32.-



Knaben- u. Burschen-Joppen 3/25
für jedes Alter, haltbarer guter Loden... 8,75, 6,50, 5,25, 4.-

S. JOSEPH

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstrasse.

Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet

Moderne preiswerte

Ulster Paletots

in hervorragend guter Passform erstklassiger Verarbeitung und nur eigener Fabrikation.

- VON M. 19.- 26.- 34.- 38.-
- 42.- 48.- 55.- 60.- bis 98.-

August Schega

vormals Adolph Wormann
Kottbuser Damm 77



Wilhelm Frese

Berlin N., Weinbergsweg 9 vis-a-vis Walthalla-Theater

In größter Auswahl:

Herren-Ulster in deutschen u. englischen Stoffen, fertig und nach Maß, in allen modernen Farben, schicke Fassons.

Echte **Pelz-Kravatten**
Pelz-Kolliers
Pelz-Mäntel
Pelz-Jacken
in allen Fellarten

Jeder erhält Kredit!
Für Kunden ohne Anzahlung!

Kein Preisaufschlag trotz kleinster Ratenzahl.

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet

Kulant — reell — diskret —

Herren-Garderobe
Größte Auswahl in Ulster, Paletots, Rock- u. Gehrock-Anzügen

Komplette **Wohnungs-Einrichtungen**
BUNTE KÜCHEN

Kredithaus
zum

Rollkrug

Hermann-str. 257 **Neukölln** Berliner Str. 1

Damen-Garderobe
Ulster, Kostüme, Kleider, Blusen, Röcke
Plüsch-Mäntel

PELZWAREN
Reichhaltiges Lager in **TEPPICHEN**
Portieren und Gardinen

Einzel-Möbel von 5 Mark Anzahlung an

Leske & Lehrer

78 Kottbuser 78
Damm 78



ULSTER

von 24 Mk. bis 75 Mk.

Carl Dittmann

Größtes Spezialgeschäft für Wild, Geflügel, Fische
Neukölln, Berliner Str. 42
gegenüber dem königl. Amtsgericht
Fernsprecher Neukölln No. 490

Zum Ausschauen! Zum Ausschauen!
Große Waldhasen gestreift 4.25
Gespickte Hasen (ohne Fell) von 3.75 an
Hasenkeulen 2.00-2.25, gespickt 2.00-2.50
Hasenrücken 2.00-2.25, gespickt 2.00-2.50
Hasenläufe, Hasenleber und -klein.

Spießer-Fleisch

Keule Pfd. 1.20	Blatt Pfd. 0.80 u. 0.90
Keule o. Knochen Pfd. 1.30	Kamm Pfd. 0.60 u. 0.70
Rücken Pfd. 1.10	Hals Pfd. 0.50
Filet Pfd. 1.40	Brust (Ragout) Pfd. 0.35

Kaninchen von 80 Pf. an.
Junge Fasanen von 2.00 an.
Warthebr. Mastgänse Pfund 80 Pf.
Pa. junge Bratgänse Pfund 80 ..

Gänse-Rümpfe Pfund 1.00
Gänsefleisch mit Keulen 0.85
Gänsestückenfleisch 0.70
Gänseklein, täglich frisch 0.00
Gänseleber! — Gänselieser!

Gr. fette Suppenhühner Stück 3.00, 2.75 2.50
Junge Brathühner Stück 1.50-1.75
Junge Kapaunen Stück 1.50-2.75
Junge Tauben Stück 0.70-0.85
Junge Enten Stück 3.00-4.50

Lebende Fische

Karpfen 0.90-1.00 **Plötzen** 0.70-0.80
Hechte 1.00-1.10 **Schleie** 1.40-1.60
Aale Pfd. 1.00, 1.10-1.30.

Flußzander Pfund 80 Pf.
Seefische von täglich frischer Zufuhr:
Kabeljau im Anschnitt Pfd. 0.35 **Flundern** Pfd. 0.30
Schellfisch Ia Pfd. 0.35 **Rotzungen** Pfd. 0.60

Emil Preuss

58 Turmstr. 58



Ulster und Paletots

modernste Ausführung

18 ⁰⁰	22 ⁰⁰	26 ⁰⁰
30 ⁰⁰	34 ⁰⁰	39 ⁰⁰
44 ⁰⁰	48 ⁰⁰	85 ⁰⁰

Meine Konfektion — nur eigenes Fabrikat — ist erstklassig in bezug auf Verarbeitung, Passform und Stoffqualität bei enorm billigen Preisen.

Lieferant d. Konsum-Genossenschaft für Berlin u. Umgegend

Sonntags von 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Julius Alexander

Erstes, ältestes und größtes Gänse-Geschäft am Platze

Neukölln, Bergstr. 161 (früher Bergstr. 3)

Prima große Waldhasen

zu den billigsten Tagespreisen
Hasenkeulen, Hasenrücken, Hasenläufe, Hasenleber und Hasenklein.

Spießer-Fleisch

Keule Pfd. 1.15	Blatt Pfd. 0.75-0.85
Keule ohne Kn. 1.25	Kamm 0.55-0.65
Rücken 1.05	Hals Pfd. 0.45
Filet 1.35	Brust, Ragout 0.30

Extra große Kaninchen!

Warthebr. Mastgänse Pfd. 0.80
Pa. junge Bratgänse 0.75

Ganserümpfe Pfd. 0.95
Gänsefleisch mit Keulen 0.85
Gänsestückenfleisch 0.65
Gänseklein, täglich frisch 0.85
Gänseleber :: :: :: :: Gänselieser

Große fette Suppenhühner

Junge Kapaunen
Junge Tauben ::
Junge Enten etc.

zu den billigsten Tagespreisen!

Leihhaus Apollo

neben Apollo-Theater **Friedrichstr. 215 I.**

Kaufen Sie von Kavalieren getragene Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster (auch auf Seide gearbeitet), Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, enorm billig.

Sonntags geöffnet.
Friedrichstraße 215, an der Kochstraße.

Gegen Vorzeigung dieser Annonce 10% Rabatt.



Staatspreise

Carl Zobel

Goldene Medaillen



Ehrenpreise

Köpenicker Str. 121 (Eckhaus)

Berlin SO. 16.

Michaelkirchstr. 9-10 (Eckhaus)

Beste Herren- und Knaben-Moden

Nur Spezialgeschäft.

fertig und nach Maß.

Keine Nebenartikel.

9 Schaufenster. — Werkstätten im Hause.
Eleganteste Paßform. — Beste Verarbeitung.
 Sehr billige, aber feste Preise.

Alle Größen, auch für korpulente wie schlanke Herren, in reichster Auswahl vorrätig. Völle Garantie für jedes bei mir gekaufte Kleidungsstück.
Der gute Ruf meiner Firma bürgt für gewissenhafte und billige Bedienung.

Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Ankleide-Zimmer in allen Abteilungen.
Der neue Katalog gratis und franko.

Sehr große Auswahl in- und ausländischer Stoffe für Maß-Anfertigung.

Ulster, Paletots, Anzüge fertig von 18.00 Mark an.

Die Vorzüge meiner Fabrikate!



Tadelloser Sitz ohne Aenderung!

Sehr saubere Arbeit!

Gute Stoffe und Zutaten!

Durch Ersparnis der teuren Ladenmiete sind die

Preise sehr billig!

Paul Ginck Damenmäntel-Fabrik
Neukölln, Reuterstr. 63 a. d. Kaiser-Friedrichstr.

Moderne Plüsch- und Velours-du-Nord-Mäntel

Maßanfertigung, auch für starke Damen.

Moderne
Kostüme

Ulster

offen und hochgeschlossen

Moderne

Mäntel

Jacketts

Röcke

Hört! Hört!
Regenschirme! Ständig billig!!!
Kein Laden, Fabrikniederlage.
A. Möhle, Alexandrinenstraße 121, I.
Vorwärtsleser 5% Rabatt.

Zöpfe

Turbane, Lockentüffe, Billigste Bezugsquelle. Aus ausgekämmten Haaren fertige sämtliche Haararbeiten.

Otto F. Kafka, Neukölln, Erkstr. 3.
Gegr. 1898.

Buchhandlung Vorwärts
NW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Su empfehlen ist: 916/8
Der Kleingarten,
seine Anlage,
Einteilung und Bewirtschaftung
von
Max Heshörfer.
Preis brosch. 60 Pf.

Praktisches Taschenbuch für Gartenfreunde.

Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgärtens.

von
Max Heshörfer.
Mit 127 Textabbildungen.
Preis geb. 3.50 M.

Fahrräder : : Gramophone
Nähmaschinen

Sämtliche Zubehörtteile.
Eigene Reparatur-Werkstätten.

Verkauf gegen bar sowie Teilzahlung.

Fritz Magdeburg,
1. Geschäft: Baumschulenweg,
Baumschulenstr. 93 B.
2. Ober-Schöneweide,
Edisonstr. 54.

Teppich
5%
Extrarabatt.
Thomas
Berlin, Oranienstr. 126

Rixdorfer Zopf Zentrale
Zietenstr. 85, Ecke Bergstraße.

Zöpfe
Turban } von 2,50 Mark an
Loften }
Bringer dieser Inzerates 10% Rabatt!

Konzert-Café

Tivoli

Kottbuser Damm 95.

Zwei Kapellen

von 4 Uhr nachmittags bis 4 Uhr früh.

HERREN KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Lindenstr. 69 (Laden).

Wir empfehlen:

Sonntage eines großstädtischen
:: Arbeiters in der Natur ::

Von
Curt Grotzewitz.

Vorwort von Wilhelm Bölsche.
Mit Buchschmuck und dem Porträt des Verfassers.

Broschürt 60 Pf. — Gebunden 1 M. 247/30



Ulster

in 26 Größen fertig am Lager:

Ulster	25 ⁵⁰	27 ⁵⁰	29 ⁵⁰	32 ⁵⁰
	36.—	38.—	42.—	46.—
	48.—	50.—	54.—	58.—
	60.—	75.—	M.	

Ulster für junge Herren	22 ⁵⁰	24 ⁵⁰	26 ⁵⁰	27.—
	29.—	34.—	36 ⁵⁰	38.—
	42.—	46.—	48.—	52.—
	56.—	M.		

Paletots

	24 ⁵⁰	26.—	29.—	32.—
	36.—	40.—	42.—	46.—
	52.—	56.—	M.	

Sämtliche Ulster und Paletots sind in meinen Schaufenstern ausgestellt.

Sonntags-Verkauf nur von 12—2 Uhr.

M. Schulmeister

Berlin SO. 26, Dresdener Str. 4
Hochbahnstation Kottbuser Tor.

LACHMANN & SCHOLZ

Turmstr. 76

Extra billige Preise

Ottostr. 1

Kleider-Reform-Schürzen blau-weiße Tupfen 1.95	Damenhemden, Vorderschluß mit Langotten 1.30	Barchend-Unterröcke 1.90 1.30
Tee-Schürzen mit Stickerei-Einsätzen 1.35	Damenhemden, Achselschluß mit Madeira-Passe 1.40	Barchend-Beinkleider 1.90 1.30
Kinder-Hänger in verschiedenen Längen 1.45 98 Pf.	Damenhemden, Achselschluß, Prima-Ausführung 1.90	Eiderflanell-Unterröcke statt 3.85 jetzt 2.95

Hemdblusen
gute Verarbeitung 1³⁵
Wollblusen
bekurbelt auf Futter 2⁹⁵
Seidenblusen
apparte Passons 4⁹⁵
Tüllblusen
auf Batist 3⁹⁵

Trikotagen
Gestr. Kindermützen 78 35 Pf.
Gestr. Damenwesten 1.75 1.35
Normal-Untertailen 1.15
Directoire-Hosen, alle Farben 1.95 1.25
Herren-Futter-Hosen 2.15 1.65

Schuhwaren
Damen-Filzschuhe mit Ledersohle . 1.65
Kinder-Filztiefel mit Lederbesatz . 1.45
Pommersche Plüschpantoffel
Herren Damen Mädchen Kinder
1.25 98 Pf. 78 Pf. 68 Pf.

Besonders preiswert Strümpfe
Damenstrümpfe, z. Wolle, engl. lang 95 Pf.
Damenstrümpfe, Wolle plattiert . . 65 Pf.
Herrensocken, Wolle gestrickt 65 48 Pf.
Herrensocken, reine Wolle 95 Pf.
Tuchgamaschen für Herren . . Paar 2.95

Damen-Ulster
hoch und geschlossen z. trag. 1475
Pyjacks
für Knaben und Mädchen 365
Moiré-Jupon
vorzügliche Ware 395
Kostüm-Röcke
marine oder schwarz Cheviot 385

Bekannt billige Lebensmittel

Prima Rotwurst Pfd. 55 Pf.	Fleischwurst Pfd. 98 Pf.	Fett- und Mager-Speck Pfd. 1.10
Zwiebelwurst Pfd. 65 Pf.	Brüh-Polnische Pfd. 70 Pf.	Schinken-Speck Pfd. 1.20
Landleberwurst Pfd. 98 Pf.	Kasseler Rippespeer Pfd. 90 Pf.	Mausschinken Pfd. 1.25